

Rosa Luxemburg

Schriften gegen den „Sumpf“ (1910/1913)

Rosa Luxemburg Schriften gegen den „Sumpf“ (1910/1913)

„Wer diesmal zusammen mit diesem revisionistischen Drittel die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die Bebel in Dresden, nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der Großen Französischen Revolution, den Sumpf genannt hat:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen (...) die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: Wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten.“ (...)

Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechte focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservatismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit“, hat seit 1910 zusammen mit dem Parteivorstand diese Frontänderung gemacht. In den Kreisen ihrer Freunde ist in der letzten Zeit der beliebte Ausdruck vom „marxistischen Zentrum“ gebraucht worden. Genauer gesprochen besteht dieses angebliche „marxistische Zentrum“ in dem theoretischen Ausdruck für die gegenwärtige politische Funktion des Sumpfes.“

Rosa Luxemburg: Ermattung oder Kampf?

Neue Zeit, 28. Jahrgang, 1909/10, Zweiter Band, I und II: S. 257-266, III-V: S. 291-305

Ich komme infolge meiner mündlichen Agitation mit erheblicher Verspätung dazu, dem Genossen Kautsky zu antworten.[1] Wenn aber mein Artikel über den Massenstreik[2] und meine Agitation im April[3] auch nichts anderes erreicht bitten, als dass eine eingehende Diskussion über Probleme der Taktik in der Partei Platz gegriffen hat, dass das Verbot der Diskussion über den Massenstreik namentlich auch in unserem theoretischen Organ, der „Neuen Zeit“, durchbrochen ist, so könnte ich vollauf zufrieden sein. Es handelte sich nämlich in erster Linie darum, dem unbegreiflichen Versuch entgegenzutreten, eine öffentliche Diskussion in der Parteipresse über Fragen zu unterbinden, die das Interesse der weitesten Parteikreise aufs tiefste erregen. War doch mein Artikel über den Massenstreik nicht nur von unserem Zentralorgan „Vorwärts“, sondern auch von der „Neuen Zeit“, wo er zuerst akzeptiert und sogar schon gesetzt war, zuletzt aus dem Grunde abgelehnt worden, weil eine Diskussion über den Massenstreik in der Parteipresse nicht erwünscht wäre.

Das Verkehrte dieses Versuchs tritt erst dann im rechten Lichte hervor, wenn man in Betracht zieht, dass es sich durchaus nicht um eine vom Zaune gebrochene Diskussion, nicht um den Einfall einer einzelnen Person handelt, wie es der Genosse Kautsky hinstellt, indem er in seinem ganzen Artikel ausschließlich von mir und meiner Agitation spricht und seinen Artikel mit dem Satze beginnt: „Die Genossin Luxemburg hat durch einen Artikel in unserem Dortmunder Parteiorgan die Frage des Massenstreiks zur Diskussion gestellt.“ Ehe ich noch

überhaupt mit meinem Artikel hervorgetreten bin, war die Frage des Massenstreiks bereits in einer ganzen Reihe wichtiger Parteizentren und Parteiblätter auf die Tagesordnung gestellt. Die Genossen in Halle, der Hessen-Nassauische Agitationsbezirk hatten in formellen Anträgen dem Parteivorstand die Befassung mit der Frage des Generalstreiks nahegelegt. Die Genossen in Königsberg, in Essen, in Breslau, in Bremen hatten beschlossen, Vorträge mit Diskussionen über den Massenstreik zu veranstalten. In Kiel und in Frankfurt a. M. waren ja bereits halbtägige Demonstrationsmassenstreiks mit schönem Erfolg durchgeführt worden.[4] Genosse Pokorny vom Bergarbeiterverband hatte in einer öffentlichen Versammlung in Essen den Massenstreik in Aussicht gestellt und die Hoffnung ausgesprochen, dass in den kommenden großen politischen Kämpfen den Bergarbeitern die führende Rolle zufallen würde; selbst unsere Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhaus hatten bereits mit dem Massenstreik gedroht. Wie sehr die Erörterung des Massenstreiks einfach der Stimmung und dem Bedürfnis der großen Masse der Parteigenossen entsprach, beweist der Umstand, dass mein Artikel so ziemlich von der gesamten preußischen Parteipresse und noch von einigen Blättern außerhalb Preußens nachgedruckt worden ist, beweist ferner der Umstand, dass in den sechzehn großen Versammlungen, die ich im April in Schlesien, in Kiel, in Bremen, in Frankfurt a. M., im rheinisch-westfälischen Industriebezirk und am 1. Mai in Köln abgehalten habe, die Losung des Massenstreiks überall ohne Ausnahme die stürmischste Zustimmung fand. Nur noch eine Losung ruft jetzt in den Parteimassen in Deutschland — wie ich feststellen konnte — eine gleich stürmische Zustimmung hervor: es ist dies die scharfe Betonung unseres republikanischen Standpunktes, einer Losung, mit der man leider gleichfalls weder im „Vorwärts“ noch in der „Neuen Zeit“ an die Öffentlichkeit treten kann, während ein Teil unserer Provinzpresse — von der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ bis zur „Breslauer Volkswacht“ — auch in dieser Beziehung ihre Schuldigkeit tut.

So besteht also in den breitesten Massen der Partei eine so starke Kampf Stimmung, ein so entschlossener Wille, nötigenfalls durch Massendruck auf der Straße den begonnenen Wahlrechtskampf zum Siege zu führen, und ein so gespanntes Interesse für die Idee des Massenstreiks, wie noch nie bis jetzt in Deutschland. Von dieser Stimmung im Lande ist nur ein Parteiblatt bis jetzt gänzlich unberührt geblieben — unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, der bis auf den heutigen Tag nicht mit einer Silbe von der ganzen Massenstreikdebatte in der Parteipresse Notiz genommen hat, und eine Parteimitgliedschaft ist darüber in gänzlicher Unwissenheit — die Berliner Genossen, die ja durch den „Vorwärts“ von der Stimmung und dem Geistesleben der Partei im Lande informiert werden sollen. Ja, das Zentralorgan geht in seiner strikten Befolgung der erhaltenen Direktive so eifrig zu Werke, dass es selbst aus Berichten über Versammlungen, die in Berlin abgehalten werden, jedes Wörtchen vom Massenstreik streicht; ist doch auch in der Einsendung, die der „Vorwärts“ über die Massenversammlung in Frankfurt a. M. vom 17. April gebracht hatte — derselbe Bericht erschien offenbar „unredigiert“ in anderen Parteiblättern —, bezeichnenderweise der Satz: „Die Referentin löste mit der Propagierung des Massenstreiks stürmische Zustimmung der Versammelten aus“, sorgsam gestrichen worden. Aus dem „Vorwärts“ schöpfte wohl auch der Genosse Kautsky seine Information über die Ansichten der Parteikreise im Lande, da er es für möglich hielt, unter solchen Umständen eine öffentliche Diskussion über den Massenstreik zu unterbinden.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass der Versuch gemacht wird, die öffentliche Erörterung des Massenstreiks zu verbieten, und schon das jedesmalige Scheitern dieser Versuche bis jetzt hätte meines Erachtens das Zwecklose eines solchen Beginns genügend dartun sollen. Der Kölner Gewerkschaftskongress hatte ja im Jahre 1905 die „Propagierung des Massenstreiks“ in Deutschland untersagt. Die Vorkonferenz der deutschen Parteigenossen in Österreich vor dem Salzburger Parteitag im Jahre 1904 hatte gleichfalls beschlossen, dass die

Losung des Massenstreiks auf dem Parteitag nicht erörtert und nicht erwähnt werden solle. Beide Beschlüsse sind aber an dem einfachen Umstand gescheitert, dass die Sozialdemokratie keine Sekte ist, die aus einer Handvoll gehorsamer Schüler besteht, sondern eine Massenbewegung. in der Fragen, die sie im Innern erregen, so oder anders an die Öffentlichkeit treten müssen, ob man es will oder nicht.

Nicht der Versuch selbst, die Diskussion über den Massenstreik zu unterbinden, ist es also, was im gegebenen Falle betrübend erscheint — dergleichen Verbote sind meines Erachtens eher mit heiterer Seelenruhe als mit Entrüstung aufzunehmen —, sondern die allgemeine Auffassung vom Massenstreik, die jenem Versuch zugrunde liegt. Hört man nämlich die Argumente, womit die Schädlichkeit einer öffentlichen Erörterung des Massenstreiks im gegenwärtigen Moment begründet wird, so könnte man glauben, die Lehren der russischen Revolution, der ganze reiche Schatz der Erfahrungen jener Periode, die für die Beurteilung des Massenstreiks und der proletarischen Kampftaktik überhaupt epochemachend war, seien spurlos vorübergegangen, und wir befinden uns noch in den schönen Zeiten der Debatten mit Domela Nieuwenhuis und Cornelissen. „Geschieht das“ — nämlich die Erörterung des Massenstreiks, sagt Genosse Kautsky — „in der Öffentlichkeit, so ist das gleichbedeutend damit, dass man dem Gegner die schwachen Punkte der eigenen Position mitteilt. Die ganze Diskussion wäre ebenso zweckmäßig, als wollte man einen Kriegsrat darüber, ob man dem Gegner eine Schlacht liefern soll, in Hörweite des Feindes abhalten.“

Der Massenstreik wäre demnach ein schlaues ersonnener Coup, der vom „Kriegsrat“ der Sozialdemokratie — also etwa vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften — im verschlossenen Stübchen geheim ausgeheckt und womit der Feind — hier die bürgerliche Gesellschaft — überrumpelt wird. Gegen diese Auffassung habe ich bereits im Jahre 1906 meine ganze im Auftrag der Hamburger Genossen geschriebene Broschüre über den Massenstreik gerichtet, und ich kann nur wiederholen:

„Auf demselben Boden der abstrakten, unhistorischen Betrachtungsweise stehen heute diejenigen, die den Massenstreik nächsten in Deutschland auf dem Wege eines Vorstandsbeschlusses auf einen bestimmten Kalendertag ansetzen möchten, wie auch diejenigen, die, wie die Teilnehmer des Kölner Gewerkschaftskongresses, durch ein Verbot des ‘Propagierens’ das Problem des Massenstreiks aus der Welt schaffen wollen. Beide Richtungen gehen von der gemeinsamen, rein anarchistischen Vorstellung aus, dass der Massenstreik ein bloßes technisches Kampfmittel ist, das nach Belieben und nach bestem Wissen und Gewissen ‘beschlossen’ oder auch ‘verboden’ werden könne, eine Art Taschenmesser, das man in der Tasche ‘für alle Fälle’ zusammengeklappt bereithalten oder auch nach Beschluss aufklappen und gebrauchen kann“

Auf die aus dieser Auffassung geborenen Befürchtungen des Genossen Kautsky, die öffentliche Erörterung des Massenstreiks würde dem Feinde „die schwachen Punkte“ unserer Position verraten, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten des Genossen Pannekoek, der die meisten schwachen Punkte der Kautskyschen Position bereits in der „Bremer Bürgerzeitung“ beleuchtet hat:

„Wie irreführend“ — schrieb Pannekoek — „dieser kriegstechnische Vergleich ist, beweist die Tatsache, dass die Partei nie etwas anderes getan hat, als vor der vollen Öffentlichkeit ihre starken und schwachen Punkte zu diskutieren. Das war nicht anders möglich, weil die Sozialdemokratie keine kleine geschlossene Gruppe, sondern eine Massenbewegung ist. Da ist mit geheimen Plänen nichts zu machen. Die Kraft und die Schwäche hängen hier von allgemeinen politischen und sozialen Verhältnissen ab, von denen nichts geheim zu halten ist,

die durch Geheimhaltung nicht zu vergrößern oder zu verringern sind. Wie könnten wir da dem Feinde unsere Schwächen verraten? Er kennt sie so gut wie wir. Und wenn er sie nicht kennt, wenn er sich über unsere und seine Kraft einer Täuschung hingibt, so liegt auch dies in notwendigen historisch-sozialen Verhältnissen begründet, woran taktische Geheimhaltung nichts ändern kann.“

Aber Genosse Kautsky deutet noch andere schädliche Wirkungen einer öffentlichen Debatte an. „Ich würde es sehr bedauern“ — schreibt er —, „wenn der Artikel der Genossin Luxemburg den Erfolg hätte, in der Parteipresse eine Diskussion zu entfachen, in der die eine Seite ihre Gründe für die augenblickliche Aussichtslosigkeit eines Massenstreiks auseinander setzte. Sie mögen recht oder unrecht haben, anfeuernd zur Aktion wirkt eine derartige Erörterung auf keinen Fall.“ Dies ist nun ein Standpunkt, der mir vollkommen unbegreiflich ist, und den die Sozialdemokratie bis jetzt noch nie vertreten hat. Wir haben die „Anfeuerung zur Aktion“ noch nie durch Illusionen und durch Vertuschung des wahren Sachverhalts vor den Massen zu erzielen gesucht. Haben die Gegner des Massenstreiks mit ihren Gründen für die Aussichtslosigkeit einer solchen Aktion recht, so ist es durchaus heilsam und notwendig, dass wir ihre Gründe hören und ihnen beipflichten. Haben sie unrecht, so ist es eben heilsam und notwendig, dass ihre Gründe öffentlich als unstichhaltig erkannt werden. Die eingehendste Erörterung kann da nur von Nutzen sein und zur Selbstklärung der Partei beitragen, und auf die Schwächen unserer Bewegung aufmerksam machen, uns die dringendsten praktischen Aufgaben der Agitation oder Organisation vor die Augen führen.

Hatte aber Genosse Kautsky hier gar die Gefahr im Auge, dass durch meine schriftliche und mündliche Agitation die Gewerkschaftsführer auf den Plan gerufen und ihre großen Kanonen gegen die Idee des Massenstreiks auffahren würden, so lag in dieser Befürchtung meines Erachtens eine Überschätzung der Macht der Führer, die wieder nur durch die etwas mechanische Auffassung des Massenstreiks als eines vom „Generalstab“ ausgeheckten und kommandierten Überrumpelungsplans erklärt werden kann. In Wirklichkeit sind die Gewerkschaftsführer gar nicht imstande, eine Massenstreikbewegung zu unterbinden, wenn diese sich aus den Verhältnissen, aus der Zuspitzung des Kampfes, aus der Stimmung der proletarischen Massen ergibt. Treten in solchen Situationen die Gewerkschaftsführer gegen die Bestrebungen der Masse auf, dann ist es nicht um die Stimmung der Masse, sondern um die Autorität der Gewerkschaftsführer geschehen. Tatsächlich herrscht bereits jetzt eine so lebhaftige Kampf Stimmung in der Arbeiterschaft, dass das öffentliche Auftreten des gewerkschaftlichen Generalstabs im Sinne des Bremsens nichts anderes zur Folge gehabt hätte, als das Erwachen der Kritik und des Protestes in den eigenen Reihen der Gewerkschafts Genossen. Im Interesse der „Anfeuerung zur Aktion“ konnte also nichts wünschenswerter sein, als dass die Gewerkschaftsführer endlich mit ihren „großen Kanonen“ auf dem Plane erschienen, damit man sich ihre Argumente bei Lichte besehen und damit konstatiert werden konnte, wie sehr die Führer in ihrem Fühlen und Denken hinter den Massen zurückgeblieben sind. Dass Genosse Kautsky den Gewerkschaftsführern diese peinliche Mühe abgenommen hat, indem er selbst sich zuerst gegen die öffentliche Diskussion sträubte und, als dies vergeblich war, öffentlich auftrat, um seinerseits als Theoretiker des Radikalismus die Gedanken und das Interesse vom Massenstreik auf die kommenden Reichstagswahlen abzulenken, das wird sicher die lebhaftige Genugtuung der Generalkommission der Gewerkschaften hervorgerufen haben. Ob es aber geeignet war, „anfeuernd auf die Aktion“ zu wirken, erscheint mir zweifelhaft.

Was hat also den Genossen Kautsky eigentlich veranlasst, seinen Warnungsruf ertönen zu lassen? Welche Gefahren waren es, vor denen es die Partei zu retten galt? Dachte vielleicht irgend jemand daran, von heute auf morgen einen Massenstreik zu kommandieren, oder aber

bestand die Gefahr, dass man in der Partei grundlose Illusionen in bezug auf die wundertätige Wirkung des Massenstreiks erweckte und damit die Massen leichtfertig in eine Aktion trieb, von der sie die Lösung aller Fragen mit einem Schlage erhoffen? Mir ist nichts Derartiges in den Versammlungen oder in der Presse bekannt geworden. Meinerseits ließ ich jedenfalls gar keine Zweifel nach dieser Hinsicht zu.

„Ein aus der Pistole geschossener, durch einfaches Dekret der Partei eines schönen Morgens ‘gemachter’ Massenstreik“, schrieb ich, „ist bloß kindische Phantasie, anarchistisches Hirngespinnst. Ein Massenstreik aber, der sich nach einer monatelangen und an Dimensionen zunehmenden Demonstrationsbewegung gewaltiger Arbeitermassen ergibt, aus einer Situation, in der eine Dreimillionenpartei vor dem Dilemma steht: entweder um jeden Preis vorwärts, oder die begonnene Massenaktion bricht erfolglos in sich zusammen, ein solcher an dem inneren Bedürfnis und der Entschlossenheit der aufgerüttelten Massen und zugleich aus der zugespitzten politischen Situation geborener Massenstreik trägt seine Berechtigung wie die Gewähr seiner Wirksamkeit in sich selbst.“

Freilich ist auch der Massenstreik nicht ein wundertätiges Mittel, das unter allen Umständen den Erfolg verbürgt. Namentlich darf der Massenstreik nicht als ein künstliches, sauber nach Vorschrift und nach Kommando anwendbares einmaliges, mechanisches Mittel des politischen Druckes betrachtet werden. Massenstreik ist bloß die äußere Form der Aktion, die ihre innere Entwicklung, ihre Logik, ihre Steigerung, ihre Konsequenzen hat, im engsten Zusammenhang mit der politischen Situation und ihrem weiteren Fortgang. Der Massenstreik, namentlich als ein kurzer einmaliger Demonstrationsstreik, ist sicher nicht das letzte Wort der begonnenen politischen Kampagne. Aber er ist ebenso sicher ihr erstes Wort im gegenwärtigen Stadium. Und wenn der weitere Verlauf, die Dauer, der unmittelbare Erfolg, ja die Kosten und die Opfer dieser Kampagne sich auch unmöglich mit dem Bleistift auf dem Papier im voraus, wie die Kostenrechnung einer Börsenoperation, aufzeichnen lassen, so gibt es nichtsdestoweniger Situationen, wo es politische Pflicht einer Partei, die Führerin von Millionen ist, mit Entschlossenheit die Parole zu geben, die einzig den durch sie begonnenen Kampf weiter vorwärts treiben kann.“ Und zum Schlusse sagte ich ganz deutlich, worauf es meines Erachtens ankommt:

„Dennoch darf keinesfalls erwartet werden, dass eines schönen Tages von der obersten Leitung der Bewegung, vom Parteivorstand und von der Generalkommission der Gewerkschaften, das ‘Kommando’ zum Massenstreik ergeht. Körperschaften, die eine Verantwortung für Millionen tragen, sind in ihren Entschlüssen, die doch andere ausführen müssen, von Hause aus naturgemäß zurückhaltend. Überdies kann der Entschluss zu einer unmittelbaren Aktion der Masse nur von der Masse selbst ausgehen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein — dieser wegweisende Satz des Kommunistischen Manifestes[5] hat auch noch die Bedeutung im einzelnen, dass auch innerhalb der Klassenpartei des Proletariats jede große entscheidende Bewegung nicht aus der Initiative der Handvoll Führer, sondern aus der Überzeugung und Entschlossenheit der Masse der Parteianhänger herrühren muss. Auch der Entschluss, den gegenwärtigen preußischen Wahlrechtskampf gemäß dem Worte des preußischen Parteitags „mit allen Mitteln“, also auch durch das Mittel des Massenstreiks zum Siege zu führen, kann nur durch die breitesten Parteischichten gefasst werden. Es ist Sache der Partei- und Gewerkschaftsossen, in jeder Stadt und jedem Bezirk zu den Fragen der gegenwärtigen Situation Stellung zu nehmen und ihrer Meinung, ihrem Willen in klarer und offener Weise Ausdruck zu geben, damit die Meinung der organisierten Arbeitermasse als Ganzes sich Gehör verschaffen kann. Und ist das geschehen, dann werden auch unsere Führer sicher auf dem Posten sein, wie sie bis jetzt stets gewesen sind.“

Die Hauptsache also, worum es sich handelte, war, dass die Massen sich mit der Frage des Massenstreiks befassen und dazu Stellung nehmen. Ob ein Massenstreik möglich, angebracht, notwendig, würde sich dann aus der weiteren Situation und aus der Haltung der Masse ergeben. Das Auftreten des Genossen Kautsky dagegen erscheint nun gerade vom Standpunkt der Marxschen Auffassung merkwürdig. Genosse Kautsky selbst baut seine ganze Theorie von der „Ermattungsstrategie“ darauf, dass wir zwar nicht jetzt, aber nach den Reichstagswahlen im nächsten Jahre in die Zwangslage kommen können, den Massenstreik anzuwenden. Genosse Kautsky gibt ferner selbst zu, dass „irgendein plötzliches Ereignis, sagen wir ein Blutbad nach einer Straßendemonstration“ den Massenstreik ganz spontan notwendig machen kann. Ja, er schreibt selbst zum Schlusse: „Seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt — nichts leichter möglich als Überraschungen, die noch vor den nächsten Reichstagswahlen zu gewaltigen Entladungen und Katastrophen führen, in denen das Proletariat zum Aufgebot aller seiner Kräfte und Machtmittel hingerissen wird. Ein Massenstreik unter solchen Umständen könnte sehr wohl imstande sein, das bestehende Regime hinwegzufegen.“

Ist dem aber so, ist auch nur eine Möglichkeit vorhanden, dass der Massenstreik in nächster Zukunft in Deutschland in Anwendung kommt, dann ergibt es sich von selbst, dass es unsere Pflicht ist, auch den Massen alle diese Eventualitäten vor die Augen zu stellen, jetzt schon in möglichst breiten Kreisen des Proletariats Sympathie für diese Aktion zu wecken, damit die Arbeiterschaft nicht überrumpelt wird, damit sie nicht blindlings, nicht unter einem Affekt, sondern mit vollem Bewusstsein, in sicherem Gefühl der eigenen Kraft und in möglichst gewaltigen Massen in die Aktion eintritt. Die Masse selbst soll eben für alle politischen Eventualitäten reif sein und selbst ihre Aktionen bestimmen, nicht aber „im gegebenen Moment“ auf den Taktstock von oben warten, „vertrauend ihrem Magistrat, der fromm und hehend schützt den Staat durch huldreich hochwohlweises Walten“, während es der Parteimasse stets geizt, „das Maul zu halten“.[6] Die Marxsche Auffassung besteht ja gerade in der Beachtung der Masse und ihres Bewusstseins als des bestimmenden Faktors bei allen politischen Aktionen der Sozialdemokratie. Im Geiste dieser Auffassung ist auch der politische Massenstreik — wie der ganze Kampf um das Wahlrecht — schließlich doch nur ein Mittel zur Klassenaufklärung und Organisation der breitesten Schichten des Proletariats. Wie man also an die Ausführung solcher Aktionen möglicherweise in der nächsten Zukunft denken und zugleich der Masse verbieten kann, sich mit diesem Problem zu befassen, als wenn es sich um das Spielen mit dem Feuer handelte, vor dem die Masse bewahrt werden müsste, ist gerade vom Standpunkt der Marxschen Lehre ganz rätselhaft, und alle moderne und antike Kriegsstrategie vermag dieses Rätsel nicht zu erklären.

II.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Auffassung vom Massenstreik, als einer nach dem Taktstock des Generalstabs kommandierten Aktion, steht auch die peinliche Unterscheidung, die Genosse Kautsky in bezug auf die diversen Spielarten, Demonstrationsstreik, Zwangsstreik, ökonomischer Streik, politischer Streik, durchführt. Genosse Kautsky fordert, dass man sie streng auseinanderhalte, denn bei ungenügender Klarheit der Propaganda könnten die Massen uns falsch verstehen und anstatt des von uns beabsichtigten Demonstrationsstreiks unversehens einen unangebrachten „Zwangsstreik“ ausführen, die Vermengung aber ökonomischer Forderungen und sogar einer Bewegung für den Achtstundentag mit der Wahlrechtsbewegung könne diese letztere nur schädigen.

Nun mögen solche strengen Rubrizierungen und Schematisierungen des Massenstreiks nach Arten und Unterarten auf dem Papier gut bestehen und auch für den gewöhnlichen parlamentarischen Alltag ausreichen. Sobald jedoch große Massenaktionen und politische Sturmzeiten beginnen, werden diese Rubriken vom Leben selbst durcheinandergeworfen. Dies war zum Beispiel in höchstem Masse in Russland der Fall, wo Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks unaufhörlich abwechselten und wo die unaufhörliche Wechselwirkung der ökonomischen und der politischen Aktion gerade das Charakteristische des russischen Revolutionskampfes und die Quelle seiner inneren Kraft ausmachte. Genosse Kautsky lehnt freilich das Beispiel Russlands ab, weil „in Russland damals die Revolution herrschte“. Da die russischen Vorgänge unter die Rubrik „Revolution“ gehören, sollen die Lehren der russischen Kämpfe für andere Länder keine Geltung haben. Aber je mehr wir auch in Deutschland Zeiten stürmischer Auseinandersetzungen des Proletariats mit der herrschenden Reaktion entgegengehen, um so mehr gelten auch die Erscheinungen der revolutionären Situation für unsere Verhältnisse.

Doch brauchen wir nicht einmal nach Russland zu blicken, um das Unzutreffende jenes leblosen Schemas einzusehen. Genau dasselbe zeigt uns nämlich auch die Geschichte des Wahlrechtskampfes in Belgien, wo weder Krieg noch Revolution stattfanden. Genosse Kautsky meint, „das Leben sei bisher so pedantisch gewesen“, den ökonomischen und den politischen Kampf streng auseinanderzuhalten, wenigstens „in den Wahlrechtskämpfen Westeuropas wären bisher das ökonomische und das politische Moment streng geschieden“ gewesen. Genosse Kautsky befindet sich im Irrtum.

Die belgische Wahlrechtsbewegung nahm ihren Anfang im Jahre 1886, und zwar von einem ganzen Sturm wirtschaftlicher Kämpfe. Zuerst war es ein elementarer Streik der Bergarbeiter, der das Signal zur Erhebung gab. Dem Bergarbeiterstreik folgten fast in allen Städten und Branchen andere Streiks, in denen Lohnforderungen im Vordergrund standen. Aus diesen rein gewerkschaftlichen Kämpfen war in Belgien die Massenbewegung für das allgemeine Wahlrecht geboren. Den Lohnforderungen wurde bald überall die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zugesellt und unter Benutzung der großen Erregung des wirtschaftlichen Kampfes konnte die junge belgische Sozialdemokratie am 15. August 1886 ihre erste Massendemonstration für das allgemeine Wahlrecht in Brüssel veranstalten. Dasselbe wiederholte sich auch später. Der große politische Massenstreik des Jahres 1891, der die Wahlrechtsvorlage der Regierung erzwungen hatte, ist im Zusammenhang mit dem Kampfe um den Achtstundentag, nämlich unter dem unmittelbaren Anstoß der Maifeier, entstanden und war das Produkt einer Reihe gewerkschaftlicher Aktionen. Es war wieder ein großer Lohnkampf der Bergarbeiter, dem Streiks in den Eisen- und Stahlwerken, sodann Streiks der Tischler, Zimmerer, Hafenarbeiter und anderer folgten. Aus diesen Branchenstreiks bildete sich unter der kühnen und festen Leitung der damaligen belgischen Parteiführer der erste Wahlrechtsmassenstreik, der auch den ersten Sieg errungen hat. Nachdem dieser politische Massenstreik angesichts der Konzession der Regierung beendet war, setzten die Bergarbeiter in Charleroi ihren Streik noch fort, um eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung zu erringen. Das ganze Jahr 1892 hindurch dauerte in der belgischen Industrie eine latente Krise, die eine große Erregung unter der Arbeiterschaft, mehrere Streiks zur Abwehr von Lohnreduktionen und Ende des Jahres eine umfangreiche Arbeitslosigkeit erzeugte. Am 8. November 1892, dem Tage der Kammereröffnung, organisierte die Partei in Brüssel in sämtlichen Fabriken einen Demonstrationsmassenstreik. Im Dezember aber desselben Jahres nahm sich die belgische Sozialdemokratie der Sache der Arbeitslosen an und veranstaltete einige grandiose Demonstrationen der Arbeitslosen. So wurde in beständiger Wechselwirkung der Demonstrations- und der „Zwangsstreiks“, der wirtschaftlichen und der politischen Aktion der folgende große Wahlrechtsmassenstreik und der entscheidende Kampf im Jahre 1893

vorbereitet. Wenn Genosse Kautsky jetzt seltsamerweise auch diesen Sieg zu verkleinern sucht, indem er darauf hinweist, dass ja „Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht besitzt“, so wäre diese allgemein bekannte Tatsache nur gegen den ein Argument, wer den politischen Massenstreik als ein wunderwirkendes Allheilmittel zur Erringung aller Siege mit einem Schlage, etwa nach anarchistischem Rezept, anpreisen würde. Vorläufig handelt es sich aber um die Tatsache, dass der Massenstreik jedenfalls ein vorzügliches Mittel war, dem belgischen Proletariat überhaupt den Zutritt zum Parlament und gleich bei den ersten Wahlen die Eroberung eines Fünftels aller Mandate zu ermöglichen, und dass bei dieser Wahlrechtsbewegung wirtschaftliche Kämpfe die hervorragendste Rolle gespielt, den Ausgangspunkt und die Basis des politischen Massenstreiks gebildet haben.

Aber auch unsere eigenen bisherigen Erfahrungen widersprechen der Annahme des Genossen Kautsky. Wir haben in diesem Augenblick den großen Kampf im Baugewerbe. Nach dem obigen Schema müssten wir diesen wirtschaftlichen Kampf von unserer Wahlrechtsbewegung streng scheiden, und am liebsten hätte ja dieser Kampf als schädlich im Interesse der Wahlrechtsbewegung womöglich vermieden werden sollen. In Wirklichkeit lässt sich jene Scheidung gar nicht durchführen, und sie wäre so ziemlich das Törichteste, was wir beginnen könnten. Im Gegenteil kommt man naturgemäß in jeder Wahlrechtsversammlung auf die Aussperrung im Baugewerbe zu sprechen, die Ausgesperrten bilden in jeder Versammlung und Demonstration einen Teil unseres Publikums, und unter dem Eindruck der Brutalität des Kapitals im Baugewerbe weckt jedes Wort der Kritik an den bestehenden Zuständen ein lebhafteres Echo in den Massen. Mit einem Worte: die Kraftprobe im Baugewerbe trägt dazu bei, die Kampf Stimmung für das Wahlrecht zu erhöhen, und umgekehrt kommt die allgemeine Sympathie, die allgemeine Erregung der Massen im Wahlrechtskampf den Bauarbeitern zugute.

Desgleichen haben wir uns eigentlich schon gegen das Schema versündigt, indem wir den Wahlrechtskampf mit der Maifeier, also mit dem Kampfe um den Achtstundentag verknüpft haben, indem wir die Maifeier direkt zu einer Wahlrechtsdemonstration gestaltet haben. Allein jedermann versteht, dass diese Verknüpfung ein einfaches Gebot der sozialdemokratischen Taktik war, und dass gerade durch die Verbindung mit den Mailösungen des internationalen Sozialismus unser preußischer Wahlrechtskampf seinen richtigen Rahmen als proletarischer Klassenkampf erhalten hat.

Hier liegt eben der Schwerpunkt der Frage. Wollen wir unsere preußische Wahlrechtsbewegung im Sinne des bürgerlichen Liberalismus und in Bundesgenossenschaft mit ihm als einen nur politischen Verfassungskampf führen, dann ist allerdings eine strenge Scheidung dieser Bewegung von allen ökonomischen Kämpfen mit dem Kapital am Platze. Dann ist aber auch der streng politische Massenstreik von vornherein als eine halbe Maßregel zum Fiasko verurteilt, wie dies die Schicksale des belgischen Massenstreiks im Jahre 1902 dartun, die dem Genossen Kautsky vielleicht erklären können, warum „andererseits Belgien bis heute noch nicht das gleiche Wahlrecht besitzt“. Wollen wir hingegen den Wahlrechtskampf im Sinne rein proletarischer Taktik, das heißt als eine Teilerscheinung unseres allgemeinen sozialistischen Klassenkampfes führen, wollen wir ihn durch eine umfassende Kritik der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Klassenverhältnisse begründen und auf die eigene Macht und Klassenaktion des Proletariats allein stützen, dann ist es klar, dass eine „strenge Scheidung“ von wirtschaftlichen Interessen und Kämpfen des Proletariats zweckwidrig, ja unmöglich erscheint. Es hieße dann die Kraft und den Schwung der Wahlrechtsbewegung künstlich lähmen, ihren Inhalt ärmer machen, wollten wir nicht alles in ihr aufnehmen, sie nicht von allem tragen lassen, was die Lebensinteressen der Arbeitermassen berührt, was in den Herzen dieser Massen lebt.

Genosse Kautsky redet hier gerade jener pedantisch-engherzigen Auffassung der Wahlrechtsbewegung das Wort, die uns ohnehin bereits geschadet hat. Als wir im Jahre 1908 und 1909 den ersten Demonstrationsturm in der preußischen Wahlrechtsbewegung erlebten, bekam die Arbeiterschaft eben die Schrecken der wirtschaftlichen Krise zu kosten. Eine grauenhafte Arbeitslosigkeit herrschte in Berlin und äußerte sich in erregten Arbeitslosenversammlungen und Demonstrationen. Anstatt nun diese Arbeitslosenbewegung mit in den Strudel des Wahlrechtskampfes zu lenken, anstatt den Ruf nach Arbeit und Brot mit dem Rufe nach gleichem Wahlrecht zu verbinden, wurde umgekehrt die Sache der Arbeitslosen von der Sache des Wahlrechtes auf das strengste geschieden, und der „Vorwärts“ gab sich alle Mühe, die Arbeitslosen von den Rockschoßen der Wahlrechtsbewegung öffentlich abzuschütteln. Nach dem Schema des Genossen Kautsky war dies ein weises Stück „Ermattungsstrategie“, nach meiner Auffassung war es ein Verstoß gegen die elementarste Pflicht einer wirklichen proletarischen Taktik und mit ein Mittel, die damalige Demonstrationsbewegung bald zum Stillstand zu bringen.

Indem Genosse Kautsky jetzt wieder die strenge Trennung der Wahlrechtsbewegung von den großen wirtschaftlichen Massenkämpfen befürwortet, stützt er theoretisch gerade jenen Geist in der Partei, aus dem heraus sich die Neigung unserer führenden Parteikreise erklärt, am liebsten Demonstrationen nur mit Organisierten zu veranstalten, jenen Geist, der die ganze Wahlrechtsbewegung als ein unter strengem Kommando der oberen Instanzen nach genauem Plane und Vorschrift ausgeführtes Manöver auffasst, statt in ihr eine große historische Massenbewegung, ein Stück des großen Klassenkampfes zu sehen, der aus allem seine Nahrung schöpft, was den heutigen Gegensatz zwischen dem Proletariat und dem herrschenden Klassenstaat ausmacht.

Mit einem Worte, Genosse Kautsky stützt theoretisch just die Vorurteile und Beschränktheiten in der Auffassung unserer leitenden Kreise, die ohnehin jeder größeren und kühneren politischen Massenaktion in Deutschland im Wege stehen, und die zu überwinden das dringende Interesse der jetzigen Wahlrechtsbewegung gebietet.

III.

Kommen wir zur Hauptsache.

Genosse Kautsky sucht die Frage, ob jetzt in Deutschland an einen Massenstreik gedacht werden könne, auf die breite Basis einer allgemeinen Theorie über Strategien zu stellen. Bis zum Pariser Kommuneaufstand sei für die revolutionären Klassen die „Niederwerfungsstrategie“ maßgebend gewesen, seitdem aber sei die „Ermattungsstrategie“ an ihre Stelle getreten. Dieser Ermattungsstrategie verdanke die deutsche Sozialdemokratie ihr ganzes Wachstum und ihre bisherigen glänzenden Erfolge, und wir hätten keinen Grund, jetzt mit einem Massenstreik diese siegreiche Strategie zu verlassen, um zur Niederwerfungsstrategie überzugehen. Die Auseinandersetzungen des Genossen Kautsky über die zwei Strategien und die Vorteile der Ermattungsstrategie sind offenbar der wichtigste Pfeiler seiner Argumentation. Namentlich verleiht Genosse Kautsky seiner Stellungnahme dadurch die größte Autorität, dass er seine „Ermattungsstrategie“ direkt zum „politischen Testament“ Friedrich Engels' erklärt. Leider beruht hier die ganze Argumentation auf einem neuen Worte, einer neuen Etikette für alte, wohlbekannte Dinge. Legt man aber diesen neuen und irreführenden Namen auf die Seite, dann bat die Streitfrage mit Friedrich Engels sehr wenig zu tun. Was steckt, konkret gesprochen, hinter jener angeblichen „Ermattungsstrategie“, die Genosse Kautsky so preist, und der die deutsche

Sozialdemokratie ihre bisherigen glänzenden Erfolge verdankt? Die Ausnutzung der parlamentarischen Mittel des bürgerlichen Staates zum täglichen Klassenkampf, zur Aufklärung, Sammlung und Organisation des Proletariats. Für diese „neue Strategie“ waren übrigens nicht erst seit der Pariser Kommune die Grundlagen gelegt, sondern namentlich in Deutschland schon fast ein Jahrzehnt früher durch die Agitation Lassalles, der darin, wie Engels sagt, nur ein Vollstrecker der Weisungen des Kommunistischen Manifestes war. Diese Taktik empfiehlt und begründet in der Tat Friedrich Engels in seinem berühmten Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“. Anstatt indes wie Genosse Kautsky allgemeine Schemata über Strategien aufzustellen, sagt Engels ganz deutlich, worin die von ihm empfohlene Taktik besteht, namentlich aber — gegen welche andere Taktik sie gerichtet ist. „Alle bisherigen Revolutionen liefen hinaus auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere; alle bisherigen herrschenden Klassen waren aber nur kleine Minoritäten gegenüber der beherrschten Volksmasse. Eine herrschende Minorität wurde so gestürzt, eine andere Minorität ergriff an ihrer Stelle das Staatsruder und modelte die Staatseinrichtungen nach ihren Interessen um.“[7] Da alle diese Umwälzungen eigentlich Minoritätsrevolutionen waren, so kamen sie auf dem Wege von Überrumpelungen zustande. Auf demselben Wege einer Überrumpelung durch eine revolutionäre Minorität hoffte man 1848 die sozialistische Umwälzung einleiten zu können.

„Die Geschichte“, sagt Engels, „hat uns und allen, die ähnlich dachten, unrecht gegeben. Sie hat klar gemacht, dass der Stand der ökonomischen Entwicklung auf dem Kontinent damals noch bei weitem nicht reif war für die Beseitigung der kapitalistischen Produktion“, dass es „1848 unmöglich war, die soziale Umgestaltung durch einfache Überrumpelung zu erobern“[8]. Es wurde klar, dass erst im langen Entwicklungsprozess der bürgerlichen Gesellschaft die objektiven Grundlagen für die sozialistische Umwälzung und in einem langen, zähen täglichen Klassenkampf die Vorbereitung des Proletariats zu seiner Mission bei dieser Umwälzung erreicht werden könne. „Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewusstloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt.“[9] Und nun hebt Engels als hervorragendste Waffe in diesem Sinne — die Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes hervor. „Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechtes war — eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus.“ Auf der anderen Seite zeigt Engels, wie sich gleichzeitig die Chancen für revolutionäre Überrumpelungen alten Stils auch äußerlich verschlechtert hätten. „Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet.“[10] Nachdem Engels die militärtechnische Seite des Barrikadenkampfes in den modernen Bedingungen beleuchtet hat, sagt er: „Dies Wachstum [der deutschen Sozialdemokratie, wie sie es dank der Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechtes aufweist - R.L.] ununterbrochen im Gange zu halten, bis es dem herrschenden Regierungssystem von selbst über den Kopf wächst, das ist unsere Hauptaufgabe. Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlass wie 1871 in Paris.“[11] Daher sucht die verzweifelte Bourgeoisie uns zu einem solchen zu verleiten. Beweis: die Umsturzvorlage.[12]

Dies das „politische Testament“ von Friedrich Engels, wie es vor fünfzehn Jahren im Moment, wo die Zuchthausvorlage[13] erschien, veröffentlicht wurde. Klar, deutlich, konkret kritisiert er den vormärzlichen utopischen Sozialismus, der durch einen Barrikadenkampf die Verwirklichung des Endziels einzuleiten gedachte, und stellt ihm den modernen sozialdemokratischen Tageskampf entgegen, der namentlich den Parlamentarismus ausnutzt.

Und nun frage ich: Was hat dieses „Testament“ von Engels in aller Welt mit der heutigen Situation und mit unserer Frage vom Massenstreik zu tun? Hat denn irgend jemand an eine plötzliche Einführung des Sozialismus durch den Massenstreik gedacht? Oder ist es irgend jemand eingefallen, auf einen Barrikadenkampf, auf „einen Zusammenstoß mit dem Militär auf großem Maßstab“ hinzuarbeiten? Oder endlich, gedachte vielleicht irgendein Mensch, gegen die Benutzung des allgemeinen Wahlrechtes, gegen die Ausnutzung des Parlamentarismus zu eifern?

Es ist klar: indem Genosse Kautsky das Engelssche „Testament“ gegen die Losung des Massenstreiks im heutigen preußischen Wahlrechtskampf ins Feld führt, ficht er wiederum, siegreich in der Luft gegen ein anarchistischer Gespenst vom Massenstreik, und es sind offenbar die eingefrorenen Trompetentöne Domela Nieuwenhuis', die ihn plötzlich zu seinem Feldzug aufgescheucht haben. * Andererseits wendet sich aber das Engelssche „Testament“, sofern es die veraltete Taktik der Überrumpelungen kritisiert, höchstens gegen den Genossen Kautsky selbst, der ja den Massenstreik als einen vom „Kriegsrat“ geheim ausgeheckten Überrumpelungsstreich auffasst.

Wie wenig die vom Genossen Kautsky verteidigte „Ermattungsstrategie“ in Wirklichkeit mit dem „politischen Testament“ von Engels zu tun hat, beweist ein heiterer Umstand. Gleichzeitig mit dem Genossen Kautsky tritt in den „Sozialistischen Monatsheften“ Ed. Bernstein gegen die Losung des Massenstreiks in der gegenwärtigen Situation auf. Mit denselben Argumenten, stellenweise in fast wörtlicher Übereinstimmung mit dem Genossen Kautsky, will Bernsteins den Demonstrationsstreik vom „Zwangsstreik“ ebenso wie den gewerkschaftlichen Streik vom politischen streng geschieden wissen und wettet gegen jene „Spieler“, die die gefährliche Losung eines „Zwangsstreiks“ jetzt in die Massen werfen. Eine solche Taktik sei nicht angemessen „für Vertreter der Bewegung der Arbeiterklasse, die die Gewissheit ihres sozialen Aufstiegs in sich trägt, für die aber als das sicherste Mittel zur Verwirklichung dieses Aufstiegs sich in Deutschland die unablässige Organisationsarbeit bewährt habe“. [Es] auf die Gefahren eines Massenstreiks ankommen zu lassen, „liege wahrhaftig kein Grund vor, wo die deutsche Arbeiterbewegung auf dem bisher von ihr beobachteten Wege vielleicht langsam, aber stetig und sicher Schritt für Schritt vorwärts gekommen sei“. Bernstein, nicht Engels, verteidigt hier die „Ermattungsstrategie“ des Genossen Kautsky. Diese Ermattungsstrategie bedeutet aber ganz etwas anderes als das Engelssche Testament.

Der Massenstreik, wie er gegenwärtig im preußischen Wahlrechtskampf zur Debatte steht, war und ist von keinem Menschen als Gegensatz zum Parlamentarismus, sondern als seine Ergänzung, ja, als Mittel, parlamentarische Rechte zu erringen, gedacht. Nicht als Gegensatz zum täglichen Werke der Schulung, Aufklärung und Organisation der Massen, sondern als ein hervorragendes Mittel, gerade die Schulung, Aufklärung und Organisation der proletarischen Massen zu fördern. Da Genosse Kautsky nun diesem so gedachten Massenstreik unsere altbewährte Taktik des Parlamentarismus entgegenstellt, empfiehlt er in Wirklichkeit vorläufig und für die gegenwärtige Situation einfach Nichtsalsparlamentarismus; nicht im Gegensatz zum utopischen Barrikadensozialismus, wie Engels, sondern im

Gegensatz zur sozialdemokratischen Massenaktion des Proletariats zur Erringung und Ausübung politischer Rechte.

In der Tat weist uns Genosse Kautsky — dies der Grundpfeiler seiner Ermattungsstrategie — mit Nachdruck auf die kommenden Reichstagswahlen hin. Von diesen Reichstagswahlen sei alles Heil zu erwarten. Sie bringen uns sicher einen überwältigenden Sieg, sie werden eine ganz neue Situation schaffen, sie geben uns eine breitere Basis zum Kampfe, sie können allein die Bedingungen herstellen, unter denen wir an eine „Niederwerfungsstrategie“, will sagen einfach an eine Massenaktion denken können, sie werden „eine Katastrophe des ganzen herrschenden Regierungssystems“ bringen, sie geben uns jetzt schon „in der Tasche den Schlüssel zu dieser gewaltigen historischen Situation“. Mit einem Worte, der Himmel der kommenden Reichstagswahlen hängt für uns Sozialdemokraten so voller Geigen, dass wir sträflich leichtsinnig wären, angesichts eines so sicher „in der Tasche“ steckenden zukünftigen Sieges durch den Wahlzettel jetzt an einen Massenstreik zu denken.

Ich glaube nicht, dass es gut und angebracht ist, unseren künftigen Sieg bei den Reichstagswahlen in gar so leuchtenden Farben der Partei vorzumalen. Ich glaube vielmehr, dass es ratsamer wäre, uns auf die Reichstagswahlen, wie immer, mit allem Eifer und aller Energie, aber ohne übertriebene Erwartungen vorzubereiten. Wenn wir siegen und in welchem Maße wir siegen, werden wir ja erleben. Im voraus künftige Siege auskosten, liegt so gar nicht im Wesen ernster revolutionärer Parteien, und ich bin ganz der Ansicht des Genossen Pannekoek, dass es besser wäre, solche phantastischen Perspektiven, wie eine Verdoppelung unserer Stimmenzahl, gar nicht erst zu erwähnen.

Aber vor allem: was hat der künftige Reichstagswahlsieg mit der Frage des preußischen Wahlrechtskampfes heute zu tun? Genosse Kautsky meint, der Ausfall der Reichstagswahlen würde „eine ganz neue Situation“ schaffen. Worin jedoch diese neue Situation bestehen soll, ist zunächst unklar. Wenn wir nicht der phantastischen Hoffnung leben, dass wir plötzlich die Mehrheit der Mandate kriegen, wenn wir auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben und selbst die Annahme von einem Wachstum unserer Fraktion auf etwa 125 Mann ins Auge fassen, so ist damit zunächst noch, durchaus keine Umwälzung in den politischen Verhältnissen gegeben. Wir bleiben immer noch eine Minorität im Reichstag, der eine geschlossene reaktionäre Mehrheit entgegensteht, und dass unser Wahlsieg auf die preußische Reaktion so überwältigend wirken würde, dass sie uns plötzlich das gleiche Wahlrecht in Preußen aus freien Stücken konzidiert, glaubt Genosse Kautsky wohl selbst nicht. Die ganz „neue Situation“ kann also nur an einem bestehen — im Staatsstreich, in der Kassierung des Reichstagswahlrechtes. Dann, meint Genosse Kautsky, werden wir mit allen Mitteln, auch mit dem Massenstreik vorgehen. Die „Ermattungsstrategie“, die gegen eine größere Massenaktion für heute eifert, ist verknüpft mit einer Spekulation auf den Staatsstreich, der uns erst zu großen Aktionen befähigen soll. Nun hat diese Spekulation auf die Zukunft mit allen derartigen Spekulationen das gemein, dass sie eben — Zukunftsmusik ist. Tritt der Staatsstreich nicht ein, sondern wird das bisherige Fortwursteln im Zickzackkurs fortgesetzt — und Genosse Kautsky muss selbst zugeben, dass dieses Ergebnis der Reichstagswahlen das allerwahrscheinlichste ist —, so fällt auch die ganze Kombination mit der „neuen Situation“ und unseren großen Aktionen in sich zusammen. Suchen wir freilich unsere Taktik nicht auf die Reichstagswahlen und den Staatsstreich zuzuspitzen, wollen wir uns überhaupt nicht auf bestimmte Zukunftskombinationen einrichten, dann kann uns die Frage, ob wir mehr oder weniger Mandate bei den nächsten Wahlen erobern, ob der Staatsstreich dann erfolgt oder nicht, ziemlich kühl lassen. Tun wir nur in jedem Moment in der Gegenwart unsere Pflicht, um in jeder gegebenen Situation das Höchstmaß an Aufrüttelung und Aufklärung der Massen zu leisten und auf der Höhe der Situation und ihrer Anforderungen zu sein, dann

werden wir bei jedem weiteren Gange der Ereignisse unsere Rechnung finden. Will man hingegen, wie Genosse Kautsky, eine ganze „Ermattungsstrategie“ für heute mit einer Aussicht auf Großtaten der „Niederwerfungsstrategie“ im nächsten Jahre begründen, wobei diese letztere auch noch erst von einem eventuellen Staatsstreich abhängig ist, dann bekommt unsere „Strategie“ eine leichte Ähnlichkeit mit derjenigen der kleinbürgerlichen Demokraten in Frankreich, die Marx im „Achtzehnten Brumaire“ so genial charakterisiert hat: Über die eigenen Halbheiten und Niederlagen in der Gegenwart pflegten sie sich mit der Hoffnung auf Großtaten bei der nächsten Gelegenheit zu trösten. „Über den 13. Juni vertrösteten sie sich mit der tiefen Wendung: Aber wenn man das allgemeine Wahlrecht anzugreifen wagt, aber dann! Dann werden wir zeigen, wer wir sind. Nous verrons [Wir werden sehen].“ [14]

IV.

Andererseits kommt der Protest des Genossen Kautsky im Namen der „Ermattungsstrategie“, die alle ihre Hoffnungen auf die kommenden Reichstagswahlen setzt, reichlich spät. Nicht erst gegen die jetzige Erörterung des Massenstreiks hätte er seinen Mahnruf richten sollen, sondern bereits gegen die Straßendemonstrationen, ja gegen den ganzen Zuschnitt der Wahlrechtsbewegung in Preußen, wie sie durch den preußischen Parteitag im Januar eingeleitet worden ist. Auf diesem Parteitag schon ist der leitende Gesichtspunkt der ganzen Wahlrechtskampagne mit Nachdruck formuliert worden, nämlich, dass die preußische Wahlreform nicht durch parlamentarische Mittel — also weder durch die Tätigkeit innerhalb des Parlaments, noch durch noch so glänzende Parlamentswahlen — erreicht werden könne, sondern einzig und allein durch eine scharfe Massenaktion draußen im Lande. „Es gilt eine Volksbewegung größten Stiles auf den Plan zu rufen“, erklärte dort der Referent [Heinrich Ströbel] unter lebhaftem Beifall, „sonst werden die Entrechteten kläglich geäfft und betrogen werden. Und was noch schlimmer ist, wir selbst würden uns die Schuld daran zuzuschreiben haben, dass das Volk so betrogen wird.“

Dem Parteitag lagen bereits fünf Anträge — aus Breslau, Berlin, Spandau-Osthavelland, Frankfurt a. M. und Magdeburg — vor, die die Anwendung schärferer Mittel, der Straßendemonstrationen und des Massenstreiks, forderten. Die Resolution, die dann einstimmige Annahme fand, stellt die Anwendung im Wahlrechtskampf „aller zu Gebote stehenden Mittel“ in Aussicht, und der Referent gab ihr folgenden Kommentar in seiner Rede: „Meine Resolution hat ausdrücklich davon Abstand genommen, Straßendemonstrationen oder den politischen Massenstreik zu erwähnen. Aber diese Resolution soll bedeuten — ich wünsche, dass der Parteitag sie auch so auffasst —, dass wir entschlossen sind, alle uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden.“ Wann diese Mittel zur Anwendung kämen, das hängt immer ab, „von dem Grade der Entflammung, der durch unsere Aufklärung und Aufrüttelung in den Massen hervorgerufen wird. Wir müssen das Hauptgewicht darauf legen, dass wir vor allem für diese Entflammung der Massen im Wahlrechtskampf zu arbeiten haben.“

Die Demonstrationen, die seit dem preußischen Parteitag einsetzten, waren somit von vornherein im Zusammenhang mit der Losung eines eventuellen Massenstreiks gedacht, als Mittel, jenen Grad der „Entflammung der Massen“ zu erreichen, bei dem die schärfsten Mittel zur Anwendung kämen. Diese Demonstrationen fielen also bereits bedenklich aus dem Rahmen der „Ermattungsstrategie“ ins Gebiet der „Niederwerfungsstrategie“ heraus und leiteten zu dieser letzteren direkt hinüber.

Dies auch noch aus einem weiteren Grunde. Gehört es zur „Ermattungsstrategie“, dass man im Sinne des Engelsschen Testaments vom Jahre 1895 jede Eventualität eines Zusammenstoßes mit der Militärmacht vermeidet, dann sind die Straßendemonstrationen

allein und mehr noch als der Massenstreik bereits ein Bruch mit jener „Strategie“. Um so seltsamer erscheint nun, dass Genosse Kautsky seinerseits doch Demonstrationen befürwortet, ja er gibt zu, dass es notwendig sei, „vor allem die Straßendemonstration weiter zur Anwendung zu bringen, darin nicht zu erlahmen, sie im Gegenteil immer machtvoller zu gestalten“. Aber er will Demonstrationen ohne Steigerung, ohne Zuspitzung. Die Demonstrationen sollen „immer machtvoller“ sein, sie sollen aber nicht „um jeden Preis vorwärts“ gehen, sie sollen „nicht erlahmen“, sich aber nicht zuspitzen. Mit einem Worte: die Demonstrationen sollen nicht vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Dies ist nun eine rein theoretische Auffassung der Demonstrationen, der Massenaktion überhaupt, die mit den wirklichen praktischen Bedingungen, mit der lebendigen Wirklichkeit nicht viel rechnet. Wenn wir große proletarische Massen auf die Straße zur Demonstration rufen; wenn wir ihnen erklären, die Situation sei eine derartige, dass einzig und allein durch ihre eigene Massenaktion, nicht durch parlamentarische Aktionen, der Zweck erreicht werden könne; wenn es uns gelingt, immer mehr die Massen zu entflammen; wenn die Straßendemonstrationen immer mächtiger und der Elan, die Kampf Stimmung, immer größer, zugleich die unvermeidliche Verschärfung der Verhältnisse mit der Staatsmacht, die Möglichkeit der Zusammenstöße mit der Polizei und dem Militär immer größer wird, dann ersteht in den Massen von selbst die Frage: Was weiter? Die Demonstrationen bringen ja die Lösung nicht; sie sind der Anfang, nicht das Ende der Massenaktion; sie schaffen zugleich von selbst eine Zuspitzung der Lage. Und wenn die von uns entfachte Massenbewegung nach weiteren Direktiven, weiteren Aussichten ruft, so müssen wir ihr diese weiteren Aussichten zeigen, oder — wenn wir dazu aus diesem oder jenem Grunde nicht imstande sind — dann bricht auch die Demonstrationsbewegung über kurz oder lang zusammen, sie muss zusammenbrechen.

Genosse Kautsky bestreitet dies. Er beruft sich auf Österreich: „Über ein Dutzend Jahre hat dort der Wahlrechtskampf gedauert; schon 1894 wurde die Anwendung des Massenstreiks von den österreichischen Genossen erwogen, und doch vermochten sie bis 1905 ihre glänzende Massenbewegung ohne jede Steigerung und Zuspitzung im Gange zu halten. — Nie sind die Genossen Österreichs in ihrem Wahlrechtskampf über Straßendemonstrationen hinausgegangen, und doch verschwand nicht ihr Elan, brach ihre Aktion nicht zusammen.“

Genosse Kautsky irrt sich in bezug auf die Tatsachen in Österreich, wie er sich in bezug auf die Tatsachen des belgischen Wahlrechtskampfes geirrt hat.

Die Genossen in Österreich vermochten so wenig über ein Dutzend Jahre „ihre glänzende Massenbewegung“ im Gange zu halten, dass diese Massenbewegung vielmehr von 1897 bis 1905, also etwa acht Jahre lang, vollständig darniederlag. Darüber haben wir ein zuverlässiges Zeugnis — in der Gestalt sämtlicher Parteitage der österreichischen Genossen für diese Zeit. Seit 1898 bis 1905 bilden nämlich die Klagen über den Zusammenbruch der Massenaktion, über das Darniederliegen des Wahlrechtskampfes eine ständige herrschende Note aller Parteitage. Schon auf dem Parteitag in Linz im Jahre 1898 bemängelt Genosse Winarsky, dass im Referat über die Parteitaktik „über das allgemeine Wahlrecht fast gar nichts gesprochen“ wurde und erklärt: „es müsse wieder ein Sturm auf diese Bastion unternommen werden“. Dieselben Forderungen und Klagen wurden laut auf dem Parteitag in Brünn 1899. Auf dem Parteitag in Graz im Jahre 1900 konstatiert Emmerling: „Seit dem Jahre 1897 haben wir den Kampf für das allgemeine Wahlrecht vollständig eingestellt.“ Skaret meint, „dass es heute an uns sein wird, aus dem Parteitag heraus eine Wahlrechtsbewegung zu machen“. Pölzer teilt mit: „Die Genossen sagen: seitdem wir die fünfte Kurie[15] haben, ist es so, als ob die Generäle hypnotisiert wären, es rührt sich nichts mehr. Ich meine also, es müssen überall

Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht abgehalten werden.“ Bartel erklärt: „In dem Manifest der Parteivertretung und des Verbandes wurde ein schüchterner Aufruf zum Wahlkampf erlassen. Wir haben in der Provinz aufgeatmet, weil wir meinten, endlich werde etwas geschehen. Es geschah aber nichts, und wir stehen dort, wo wir vor dem Manifest standen.“ Sämtliche Redner äußerten sich in demselben Sinne. Dieselben Klagen wiederholen sich auf dem Parteitag in Wien 1901, in Aussig 1902 und wieder in Wien 1903. Auf dem Parteitag in Salzburg im Jahre 1904 endlich gab es einen ganzen Sturm des Unwillens über den Stillstand in der Wahlrechtsbewegung. Pölzer rief: „Ja, was wird denn eigentlich geschehen? — Genossen, das geht nicht weiter. Wenn wir Drohungen aussprechen, müssen wir sie verwirklichen, — eingreifen gilt es mit aller Macht, denn lange genug haben wir bloß gedroht.“ Schuhmeier konstatiert: „Es lässt sich nicht leugnen, dass in unseren Reihen die Stimmung abgeflaut ist, dass das Feuer der Kampfesbegeisterung nachgelassen hat.“ So groß war die allgemeine Gedrücktheit, der Elan so gering, dass Schuhmeier in Salzburg — ein knappes Jahr vor dem siegreichen Sturm im November 1905 — erklären konnte: „Ich bin heute überzeugt, dass wir vom allgemeinen Wahlrecht weiter entfernt sind als je.“ Freundlich stellt fest, „es herrsche in den Massen eine Hoffnungslosigkeit und Teilnahmslosigkeit gegenüber dem politischen Leben, wie sie in diesem Umfange noch nicht beobachtet worden sei“. Pernerstorfer meinte, nicht einmal Straßendemonstrationen wären mehr zustande zu bringen: man fordere, „dass wir auf die Straße gehen, dass wir die Parteigenossen auffordern, eine Art Demonstration zu beginnen, wie sie ja auch schon einmal gemacht worden sind — nun meinen wir aber ganz ernstlich, dass wir mit einer solchen Aktion jetzt ein Fiasko erleben würden“. Winarsky sagt ausdrücklich: „Wir haben sieben Jahre gewartet, und ich glaube, es ist endlich notwendig, dass diese Zeit des Wartens im Interesse der Partei ein Ende nehme.“

Mit der „glänzenden Massenbewegung“, die in Österreich zwölf Jahre lang im Fluss erhalten wurde, und dem Elan, der nicht nachließ, sah es also ziemlich dürftig aus. Freilich lag die Schuld nicht an der Parteileitung. Die wirkliche Ursache hat Adler schon in Linz erschöpfend nachgewiesen — indem er sagte: „Sie verlangen — man möge eine Wahlrechtsbewegung ins Werk setzen — offenbar eine Bewegung, die mit derselben Entschiedenheit auftritt, wie die, die wir vor mehreren Jahren hatten. Demgegenüber erkläre ich Ihnen: Heute können wir das nicht tun, vielleicht müssen wir es morgen tun, ich weiß es nicht.“

Dass wir es aber heute nicht tun können, das ist klar. Solche Bewegungen werden nicht ins Werk gesetzt, weil man sie machen will, solche Bewegungen müssen sich als innere Notwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben.“ Und seitdem musste dasselbe auf jedem Parteitag wiederholt werden, denn das „Morgen“, an dem eine Massenbewegung für das Wahlrecht in Österreich wieder möglich wurde, ergab sich erst — im Jahre 1905, als unter dem unmittelbaren Eindruck des siegreichen Massenstreiks in Russland, der das Verfassungsmanifest des 30. Oktober[16] erzwungen hatte, die auf dem Parteitag versammelten Genossen die Verhandlungen abbrachen, um auf die Straße zu steigen, entschlossen, „russisch zu reden“, wie sie zehn Jahre früher entschlossen waren, „belgisch“ zu reden.

Während also das Proletariat in Österreich tatsächlich nur in den zwei stürmischen Anläufen der Massenbewegung die Wahlreform durchgesetzt hat, die es anfangs der neunziger Jahre unter dem Anstoß des belgischen Massenstreiks und 1905 unter dem Anstoß des russischen Massenstreiks genommen hatte, lehnt Genosse Kautsky sowohl das belgische wie das russische Beispiel für Preußen ab, um uns als Muster auf jene dazwischenliegende achtjährige Periode in Österreich zu verweisen, in der die Wahlrechtsbewegung als Massenaktion in Wirklichkeit völlig darniederlag. Und in beiden Fällen, sowohl bei der Erringung der

Taaffeschen Kurie des allgemeinen Wahlrechts wie bei der Erringung der jüngsten Wahlreform, war die Massenbewegung in Österreich mit der Entschlossenheit zum Massenstreik fest verknüpft. Im Jahre 1905 waren ja, wie Genosse Kautsky wohl weiß, sogar die Vorbereitungen zum Massenstreik in ernstester Weise getroffen. Es kam zum Massenstreik nur deshalb nicht, weil in beiden Fällen die der Wahlreform zugeneigte Regierung sehr bald die Konzession machte. Bezeichnenderweise tauchte auch in Österreich, als in der tristen Zwischenzeit nach Mitteln gesucht wurde, die Massenbewegung zu beleben, jedes Mal wieder — die Losung des Massenstreiks auf. In Graz wie in Salzburg verwandelte sich die Debatte über die Wahlrechtsbewegung in eine Debatte über den Massenstreik. Die Genossen fühlten nämlich alle, was Resel in Graz ausgesprochen hat: „eine Wahlrechtsbewegung könne man nur dann einleiten, wenn „an sie bis zum Äußersten durchzuführen entschlossen sei.“ Freilich genügt die Entschlossenheit allein nicht, denn weder Massenstreiks noch Massendemonstrationen lassen sich künstlich aus dem Boden stampfen, wenn die politische Situation einerseits und die Stimmung der Massen andererseits nicht eine entsprechende Steigerung erfahren haben. Man soll sich aber keinen Illusionen hingeben, dass man umgekehrt eine Massenbewegung, dass man Demonstrationen jahrelang ohne Steigerung und ohne die Entschlossenheit zum schärfsten Kampf aufrechterhalten könne.

Wie wenig dies möglich ist, beweist der bisherige Verlauf unserer eigenen Wahlrechtsbewegung in Preußen. Dass vor zwei Jahren die begonnene erste Demonstrationsbewegung nach kurzer Zeit eingestellt wurde, obwohl der Elan der proletarischen Masse durchaus nicht im Abflauen begriffen war, ist ja eine bekannte Tatsache. Aber auch in diesem Jahre verrät die Bewegung in gewisser Hinsicht dieselben Züge. Bei jeder großen Demonstration, die in Berlin veranstaltet wurde, hatte man das deutliche Gefühl, dass sie mit dem inneren Gedanken unternommen wurde: „Nun aber Schluss!“ Nach der großartigen Demonstration im Tiergarten am 6. März, die ein großer Schritt vorwärts war von der Demonstration des 13. Februar, war die Stimmung der Massen in Berlin so gehoben, dass sich für die Partei, wenn es ihr wirklich darum zu tun war, die Demonstrationen „immer mächtiger“ zu gestalten, die Pflicht ergab, eine nächste passende Gelegenheit zu ergreifen, um eine neue noch wirksamere Demonstration zu veranstalten. Eine solche Gelegenheit bot sich aber, und eine glänzende — am 18. März oder wenigstens am nächsten Sonntag nach dem 18. März. Anstatt dessen, und um dieser Demonstration aus dem Wege zu gehen, wurden am 15. März jene drei Dutzend Versammlungen in Berlin angeordnet, die angesichts der Stimmung der Massen und nach dem 6. März einen kläglichen Rückzug bedeuteten. Der 18. März aber — ein Datum, das in diesem Jahre für die Massenbewegung eine Bedeutung und Aktualität erlangt hatte, wie noch in keinem früheren Jahre, der Jahrestag der deutschen Revolution und der Pariser Kommune, der sich für die Aufrüttelung der Massen, für politische Rückblicke und geschichtliche Analyse, für unbarmherzige Kritik der bürgerlichen Parteien glänzend verwerten ließ — der 18. März wurde in Berlin überhaupt nicht gefeiert. Weder eine Demonstration noch auch nur Massenversammlungen, noch eine Gedenkschrift — ein matter Leitartikel im „Vorwärts“, und keine Zeile in der „Neuen Zeit“ — das war die Art, wie man die ausgezeichnete Gelegenheit und die ausgezeichnete Stimmung der Massen zu „immer machtvolleren Demonstrationen“ wahrgenommen hat. Und dies ist ganz natürlich. Geht man nicht an die Demonstrationen mit der klaren Entschlossenheit heran, die Bewegung immer weiter zu treiben und vor ihren Konsequenzen nicht zurückzuschrecken, dann ergibt sich jene Zaghaftigkeit, die der Möglichkeit jeder stürmischeren Demonstration lieber aus dem Wege geht.

Die Versammlungen des 15. März in Berlin, die den 18. März totgeschlagen haben, waren ein direkter Schritt zurück, gemessen an der Stimmung der Massen in Berlin und — der Parteigenossen in der Provinz. Wäre hier, wo die Genossen auch den 18. März nach

Möglichkeit ausgenutzt haben und wo die Losung des Massenstreiks immer lauter wurde, die Kampf Stimmung und die Entschlossenheit nicht so groß gewesen, so hätten wir sicher nicht die Demonstration des 10. April bekommen. Wie sehr dies zutrifft, beweist ein weiterer Umstand. Kaum hatten wir in Berlin am 10. April den großen Sieg über die Reaktion, das Recht auf Straßendemonstrationen durchgedrückt,[17] was wieder einen Schritt vorwärts über den 6. März hinaus bedeutete, wie es zweifellos die Frucht des 6. März war, so ergab sich für die Partei die klare Pflicht, falls sie überhaupt die Demonstrationen weiterführen und sie „immer machtvoller“ gestalten wollte, das neuerrungene Recht auf die Straße aufs Äußerste auszunutzen. Die nächste Gelegenheit dazu war — der 1. Mai. Hier erlebten wir aber die befremdende Tatsache: während im ganzen Lande auch die kleinsten Orte am 1. Mai in dieser oder jener Weise Straßendemonstrationen veranstaltet haben, während in größeren Zentren — in Dortmund, in Köln, in Magdeburg, in Frankfurt a. M., in Solingen, in Kiel, Stettin, Hamburg, Lübeck — die Straßendemonstrationen des 1. Mai an Umfang und Stimmung alle vorhergehenden übertroffen haben und ein wirklicher Schritt vorwärts waren, sowohl in der Wahlrechtsbewegung wie in der Maifeier, hat in Berlin gar keine Straßendemonstration stattgefunden — weder eine erlaubte noch eine unerlaubte, noch auch ein Versuch zu einer solchen. Ein Schock Versammlungen war alles, worin man wieder die prächtige Kampf Stimmung der Berliner Arbeiterschaft zersplittert hat, Während die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsvorlage — das Hinundher zwischen dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus — noch eine monatelange Frist und Gelegenheit zu Demonstrationen bietet, und während die Stimmung der Massen nicht das geringste Abflauen zeigt, hat es gar sehr den Anschein, als gingen wir einer schönen „Sommerpause“ entgegen, in der uns schon andere Sorgen plagen — Genosse Kautsky weist uns ja auf die kommenden Reichstagswahlen hin —, und in der die Demonstrationsbewegung ruhig aber sicher zum Schlaf gebettet wird. Das ist die unvermeidliche Logik der Dinge. Nicht durch meine sträfliche Agitation wird die Partei vor ein Dilemma gestellt, wie Genosse Kautsky meint, sondern durch die objektive Sachlage. Entweder will man „eine Volksbewegung größten Stils“ hervorrufen, die Losung „keine Ruhe in Preußen“ wahr machen, die Demonstrationen immer mächtiger ausgestalten, dann muss man mit der Entschlossenheit an die Sache herantreten, bis zum Äußersten zu gehen, der Zuspitzung der Situation, die sich ergeben kann, nicht ausweichen, alle großen wirtschaftlichen Konflikte für die politische Bewegung ausnutzen, und dann muss man auch die Losung des Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen, sie in den Massen populär machen, denn nur auf diese Weise wird die Sicherheit, die Kampffreude und der Mut der Massen auf die Dauer erhalten. Oder aber will man nur ein paar Demonstrationen als kurze Parade nach dem Schnürchen und nach dem Kommando ausführen, um dann vor einer Verschärfung des Kampfes zurückzuweichen und sich schließlich auf die altbewährte Vorbereitung zu den Reichstagswahlen über ein Jahr zurückzuziehen, dann sollte man lieber nicht von einer „Volksbewegung größten Stils“ reden, die Anwendung „aller zu Gebote stehenden Mittel“ auf dem Parteitag ankündigen, im „Vorwärts“ im Januar ein ohrenbetäubendes Säbelgerassel inszenieren und selbst im Parlament mit dem Massenstreik drohen. Dann darf man sich aber auch keiner Täuschung hingeben, dass wir die Demonstrationen auf die Dauer erhalten und immer mächtiger gestalten werden. Sonst kommen wir in die Gefahr, wiederum ein wenig an die Schilderung der französischen Demokratie im „Achtzehnten Brumaire“ zu erinnern, von der Marx sagt: „Die revolutionären Drohungen der Kleinbürger und ihrer demokratischen Vertreter sind bloße Einschüchterungsversuche des Gegners. Und wenn sie sich in eine Sackgasse verrannt, wenn sie sich hinlänglich kompromittiert haben, um zur Ausführung ihrer Drohungen gezwungen zu sein, so geschieht es in einer Weise, die nichts mehr vermeidet als die Mittel zum Zweck und nach Vorwänden zum Unterliegen hascht. Die schmetternde Ouvertüre, die den Kampf verkündete, verliert sich in ein kleinlautes Knurren, sobald er beginnen soll — und die

Handlung fällt platt zusammen, wie ein luftgefüllter Ballon, den man mit einer Nadel pickt.“[18]

V.

Wie ist denn die Sachlage im ganzen? Zum erstenmal haben wir in Deutschland endlich eine lebhaftere Massenbewegung bekommen, zum erstenmal sind wir über die bloßen Formen des parlamentarischen Kampfes hinausgegangen und haben es fertig gebracht, den Acheron in Bewegung zu setzen. Umgekehrt, wie es in Österreich fast ein Jahrzehnt lang der Fall war, sind wir nicht vor die harte Aufgabe gestellt, eine Massenaktion mitten in der allgemeinen Apathie mit aller Gewalt heraufzubeschwören, sondern wir haben nur die dankbare und natürliche Aufgabe, die kampffreudige, erregte Stimmung der Massen auszunutzen, um ihr die politischen Losungen zu geben, um sie in politische, sozialistische Aufklärung umzuprägen, um den Massen wegweisend voranzugehen, sie vorwärts zu führen. Aus dieser Situation heraus ergibt sich auch auf die natürlichste Weise, dass die Losung des Massenstreiks in den Vordergrund getreten ist, und es ist Pflicht der Partei, sie offen und klar zu erörtern, als ein Mittel, das sich früher oder später aus der anschwellenden Demonstrationsbewegung und dem hartnäckigen Widerstand der Reaktion ergeben muss. Nicht darauf kommt es an, plötzlich von heute auf morgen einen Massenstreik in Preußen zu kommandieren oder für die nächste Woche zum Massenstreik „aufzufordern“, sondern im Zusammenhang mit der Kritik aller bürgerlichen Parteien und der Beleuchtung der ganzen Situation in Preußen-Deutschland geschichtlich, ökonomisch, politisch den Massen klarzumachen, dass sie nicht auf bürgerliche Bundesgenossen und nicht auf die parlamentarische Aktion, sondern bloß auf sich selbst, auf die eigene entschlossene Klassenaktion angewiesen sind. Die Losung des Massenstreiks ergibt sich dabei nicht als ein ausgeklügeltes, patentiertes Mittel zur Erfechtung von Siegen, das angepriesen wird, sondern als die Formulierung, die Zusammenfassung der politischen und historischen Lehren der heutigen Verhältnisse in Deutschland.

Eine so geartete Agitation für den Massenstreik gibt die Möglichkeit, die ganze politische Situation, die Gruppierung der Klassen und Parteien in Deutschland in schärfster Weise zu beleuchten, die politische Reife der Massen zu steigern, ihr Kraftgefühl, ihre Kampffreude zu wecken, an den Idealismus der Massen zu appellieren, neue Horizonte dem Proletariat zu zeigen. Dadurch wird die Erörterung des Massenstreiks zum hervorragenden Mittel, indifferente Schichten des Proletariats aufzurütteln, proletarische Anhänger der bürgerlichen Parteien, namentlich des Zentrums, zu uns herüberzuziehen, die Massen für alle Eventualitäten der Situation bereit zu machen und endlich in wirksamster Weise auch für die Reichstagswahlen vorzuarbeiten.

Wenn nun Genosse Kautsky gegen diese Agitation den Feldzug eröffnet, die Erörterung des Massenstreiks für gefährlich erklärt und die ganze Wahlrechtsbewegung auf die kommenden Reichstagswahlen als den einzigen Zielpunkt zu richten sucht, so heißt das einfach, die bereits auf neuen Bahnen erfreulich vorgeschrittene Parteibewegung wieder in die alten ausgetretenen Geleise des reinen Parlamentarismus zurückzuschrauben.

Aber Genosse Kautsky trägt wieder Eulen nach Athen, wenn er uns in Deutschland parlamentarischen Optimismus und parlamentarische Aktion predigt. Wir haben ohnehin schon seit Jahrzehnten unser Parteileben auf die Reichstagswahlen als die Hauptaktion eingerichtet, und unsere Taktik wird ohnehin mehr als genug von Rücksichten auf die Parlamentswahlen beeinflusst. Mit dem Hinweis auf bevorstehende Reichstagswahlen werden periodische Auseinandersetzungen über die Taktik gerügt. Aus Rücksicht auf die

Reichstagswahlen wurde im Jahre 1907 die völlig verkehrte Politik vom „Vorwärts“ befolgt, alle Kanonen gegen den Liberalismus zu richten und das Zentrum, weil es sich parlamentarisch in der Opposition befand, aus dem Spiele zu lassen. Nur weil unsere Provinzpresse, namentlich im westlichen Bezirk, diesem Beispiel nicht gefolgt war und das Zentrum rücksichtslos bekämpft hat, ist es gelungen, unsere Position zu behaupten. Auf die Reichstagswahlen ist ja ohnehin das Hauptaugenmerk unserer Parteileitung gerichtet, und während zum Beispiel bei jeder Reichstagswahl es als selbstverständlich gilt, dass im ganzen Lande eine unermüdliche Agitation entfaltet wird, sämtliche Redner aufgeboten, in jeder Stadt und jedem Städtchen zahllose Versammlungen abgehalten werden, wird jetzt, während der Wahlrechtsbewegung, nichts Derartiges getan. Die in Versammlungen und Flugschriften geleistete Agitation ist allerminimalst. Aus parlamentarischen Gesichtspunkten ist unter anderem der 18. März in diesem Jahre für die Agitation ungenützt geblieben: die für den 15. März angeordneten Berliner Versammlungen sollten an die dritte Lesung [der Wahlrechtsvorlage] des preußischen Abgeordnetenhauses, statt an die Revolution anknüpfen. Endlich aus Rücksicht auf den Parlamentarismus und aus parlamentarischen Gewohnheiten wird bei uns die republikanische Agitation so sehr vernachlässigt, die jetzt dringender erforderlich ist wie je.

War es also wirklich eine noch größere Zuspitzung unserer ganzen Taktik auf die Reichstagswahlen, eine noch größere Faszinierung der Massen durch Parlamentswahlen, was uns gerade jetzt in Deutschland Not tat?

Ich finde es nicht. Irgendwelche „Gefahren“, gegen die es aufzutreten galt, konnten nur in der Einbildung derjenigen existieren, die sich von den anarchistischen Vorstellungen über den Massenstreik nicht losmachen können. Der wirkliche Effekt des Auftretens des Genossen Kautsky ist also nur der, dass er eine theoretische Schirmwand für die Elemente in der Partei und in den Gewerkschaften geliefert hat, die sich bei der weiteren rücksichtslosen Entfaltung der Massenbewegung unbehaglich fühlen, sie im Zaume halten und sich am liebsten so schnell wie möglich auf die alten bequemen Bahnen des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltags zurückziehen möchten. Indem Genosse Kautsky unter Berufung auf Engels und den Marxismus diesen Elementen für ihr Vorgehen eine Gewissensberuhigung gebracht hat, hat er zugleich ein Mittel geliefert, um derselben Demonstrationsbewegung wieder für die nächste Zeit das Genick zu brechen, die er immer machtvoller gestalten möchte.

Es ist aber klar, dass die weiteren Aussichten der Wahlrechtsbewegung jetzt, umgekehrt, gerade eine Fortsetzung und machtvollere Entfaltung der Massenaktion erfordern. Der parlamentarische Zusammenbruch der Wahlrechtsvorlage bedeutet den Bankrott der Regierung wie des konservativklerikalen Blocks. Die Aktion der Gegner ist vorläufig mit ihrem Latein zu Ende, die Aktion des Proletariats muss um so nachdrücklicher einsetzen. Der Gegner befindet sich auf dem Rückzug, uns gebührt die Offensive. Nicht tröstliche Erwartungen auf die grandiose Revanche in anderthalb Jahren an der Wahlurne, sondern Schlag auf Schlag jetzt schon, nicht Ermattung, sondern Kampf auf der ganzen Linie, das ist es, was uns Not tut. Und ich wiederhole: Wenn die Masse der Parteigenossen dies begreift und empfindet, dann werden auch unsere Führer auf dem Posten sein. „Die Menge tut es.“

Zum Schlusse eine kleine historische Reminiszenz, die aber nicht ohne artige Parallelen mit der Gegenwart ist. Genosse Kautsky lehnt die Beispiele anderer Länder, in denen der Massenstreik in der letzten Zeit in Anwendung gekommen ist, für Preußen ab. Russland taue als Beispiel nicht, auch nicht Belgien und selbst nicht Österreich. Überhaupt „gehe es nicht an, sich für die gegenwärtige Situation in Preußen auf das Vorbild anderer Länder zu berufen“. Genosse Kautsky selbst geht aber, um das richtige Muster für unsere Taktik zu holen, auf die

alten Römer und Hannibal zurück. Hier findet er das Beispiel, an dem sich das deutsche Proletariat erbauen soll, in Fabius dem Zauderer mit seiner angeblich siegreichen „Ermattungsstrategie“. Mir scheint es etwas weit ausgeholt, auf die antiken Römer zurückzugreifen, da aber Genosse Kautsky dies nun einmal tut, so möchte ich immerhin konstatieren, dass auch hier die Tatsachen nicht ganz zutreffen. Die Fabel von der notwendigen und siegreichen Strategie des Cunctators hat schon Mommsen zerstört, indem er nachwies, dass „die natürliche und richtige Verwendung“ der römischen Streitmacht von Anfang an ein entschlossener Angriff gewesen wäre, und dass die zaudernde Haltung des Fabius, die Mommsen das „methodische Nichtstun“ nennt, nicht die Äußerung irgendeines tiefen und durch Umstände gebotenen strategischen Planes, sondern ein Ausfluss der ganzen konservativen, greisenhaften Politik des Senats war. „Quintus Fabius“, sagt Mommsen, „war ein hochbejahrter Mann, von einer Bedachtsamkeit und Festigkeit, die nicht wenigen als Zauderei und Eigensinn erschien; ein eifriger Verehrer der guten alten Zeit, der politischen Allmacht des Senats und des Bürgermeisterkommandos, erwartete er das Heil des Staates nächst Opfern und Gebeten von der methodischen Kriegführung.“ „An einem leitenden, die Verhältnisse im Zusammenhang beherrschenden Staatsmann muss es gefehlt haben“, sagt er an einer anderen Stelle; „überall war entweder zu wenig geschehen oder zuviel. Nun begann der Krieg, zu dem man Zeit und Ort den Feind hatte bestimmen lassen; und im wohlbegründeten Vollgefühl militärischer Überlegenheit war man ratlos über Ziel und Gang der nächsten Operationen.“ Der Angriff in Spanien und Afrika war das erste Gebot der Taktik, „allein man versäumte das Gebot des Vorteils nicht minder wie das der Ehre“. Dass durch jene Zögerung die spanischen Bundesgenossen Roms zum zweitenmal aufgeopfert wurden, konnte man ebenso sicher vorhersehen, als die Zögerung selbst sich leicht vermeiden ließ.“ „So weise es war, sich römischerseits verteidigend zu verhalten und den Haupterfolg von dem Abschneiden der Subsistenzmittel des Feindes zu erwarten, so war es doch ein seltsames Verteidigungs- und Aushungerungssystem, bei welchem der Feind unter den Augen einer an Zahl gleichen römischen Armee ganz Mittelitalien ungehindert verwüstet und durch eine geordnete Fouragierung im größten Maßstab sich für den Winter hinreichend verproviantiert hatte.“ „Endlich, was das römische Heer anlangte, so konnte man nicht sagen, dass es den Feldherrn zu dieser Kriegführung nötigte; es bestand wohl zum Teil aus einberufener Landwehr, aber doch seinem Kerne nach aus den dienstgewohnten Legionen von Arminum, und weit entfernt, durch die letzten Niederlagen entmutigt zu sein, war es erbittert über die wenig ehrenvolle Aufgabe, die sein Feldherr, „Hannibals Lakai“, ihm zuwies, und verlangte mit lauter Stimme, gegen den Feind geführt zu werden. Es kam zu den heftigsten Auftritten in den Bürgerversammlungen gegen den eigensinnigen alten Mann.“ In diesem Sinne geht es bei Mommsen eine ganze Strecke weiter. „Nicht der ‘Zauderer’ hat Rom gerettet“, sagt er mit dünnen Worten, „sondern die feste Fügung seiner Eidgenossenschaft und vielleicht nicht minder der Nationalhass, mit dem der phönizische Mann von den Okzidentalern empfangen ward.“ Dies war so offenkundig, dass schließlich sogar „die Majorität des Senats trotz der Quasilegitimation, welche die letzten Ereignisse dem Zaudersystem des Fabius gegeben hatten, doch fest entschlossen war, von dieser den Staat zwar langsam aber sicher zugrunde richtenden Kriegführung abzugehen.“[19]

So sieht es mit der siegreichen „Ermattungsstrategie“ des Fabius Cunctator aus. Tatsächlich ist sie eine Legende, die auf unseren Schulen den Gymnasiasten gepredigt wird, um sie im konservativen Geiste zu drillen und vor „Überstürzung“ und „Umstürzeln“ zu warnen, ihnen als Geist der Weltgeschichte das Motto einzubläuen, nach dem der Landsturm marschiert: „Immer langsam voran.“ Dass diese Legende nun für das revolutionäre Proletariat gelten soll, heute, in dieser Situation — das ist eine von den unerwarteten Fügungen des Schicksals.

Wie dem auch sei, ist jedenfalls das Element des edlen Quintus Fabius, der nächst Opfern und Gebeten von der methodischen Kriegführung das Heil des Staates erwartete, in unserem obersten Senat der Partei und der Gewerkschaften, wie mich dünkt, hinlänglich vertreten. An einem Mangel des Zauderns, an jugendlichem Übermut und Überstürzung haben wir in unserer Parteileitung, soviel ich weiß, noch nicht viel gelitten. Wie Genosse Adler auf dem Deutsch-Österreichischen Parteitag in Graz gesagt hat: „Die Peitsche tut immer gut, und ich gestehe, dass mir Äußerungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, dass zu wenig geschehe, weit lieber sind als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit raten. Die Besonnenheit besorgen schon wir, vielleicht in zu großem Masse. Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht.“ So ungefähr, denke ich, ist es auch bei uns. Dass Genosse Kautsky seine Feder und sein historisches Wissen der Befürwortung der Cunctator-Strategie lieh, war zum mindesten eine Verschwendung. Zum Bremsen, Genosse Kautsky, brauchen wir Sie nicht.

Rosa Luxemburg: Die Theorie und die Praxis

Die neue Zeit, 28. Jahrgang 1909/10, Zweiter Band, I-II: S. 564-578, IV-VI: S. 626-642

I.*

Die erste Frage, die in unserer gegenwärtigen Auseinandersetzung das Interesse der Parteikreise beansprucht, ist die, ob der Diskussion über den Massenstreik in der Parteipresse, namentlich im „Vorwärts“ und in der „Neuen Zeit“, Hindernisse in den Weg gelegt worden sind oder nicht. Genosse Kautsky bestreitet dies, indem er behauptet, „es sei ihm natürlich nie eingefallen, das Diskutieren des Massenstreiks ‘verbieten’ zu wollen“. Genosse Kautsky will mich da missverstehen. Es handelte sich selbstverständlich nicht um ein Verbot des Genossen Kautsky — ein einzelner Redakteur kann nichts „verbieten“ —, sondern um ein Verbot der „höheren Instanzen“, dem Genosse Kautsky in seinem Machtbereich, in der „Neuen Zeit“, gefolgt war, entgegen seiner ursprünglichen Aufnahme meines Artikels. Was die andere Frage — die Propagierung der Republik — betrifft, so stellt Genosse Kautsky auch hier in Abrede, dass er mir Hindernisse in den Weg gelegt hatte. „Das falle ihm gar nicht ein.“ Es hätte sich bloß um einen Passus über Republik in meinem Massenstreikartikel gehandelt, „dessen Fassung“ der Redaktion der „Neuen Zeit“ „unzweckmäßig schien“. Ich hätte dann selbst meinen Artikel in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ veröffentlicht. „Aber vergebens wird man in diesem Artikel jenen Passus über die Republik suchen.“ Genosse Kautsky hat auch „nicht gefunden“, dass ich diesen Passus irgendwo anders veröffentlicht hätte. „Die feige Prinzipienverhüllung, die uns die Genossin Luxemburg vorwirft“, schließt er, „reduziert sich also darauf, dass wir einen Passus ihres Artikels beanstandeten, dessen Veröffentlichung sie selbst seitdem freiwillig unterlassen hat. Solche Strategie ist kein Heldenstück Oktavia!“ Genosse Kautsky ist in dieser für mich so blamablen Darstellung der Tatsachen das Opfer seltsamer Irrtümer geworden. In Wirklichkeit handelte es sich gar nicht um „einen Passus“ und die etwaige Gefährlichkeit seiner „Fassung“, es handelte sich um den Inhalt, um die Losung der Republik und die Agitation dafür, und Genosse Kautsky muss mir schon gestatten, dass ich in der prekären Lage, in die er mich mit seiner Darstellung des Sachverhaltes versetzt hat, ihn selbst zum Kronzeugen und Retter in der Not anrufe. Genosse Kautsky schrieb mir nämlich, nachdem er meinen Massenstreikartikel erhalten:

„Dein Artikel ist sehr schön und sehr wichtig, ich bin nicht mit allem einverstanden und behalte mir vor, dagegen zu polemisieren. Heute habe ich keine Zeit, das brieflich zu tun. Genug, ich nehme den Artikel gerne, wenn Du die Seiten 29 bis Schluss streichst. Die kann ich auf keinen Fall bringen. Schon ihr Ausgangspunkt ist falsch. In unserem Programm steht kein Wort von der Republik. Nicht aus Versehen, nicht wegen einer redaktionellen Liebhaberei, sondern aus wohlerwogenen Gründen. Auch das Gothaer Programm sprach nicht von der Republik, und Marx, so sehr er dies Programm verurteilte, erkannte an, dass es nicht anginge, offen die Republik zu fordern, in seinem Briefe (‘Neue Zeit’, IX, 1, S. 573).[20] Über die gleiche Angelegenheit im Erfurter Programm sprach Engels (‘Neue Zeit’, XX, 1, S. 11).[21] Ich habe nicht die Zeit, Dir die Gründe, die Marx und Engels, Bebel und Liebknecht als stichhaltig anerkannten, auseinander zu setzen. Genug, was Du willst, ist eine völlig neue Agitation, die bisher stets abgelehnt worden war. Diese neue Agitation ist aber der Art, dass es nicht gut angeht, sie öffentlich zu diskutieren. Du würdest mit Deinem Artikel auf eigene Faust, als einzelne Person, eine völlig neue Agitation und Aktion proklamieren, die die Partei stets verworfen hat. In dieser Weise können und dürfen wir nicht vorgehen. Eine einzelne Persönlichkeit, wie hoch sie stehen mag, darf nicht auf eigene Faust ein fait accompli schaffen, das für die Partei unabsehbare Folgen haben kann.“

Im gleichen Sinne ging es noch etwa zwei Seiten lang.

Die „völlig neue Agitation“, die für die Partei „unabsehbare Folgen“ haben konnte, hatte folgenden Wortlaut:

„Das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht für alle Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechtes ist das nächste Ziel, das uns die begeisterte Zustimmung der breitesten Schichten im gegenwärtigen Moment sichert. Aber dieses Ziel ist nicht das einzige, das wir jetzt predigen müssen. Indem wir in Beantwortung der infamen Wahlreformstümperei der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Losung eines wahrhaft demokratischen Wahlsystems proklamieren, befinden wir uns immer noch — die politische Situation im ganzen genommen — an der Defensive. Gemäss dem alten guten Grundsatz jeder wirklichen Kampfaktik, dass ein kräftiger Hieb die beste Verteidigung ist, müssen wir die immer frecheren Provokationen der herrschenden Reaktion damit beantworten, dass wir in unserer Agitation den Spieß umdrehen und auf der ganzen Linie zum scharfen Angriff übergehen. Dies kann aber am sichtbarsten, deutlichsten, sozusagen in lapidarster Form geschehen, wenn wir diejenige politische Forderung klar in der Agitation vertreten, die den ersten Punkt unseres politischen Programms ausmacht: die Forderung der Republik. In unserer Agitation hat bisher die republikanische Parole eine geringe Rolle gespielt. Dies hat seine guten Gründe darin gehabt, dass unsere Partei die deutsche Arbeiterklasse vor jenen bürgerlich- oder richtiger kleinbürgerlich. republikanischen Illusionen bewahren wollte, die zum Beispiel für die Geschichte des französischen Sozialismus so verhängnisvoll waren und bis heute noch geblieben sind. In Deutschland wurde der proletarische Kampf von Anfang an konsequent und entschlossen nicht gegen diese oder jene Formen und Auswüchse des Klassenstaats im einzelnen, sondern gegen den Klassenstaat als solchen gerichtet, er zersplitterte nicht in Antimilitarismus, Antimonarchismus und anderen kleinbürgerlichen „Ismen“, sondern gestaltete sich stets zum Antikapitalismus, zum Todfeind der bestehenden Ordnung in allen ihren Auswüchsen und Formen, ob unter monarchischem oder republikanischem Deckmantel. Durch vierzig Jahre dieser gründlichen Aufklärungsarbeit ist es denn auch gelungen, die Überzeugung zum ehernen Besitz der aufgeklärten Proletarier in Deutschland zu machen, dass die beste bürgerliche Republik nicht weniger ein Bollwerk der kapitalistischen Ausbeutung ist wie eine heutige Monarchie, und dass nur die Abschaffung des Lohnsystems und der Klassenherrschaft in jeglicher Gestalt, nicht aber der äußere Schein der

‘Volksherrschaft’ in der bürgerlichen Republik die Lage des Proletariats wesentlich zu verändern vermag.

Allein gerade weil in Deutschland den Gefahren republikanisch-kleinbürgerlicher Illusionen durch die vierzigjährige Arbeit der Sozialdemokratie so gründlich vorgebeugt worden ist, können wir heute ruhig dem obersten Grundsatz unseres politischen Programms in unserer Agitation mehr von dem Platze einräumen, der ihm von Rechts wegen gebührt. Durch die Hervorhebung des republikanischen Charakters der Sozialdemokratie gewinnen wir vor allem eine Gelegenheit mehr, unsere prinzipielle Gegnerschaft als eine Klassenpartei des Proletariats zu dem vereinigten Lager sämtlicher bürgerlicher Parteien in greifbarer, populärer Weise zu illustrieren. Der erschreckende Niedergang des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland äußert sich ja unter anderem besonders drastisch in dem Byzantinismus vor der Monarchie, in dem das liberale Bürgertum noch das .konservative- Junkertum um einige Nasenlängen schlägt.

Doch nicht genug. Die ganze Lage der inneren wie der äußeren Politik Deutschlands in den letzten Jahren weist auf die Monarchie als den Brennpunkt oder zum mindesten die äußere sichtbare Spitze der herrschenden Reaktion hin. Die halbabsolutistische Monarchie mit dem persönlichen Regiment bildet zweifellos seit einem Vierteljahrhundert, und mit jedem Jahre mehr, den Stützpunkt des Militarismus, die treibende Kraft der Flottenpolitik, den leitenden Geist der weltpolitischen Abenteuer, wie sie den Hort des Junkertums in Preußen und das Bollwerk der Vorherrschaft der politischen Rückständigkeit Preußens im ganzen Reiche bildet, sie ist endlich sozusagen der persönliche geschworene Feind der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. Die Losung der Republik ist also in Deutschland unendlich mehr als der Ausdruck eines schönen Traumes von dem demokratischen ‘Volksstaat’, oder eines in den Wolken schwebenden politischen Doktrinarismus, sie ist ein praktischer Kriegsruf gegen Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Weltpolitik, Junkerherrschaft, Verpreußung Deutschlands, sie ist nur eine Konsequenz und drastische Zusammenfassung unseres täglichen Kampfes gegen alle diese Teilerscheinungen der herrschenden Reaktion. Insbesondere aber weisen nach derselben Richtung gerade die Vorgänge der jüngsten Zeit: es sind dies die absolutistischen Staatsstreichdrohungen des Junkertums im Reichstag und die frechen Attacken des Reichskanzlers gegen das Reichstagswahlrecht im preußischen Landtag, sowie die Einlösung des ‘königlichen Wortes’ in Fragen des preußischen Wahlrechts durch die Bethmannsche Reformvorlage.“

Ich kann diese „völlig neue Agitation“ um so ruhigeren Gewissens hierher setzen, als sie bereits im Druck erschienen ist, ohne dass die Partei den geringsten Schaden an Leib und Seele genommen hätte. Ich habe nämlich, nachdem mir Genosse Kautsky, trotz der Zustimmung, die ich zwar mit Achselzucken, aber mit Resignation zur Streichung des Kapitels über die Republik gegeben, doch schließlich den ganzen Artikel über den Massenstreik retourniert hatte, die von ihm verpönten Seiten „29 bis Schluss“, ohne ein Wort daran zu ändern, mit Einleitung und Abschluss versehen und als selbständigen Artikel unter dem Titel „Zeit der Aussaat“ in der „Breslauer Volkswacht“ vom 25. März veröffentlicht, worauf er von einer Reihe von Partei- blättern, soviel ich mich erinnere, in Dortmund, Bremen, Halle, Elberfeld, Königsberg und in thüringischen Blättern, nachgedruckt worden ist. Das alles war sicher kein Heldenstück von mir, es ist bloß mein Pech, dass Genosse Kautsky ebenso flüchtig die Parteipresse in jener Zeit las, wie er die Stellung der Partei zur Losung der Republik überlegte. Hätte er nämlich reiflicher die Sache überlegt, so konnte er unmöglich in der Frage der Republik Marx und Engels gegen mich ins Feld führen. Der Engelssche Aufsatz, auf den Genosse Kautsky verweist, ist die Kritik des vom Parteivorstand ausgearbeiteten

Entwurfs des Erfurter Programms vom Jahre 1891. Hier sagt Engels im Kapitel II „Politische Forderungen“:

„Die politischen Forderungen des Entwurfes haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, steht nicht drin. Wenn alle diese zehn Forderungen bewilligt wären, so hätten wir zwar diverse Mittel mehr, um die politische Hauptsache durchzusetzen, aber keineswegs die Hauptsache selbst.[22]

Die dringende Notwendigkeit, diese „Hauptsache“ der politischen Forderungen der Sozialdemokratie klarzustellen, begründet Engels mit dem Hinweis auf den „in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißenden Opportunismus“.[23] Dann fährt er fort:

„Welches sind nun diese kitzligen, aber sehr wesentlichen Punkte?

Erstens: Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen können unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große Französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, dass unsere besten Leute unter einem Kaiser Minister werden sollten, wie Miquel. Nun scheint es gesetzlich nicht anzugehen, dass man die Forderung der Republik direkt ins Programm setzt, obwohl das sogar unter Louis Philippe in Frankreich ebenso zulässig war wie jetzt in Italien. Aber das Faktum, dass man nicht einmal ein offen republikanisches Parteiprogramm in Deutschland aufstellen darf, beweist, wie kolossal die Illusion ist, als könne man dort auf gemütlich friedlichem Wege die Republik einrichten, und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft. Indes kann man an der Republik sich allenfalls vorbeidrücken. Was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung. Und das würde einstweilen genügen, wenn man nicht weiter gehen kann.

Zweitens: Die Rekonstitution Deutschlands...

Also einheitliche Republik...

Von allen diesen Sachen wird nicht viel ins Programm kommen dürfen. Ich erwähne sie auch hauptsächlich, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen, wo so etwas zu sagen nicht angeht, und damit gleichzeitig die Selbsttäuschung, die solche Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will. Und ferner, um dem Parteivorstand in Erinnerung zu bringen, dass es noch andere politische Fragen von Wichtigkeit gibt als die direkte Gesetzgebung durch das Volk und die unentgeltliche Rechtspflege, ohne die wir am Ende auch vorankommen. Bei der allgemeinen Unsicherheit können diese Fragen von heute auf morgen brennend werden, und was dann, wenn wir sie nicht diskutiert. uns nicht darüber verständigt haben?“[24]

Man sieht, Engels erblickt „einen großen Fehler“ des Parteiprogramms darin, dass es nicht die Forderung der Republik enthält, nur auf die kategorischen Vorstellungen aus Deutschland hin, dass dies aus polizeilichen Gründen „nicht angehe“, entschließt er sich mit sichtlichem Unbehagen und einigen Zweifeln, in den sauren Apfel zu beißen und sich „allenfalls“ an der Forderung der Republik „vorbeizudrücken“. Was er aber ganz unumwunden für notwendig erklärt, ist die Erörterung der Losung der Republik in der Parteipresse:

„Ob es sonst noch möglich ist“, sagt er nochmals, „in bezug auf die soeben diskutierten Punkte Programmforderungen zu formulieren, kann ich hier nicht so gut beurteilen, als Ihr dort. Aber wünschenswert wäre es, dass diese Fragen innerhalb der Partei debattiert würden, ehe es zu spät ist.“*

Dieses „politische Testament“ von Friedrich Engels wird allenfalls in eigentümlicher Weise vom Genossen Kautsky ausgelegt, indem er die Erörterung der Notwendigkeit einer Agitation für die Republik als „völlig neue Agitation“, die angeblich „stets von der Partei verworfen wurde“, aus der „Neuen Zeit“ verbannt.

Was aber Marx betrifft, so ging er in seiner Kritik des Gothaer Programms so weit, dass er erklärte: habe man nicht die Möglichkeit, offen die Republik als oberste politische Programmforderung aufzustellen, dann dürfe man auch nicht all die anderen demokratischen Detailforderungen im Programm aufzählen. Er schreibt über das Gothaer Programm:

„Seine politischen Forderungen enthalten nichts außer der alten, weltbekannten demokratischen Litanei: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung, Volksrecht, Volkswehr usw. — Aber man hat eins vergessen. Da die deutsche Arbeiterpartei ausdrücklich erklärt, sich innerhalb ‘des heutigen nationalen Staates’, also ihres Staates, des preußisch-deutschen Reiches, zu bewegen — so durfte sie die Hauptsache nicht vergessen, nämlich, dass alle jene schönen Säckelchen auf der Anerkennung der sogenannten Volkssouveränität beruhen, dass sie daher nur in einer demokratischen Republik am Platze sind. Da man nicht in der Lage ist — und weislich, denn die Verhältnisse gebieten Vorsicht [Notabene, Marx schrieb dies vor fünfunddreißig Jahren, in der Ara Tessendorf,[25] als das Sozialistengesetz seine Schatten vorauswarf] —, die demokratische Republik zu verlangen, wie es die Französischen Arbeiterprogramme unter Louis Philippe und unter Louis Napoleon taten, so hätte man auch nicht zu der ... Finte flüchten sollen [die Punkte ersetzen ein burschikoses Adjektiv von Marx], Dinge, die nur in einer demokratischen Republik Sinn haben, von einem Staate zu verlangen, der nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist. Selbst die vulgäre Demokratie, die in der demokratischen Republik das hundertjährige Reich sieht und keine Ahnung davon hat, dass gerade in dieser letzten Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft der Klassenkampf definitiv auszufechten ist, selbst sie steht noch berghoch über solcher Art Demokratentum innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und des logisch Unerlaubten.“*

Also auch Marx führte eine ganz andere Sprache in puncto Republik. Marx wie Engels ließen — auf Versicherungen aus Deutschland hin — kurz vor und gleich nach dem Sozialistengesetz allenfalls noch gelten, dass es vielleicht nicht anginge, die Forderung der Republik im Programm in aller Form aufzustellen. Dass aber diese Forderung heute, ein Vierteljahrhundert später, in der Agitation — und nur um diese handelte es sich ja — als etwas „völlig Neues“ und Unerhörtes gelten sollte, davon ließen sich die beiden sicher nicht träumen.

Genosse Kautsky beruft sich freilich darauf, dass er in der „Neuen Zeit“ schon „ganz anders“ die Republik propagiert habe, als ich es in meiner harmlosen Art jetzt tue. Er muss es ja besser wissen, mich lässt mein Gedächtnis in diesem Falle etwas im Stich. Bedarf es aber eines überzeugenderen Beweises, dass in dieser Hinsicht auf Schritt und Tritt in der Praxis nicht das Nötige getan wird, als die Vorgänge der jüngsten Tage? Die Erhöhung der preußischen Zivilliste[26] bot wiederum die denkbar glänzendste Gelegenheit und schuf zugleich für die Partei die unabweisbare Pflicht, die Losung der Republik scharf und klar

hervorzukehren und für ihre Propaganda zu sorgen. Die freche Herausforderung, die in dieser Regierungsvorlage unmittelbar nach dem schmachvollen Ende der Wahlrechtsvorlage lag, hätte unbedingt mit der Aufrollung der politischen Funktion der Monarchie und des persönlichen Regiments in Preußen-Deutschland beantwortet werden müssen, mit der Hervorhebung ihres Zusammenhanges mit dem Militarismus, Marinismus, dem sozialpolitischen Stillstand, mit der Erinnerung an die berühmten „Reden“ und „Aussprüche“ von der „Rote von Menschen“, der „Kompottschüssel“, mit der Erinnerung an die Zuchthausvorlage, mit der Beleuchtung der Monarchie als des sichtbaren Ausdrucks der ganzen reichsdeutschen Reaktion. Die rührende Einmütigkeit sämtlicher bürgerlichen Parteien bei der byzantinischen Behandlung der Vorlage zeigte wieder einmal drastisch, dass die republikanische Losung in dem heutigen Deutschland zum Erkennungswort der Klassenscheidung, zur Parole des Klassenkampfes geworden ist. Nichts von alledem ist in der „Neuen Zeit“ wie im „Vorwärts“ geschehen. Nicht von politischer Seite, sondern hauptsächlich als Geldfrage, als Frage des Einkommens der Familie Hohenzollern ist die Erhöhung der Zivilliste behandelt und mit mehr oder weniger Witz breitgetreten, nicht mit einer Silbe aber ist die republikanische Losung in unseren beiden leitenden Organen vertreten worden.

Genosse Kautsky ist ein berufenerer Marxkenner als ich, er wird besser wissen, mit welchem punktierten Adjektiv Marx wohl diese „Finte“ belegen würde und diese Art Republikanertum „innerhalb der Grenzen des polizeilich Erlaubten und politisch Unerlaubten“.

Bei alledem befindet sich Genosse Kautsky im Irrtum, wenn er sagt, ich „beklage mich“ über die „schlechte Behandlung“ seitens der Redaktion der „Neuen Zeit“. Ich finde, dass Genosse Kautsky nur sich selbst schlecht behandelt hat.

II.

Und nun zum Massenstreik. Um seine unerwartete Stellungnahme gegen die Losung des Massenstreiks in der jüngsten preußischen Wahlrechtskampagne zu erklären, hatte Genosse Kautsky eine ganze Theorie von den zwei Strategien, der Niederwerfungs- und der Ermattungsstrategie, geschaffen. Jetzt geht Genosse Kautsky noch weiter und baut ad hoc wieder eine ganz neue Theorie über die Bedingungen des politischen Massenstreiks in Russland und in Deutschland. Wir hören da zunächst allgemeine Betrachtungen darüber, wie verhänglich geschichtliche Beispiele seien, wie man bei mangelnder Vorsicht aus der Geschichte so ziemlich für alle Strategien, Methoden, Richtungen, Institutionen und Dinge der Welt treffende Belege finden könne — Betrachtungen, die in ihrer Allgemeinheit und Breite eher harmloser Natur sind, deren weniger harmlose Tendenz und Spitze aber dahin formuliert ist, dass es „besonders gefährlich sei, sich auf revolutionäre Vorbilder zu berufen“. Diese Warnungen, die ihrem Geiste nach etwa wie väterliche Ermahnungen des Genossen Frohme anmuten, richten sich namentlich gegen die russische Revolution. Darauf folgt eine Theorie, die uns den völligen Gegensatz zwischen Russland und Deutschland aufzeigen und dartun soll, dass die Bedingungen für den Massenstreik wohl in Russland, nicht aber in Deutschland gegeben seien, in Russland hätten wir die schwächste Regierung der Welt, in Preußen die stärkste, in Russland einen unglücklichen Krieg gegen ein kleines asiatisches Land, in Deutschland den „Glanz bald eines Jahrhunderts beständiger Siege über die stärksten Großmächte der Welt“, in Russland ökonomische Rückständigkeit und ein Bauerntum, das bis zum Jahre 1905 an den Zaren wie an einen Gott glaubte; in Deutschland die stärkste ökonomische Entwicklung, bei der die konzentrierte Macht der Unternehmerverbände die Arbeitermasse durch äußersten Terrorismus niederhält; in Russland gänzlicher Mangel an politischen Freiheiten, in Deutschland politische Freiheit, die den Arbeitern vielerlei Formen

für ihren Protest und ihren Kampf „ohne Risiko“ verschafft, so dass sie „Vereine, Versammlungen, Wahlen aller Art vollauf beschäftigen“. Und das Ergebnis dieser Kontraste ist: in Russland war das Streiken die einzig mögliche Form des proletarischen Kampfes, deshalb war das Streiken an sich schon ein Sieg, wenn es auch planlos und ergebnislos war, ferner war jeder Streik an sich schon politische Tat, weil die Streiks verboten waren, in Westeuropa hingegen — hier erweitert sich das Schema Deutschlands auf ganz Westeuropa — sind solche „amorphen, primitiven“ Streiks eine längst überwundene Sache, hier streike man nur noch, wenn ein positiver Erfolg zu erwarten sei. Die Moral aus alledem ist die, dass die lange revolutionäre Periode der Massenstreiks, in denen die ökonomische und politische Aktion, die Demonstrations- und die Kampfstriks beständig einander ablösten und ineinander spielten, ein spezifisches Produkt der russischen Rückständigkeit darstellt. In Westeuropa und speziell in Deutschland sei sogar ein Demonstrationsmassenstreik nach der Art der russischen äußerst schwierig, fast unmöglich, „nicht trotz, sondern wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung“, der politische Massenstreik als Kampfmittel könne hier nur als ein einmaliger letzter Kampf „auf Leben und Tod“ in Anwendung kommen, wo es sich nur noch darum für das Proletariat handeln könne, zu siegen oder zugrunde zu gehen.

Ich will nur im Vorbeigehen darauf hinweisen, dass die Schilderung, die Genosse Kautsky von den russischen Verhältnissen gibt, in den wichtigsten Punkten fast total verkehrt ist. Das russische Bauerntum zum Beispiel fing nicht erst 1905 plötzlich an zu rebellieren, sondern seine Aufstände ziehen sich seit der sogenannten Bauernbefreiung im Jahre 1861 — mit alleiniger Ruhepause zwischen 1885 und 1895 — wie ein roter Faden durch die innere Geschichte Russlands, und zwar sowohl Aufstände gegen die Gutsbesitzer wie tätlicher Widerstand gegen die Regierungsorgane; ist doch dadurch das bekannte Rundschreiben des Ministers des Innern vom Jahre 1898 veranlasst worden, das die gesamte russische Bauernschaft unter Belagerungszustand gestellt hat. Das Neue und Besondere des Jahres 1905 war nur, dass die chronische Rebellion der Bauernmasse zum ersten Male eine politische und revolutionäre Bedeutung erlangte, als Begleiterscheinung und Ergänzung einer zielklaren revolutionären Klassenaktion des städtischen Proletariats. Noch verkehrter aber ist womöglich die Auffassung des Genossen Kautsky von dem Hauptpunkt der Frage — von der Streik- und Massenstreikaktion des russischen Proletariats. Das Bild von den chaotischen, „amorphen, primitiven“ Streiks der russischen Arbeiter, welche einfach vor Verzweiflung streikten, nur um überhaupt zu streiken, ohne Ziel und Plan, ohne Forderungen und „bestimmte Erfolge“, ist eine blühende Phantasie. Die russischen Streiks der revolutionären Periode, die eine sehr beträchtliche Erhöhung der Löhne, vor allem aber eine fast allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10, vielfach auf 9 Stunden durchgesetzt haben, die in Petersburg mehrere Wochen hindurch in zähestem Kampfe den Achtstundentag aufrechtzuerhalten vermochten, die das Koalitionsrecht nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Staatsangestellten bei den Eisenbahnen und Posten erkämpft und — solange die Konterrevolution nicht Oberhand gewonnen hatte — gegen alle Angriffe verteidigt haben, die es fertiggebracht haben, das Herrenrecht des Unternehmers zu brechen und in vielen größeren Unternehmungen Arbeiterausschüsse zur Regelung aller Arbeitsbedingungen zu schaffen, die sich die Abschaffung der Akkordarbeit, der Heimarbeit, der Nachtarbeit, der Fabrikstrafen, die strikte Durchführung der Sonntagsruhe zur Aufgabe stellten, diese Streiks, aus denen in kurzer Frist hoffnungsvolle Gewerkschaftsorganisationen fast in allen Gewerben aufkeimten, mit regstem Leben, mit strammer Leitung, Kassen, Statuten und einer ansehnlichen Gewerkschaftspresse, diese Streiks, aus denen eine so kühne Schöpfung wie der berühmte Petersburger Rat der Arbeiterdelegierten geboren wurde zur einheitlichen Leitung der ganzen Bewegung in dem Riesenreich — diese russischen Streiks und Massenstreiks waren so wenig „amorph und primitiv“, dass sie vielmehr an Kühnheit, Kraft, Klassensolidarität, Zähigkeit, materiellen Errungenschaften, fortschrittlichen Zielen und organisatorischen Erfolgen jeder

„westeuropäischen“ Gewerkschaftsbewegung ruhig an die Seite gestellt werden dürfen. Freilich ist der größte Teil der ökonomischen Errungenschaften nach der Niederlage der Revolution zusammen mit den politischen nach und nach wieder verlorengegangen. Aber das ändert offenbar nichts an dem Charakter der Streiks, solange die Revolution dauerte.

Nicht „gemacht“ und deshalb „planlos“, „von selbst“ wuchsen sich diese ökonomischen, partiellen und lokalen Konflikte alle Augenblicke zu allgemeinen politischen und revolutionären Massenstreiks aus, wie sie aus diesen wieder aufspießen dank der revolutionären Situation und der hohen Spannung der Klassensolidarität in den proletarischen Massen. Nicht „gemacht“ und elementar war auch der Verlauf und der jeweilige Ausgang einer solchen allgemeinen politisch-revolutionären Aktion, wie er es in Massenbewegungen und in stürmischen Zeiten allezeit und überall bleiben wird. Will man aber den fortschrittlichen Charakter der Streiks und die „rationelle Streikführung“ an ihren unmittelbaren Erfolgen messen, wie dies Genosse Kautsky tut, dann hat die große Streikperiode in Russland in den paar Jahren der Revolution an wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erfolgen verhältnismäßig mehr durchgesetzt als die deutsche Gewerkschaftsbewegung in den vier Jahrzehnten ihrer Existenz. All dies ist freilich weder einem besonderen Heldentum noch einer besonderen Kunst des russischen Proletariats zu danken, sondern einfach den Vorteilen des Sturmschritts einer revolutionären Periode im Vergleich mit dem langsamen Gange der ruhigen Entwicklung im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus.

Wie sagte doch Genosse Kautsky in seiner „Sozialen Revolution“, 2. Auflage, S.63:

„Gegen diese ‘Revolutionsromantik’ gibt es nur noch einen Einwand, der freilich um so häufiger vorgebracht wird, nämlich den, dass die Verhältnisse in Russland nichts für uns in Westeuropa bewiesen, da sie von diesen grundverschieden seien. Die Verschiedenheit der Verhältnisse ist mir natürlich nicht unbekannt, wenn man sie auch nicht übertreiben darf. Die jüngste Broschüre unserer Genossin Luxemburg beweist klar, dass die russische Arbeiterklasse nicht so tief steht und so wenig erreicht hat, als man gewöhnlich annimmt. Wie die englischen Arbeiter es sich abgewöhnen müssen, auf das deutsche Proletariat als ein rückständiges Geschlecht herabzusehen, so müssen wir in Deutschland uns das gleiche gegenüber dem russischen abgewöhnen.“ Und noch weiter: „Die englischen Arbeiter stehen als politischer Faktor heute noch tiefer als die Arbeiter des ökonomisch rückständigsten, politisch unfreiesten europäischen Staates Russland. Es ist ihr lebendiges, revolutionäres Bewusstsein, was diesen ihre große praktische Kraft gibt; es war der Verzicht auf die Revolution, die Beschränkung auf die Interessen des Augenblicks, die sogenannte Realpolitik, was jene zu einer Null in der wirklichen Politik machte.“

Doch lassen wir vorläufig die russischen Verhältnisse beiseite und wenden uns der Schilderung zu, die Genosse Kautsky von den preußisch-deutschen Verhältnissen gibt. Merkwürdigerweise vernehmen wir auch hier Erstaunliches. Bis jetzt ist es zum Beispiel das Vorrecht des ostelbischen Junkertums gewesen, dem erhebenden Bewusstsein zu leben, dass Preußen „die stärkste Regierung der Gegenwart“ besitze. Wie hingegen die Sozialdemokratie dazu kommen sollte, eine Regierung in allem Ernst als „die stärkste“ anzuerkennen, die „nichts anderes, als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter, schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus ist“, das zu begreifen fällt mir etwas schwer. Das läppische Jammerbild des Bethmann-Hollwegschen „Kabinetts“, eine Regierung, die reaktionär bis auf die Knochen, dabei ohne Plan, ohne jede Richtlinie der Politik, mit Lakaien und Bürokraten statt Staatsmännern, mit einem schrullenhaften Zickzackkurs, im Innern der Spielball einer

ordinären Junkerclique und eines frechen Intrigenspiels des höfischen Gesindels, in der auswärtigen Politik der Spielball eines unzurechnungsfähigen persönlichen Regiments, vor wenigen Jahren verächtlicher Stiefelputzer der „schwächsten Regierung der Welt“, des russischen Zarismus, gestützt auf eine Armee, die zu einem enormen Teil aus Sozialdemokraten besteht, mit dem stupidesten Drill, den infamsten Soldatenmisshandlungen der Welt — dies die „stärkste Regierung der Gegenwart“! Jedenfalls ein eigentümlicher Beitrag zur materialistischen Geschichtsauffassung, die bis jetzt die „Stärke“ einer Regierung nicht aus ihrer Rückständigkeit, Kulturfeindlichkeit, dem „Kadavergehorsam“ und dem Polizeigeist ableitete. Nebenbei hat Genosse Kautsky für diese „stärkste Regierung“ noch ein übriges getan und sie sogar mit dem „Glanz bald eines Jahrhunderts beständiger Siege über die stärksten Großmächte der Welt“ umwoben. In den Kriegervereinen hat man bis jetzt nur von dem „glorreichen Feldzug“ von 1870 gezehrt. Um sein „Jahrhundert“ des preußischen Glanzes zu konstruieren, hat Genosse Kautsky offenbar auch schon die Schlacht bei Jena mitgenommen, sowie den Hunnenfeldzug nach China[27] mit unserem Waldersee an der Spitze und den Sieg Trothas über die Hottentottenweiber und Kinder in der Kalahari.[28]

Wie hieß es doch in dem schönen Artikel des Genossen Kautsky „Die Situation des Reiches“ im Dezember 1906 zum Schluss einer langen und detaillierten Schilderung:

„Man vergleiche die glänzende äußere Lage des Reiches bei seinem Beginn mit der heutigen Situation und man wird zugeben, dass nie ein glänzendes Erbe an Macht und Prestige rascher vertan ward — niemals seit seinem Bestand war des Deutschen Reiches Stellung in der Welt schwächer und nie hat eine deutsche Regierung gedankenloser und launenhafter mit dem Feuer gespielt wie in der jüngsten Zeit.“ *

Damals galt es allerdings den glänzenden Wahlsieg auszumalen, der ins bei den Wahlen 1907 erwartete, und die gewaltigen Katastrophen, die sich daraus nach Genossen Kautsky mit derselben Notwendigkeit ergeben sollten, mit der er sie jetzt auf die nächste Reichstagswahl folgen lässt.

Auf der anderen Seite konstruiert Genosse Kautsky auf Grund seiner Schilderung der ökonomischen und politischen Verhältnisse Deutschlands und Westeuropas eine Streikpolitik, die — an der Wirklichkeit gemessen — eine geradezu erstaunliche Phantasie ist. „Zum Streik“, versichert uns Genosse Kautsky, „greift der Arbeiter in Deutschland und in Westeuropa überhaupt — nur als Kampfmittel, wenn er die Aussicht hat, dadurch bestimmte Erfolge zu erzielen. Bleiben diese Erfolge aus, dann hat der Streik seinen Zweck verfehlt.“ Genosse Kautsky hat mit dieser Entdeckung ein hartes Urteil über die Praxis der deutschen und „westeuropäischen“ Gewerkschaften gesprochen. Denn was zeigt uns zum Beispiel die Statistik der Streiks in Deutschland? Von den 19.766 Streiks und Aussperrungen, die wir insgesamt seit 1890 bis 1908 hatten, sind ein ganzes Viertel (25,2 Prozent) völlig erfolglos, fast ein weiteres Viertel (22,5 Prozent) nur teilweise erfolgreich und weniger als die Hälfte (49,5 Prozent) ganz erfolgreich gewesen.* Ebenso krass widerspricht diese Statistik der Theorie des Genossen Kautsky, wonach infolge der machtvollen Entwicklung der Arbeiterorganisationen wie der Unternehmerorganisationen „die Kämpfe zwischen diesen Organisationen ebenfalls immer mehr zentralisiert und konzentriert“ und deshalb „immer seltener“ werden. In dem Jahrzehnt 1890 bis 1899 hatten wir in Deutschland insgesamt an Streiks und Aussperrungen 3772, in den neun Jahren aber 1900 bis 1908, in der Zeit des größten Wachstums der Unternehmerverbände wie der Gewerkschaften, 15994. Die Streiks werden so wenig „immer seltener“, dass sie vielmehr im letzten Jahrzehnt viermal zahlreicher geworden sind, wobei im ganzen in dem vorhergehenden Jahrzehnt 425.142 Arbeiter an den

Streiks beteiligt waren, in den letzten neun Jahren 1.709.415, wiederum viermal soviel, also im Durchschnitt pro Streik ungefähr die gleiche Zahl.

Nach dem Schema des Genossen Kautsky hätten ein Viertel bis die Hälfte aller dieser gewerkschaftlichen Kämpfe in Deutschland „ihren Zweck verfehlt“. Allein jeder gewerkschaftliche Agitator weiß sehr wohl, dass der „bestimmte Erfolg“ in Gestalt von materiellen Errungenschaften durchaus nicht der einzige Zweck, nicht der einzige maßgebende Gesichtspunkt bei den wirtschaftlichen Kämpfen ist und sein darf, dass die Gewerkschaftsorganisationen „in Westeuropa“ vielmehr auf Schritt und Tritt in die Zwangslage kommen, den Kampf auch mit geringen Aussichten auf „bestimmten Erfolg“ aufzunehmen, wie dies namentlich die Statistik der reinen Abwehrstreiks zeigt, von denen in den letzten neunzehn Jahren in Deutschland ganze 32,5 Prozent völlig erfolglos verliefen. Dass solche „erfolglosen“ Streiks indes nicht bloß „ihren Zweck“ nicht „verfehlt“ haben, sondern dass sie zur Verteidigung der Lebenshaltung der Arbeiter, zur Aufrechterhaltung der Kampfenergie in der Arbeiterschaft, zur Erschwerung künftiger neuer Angriffe des Unternehmertums eine direkte Lebensbedingung sind, das gehört ja zu den elementarsten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaftspraxis. Es ist ferner allgemein bekannt, dass außer dem „bestimmten Erfolg“ an materiellen Errungenschaften und auch ohne diesen Erfolg die Streiks „in Westeuropa“ das vielleicht wichtigste Ergebnis haben, als Ausgangspunkt der gewerkschaftlichen Organisation zu dienen, und dass es namentlich in zurückgebliebenen Orten und in schwer zu organisierenden Arbeitszweigen meist solche „erfolglose“ und „unüberlegte“ Streiks sind, aus denen immer wieder die Fundamente der Gewerkschaftsorganisation entstehen. Die Kampf- und Leidensgeschichte der Textilarbeiter im Vogtland, deren berühmtestes Kapitel der große Crimmitschauer Streik[29] bildet, ist ein einziger Beleg dafür. Mit der „Strategie“, die sich Genosse Kautsky jetzt zurechtgelegt hat, lässt sich nicht bloß keine große politische Massenaktion führen, sondern nicht einmal eine gewöhnliche Gewerkschaftsbewegung.

Aber das obige Schema für die „westeuropäischen“ Streiks hat noch eine andere klaffende Lücke, und zwar gerade in dem Punkte, auf dem der wirtschaftliche Kampf für die Frage der Massenstreiks, also für unser eigentliches Thema in Betracht kommt. Dieses Schema schließt nämlich ganz die Tatsache aus, dass gerade „in Westeuropa“ je länger je mehr gewaltige Streiks ohne viel „Plan“ wie ein Elementargewitter auf solchen Gebieten ausbrechen, wo eine große ausgebeutete Masse von Proletariern der konzentrierten Übermacht des Kapitals oder des kapitalistischen Staates gegenübersteht, Streiks, die nicht „immer seltener“, sondern immer häufiger werden, die meist ganz ohne „bestimmte Erfolge“ verlaufen, trotzdem aber oder vielmehr gerade deshalb von größter Bedeutung sind, als Explosionen eines tiefen inneren Gegensatzes, der direkt auf das politische Gebiet hinüberspielt. Hierher gehören die periodischen Riesenstreiks der Bergarbeiter in Deutschland, in England, in Frankreich, in Amerika, hierher gehören die spontanen Massenstreiks der Landarbeiter, wie sie in Italien, in Galizien stattgefunden haben, ferner die Massenstreiks der Eisenbahnarbeiter, die bald in diesem, bald in jenem Staate ausbrechen. Wie hieß es doch in dem trefflichen Artikel des Genossen Kautsky über „Die Lehren des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier“ im Jahre 1905:

„Nur auf diesem Wege lassen sich erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterschaft erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muss von vornherein als politischer auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen. Diese neue gewerkschaftliche Taktik“, fährt Genosse Kautsky fort, „die des politischen Streiks, der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist

überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben.“

Es könnte scheinen, dass hier unter „politischer Aktion“ vielleicht nur die parlamentarische Aktion und nicht etwa politische Massenstreiks zu verstehen sind. Genosse Kautsky zerstreut jeden Zweifel, indem er klipp und klar erklärt:

„Die großen, entscheidenden Aktionen des kämpfenden Proletariats werden immer mehr durch die verschiedenen Arten des politischen Streiks auszufechten sein. Und die Praxis schreitet da schneller vorwärts wie die Theorie. Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan, durch Selbstentzündung der Massen, ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen — oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Russlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw.“ („Neue Zeit“, XXIII, 1, S. 780).

So schrieb Genosse Kautsky am 11. März 1905.

Hier haben wir „die Selbstentzündung der Massen“ und die gewerkschaftliche Leitung, ökonomische Kämpfe und politische Kämpfe, Massenstreiks und Revolution, Russland und Westeuropa im schönsten Durcheinander, alle Rubriken des Schemas in lebendigem Zusammenhang einer großen Periode heftiger sozialer Stürme verschmolzen.

Es scheint, dass „die Theorie“ nicht bloß langsamer „vorwärts schreitet“ als die Praxis, sie macht leider zuweilen auch noch Purzelbäume nach rückwärts.

III.

Wir haben die tatsächliche Unterlage der neuesten Theorie des Genossen Kautsky über Russland und Westeuropa kurz geprüft. Das Wichtigste an dieser jüngsten Schöpfung ist jedoch ihre allgemeine Tendenz, die dahin geht, einen schroffen Gegensatz zwischen dem revolutionären Russland und dem parlamentarischen „Westeuropa“ zu konstruieren und die hervorragende Rolle, die der politische Massenstreik in der russischen Revolution gespielt hat, als ein Produkt der ökonomischen und politischen Rückständigkeit Russlands hinzustellen.

Hier ist aber dem Genossen Kautsky das Unangenehme passiert, viel zu viel bewiesen zu haben. Etwas weniger wäre in diesem Falle entschieden mehr gewesen.

Vor allem hat Genosse Kautsky nicht bemerkt, dass seine jetzige Theorie seine frühere Theorie von der Ermattungsstrategie umbringt. Im Mittelpunkt der Ermattungsstrategie stand der Hinweis auf die kommenden Reichstagswahlen. Mein unverzeihlicher Fehler lag ja darin, dass ich schon im gegenwärtigen Kampfe um das preußische Wahlrecht den Massenstreik für

angebracht hielt, während Genosse Kautsky erklärte, dass erst unser künftiger gewaltiger Sieg bei den Reichstagswahlen im nächsten Jahre die „ganz neue Situation“ schaffen werde, die den Massenstreik notwendig und angebracht machen dürfte. Nun hat aber Genosse Kautsky jetzt mit aller wünschenswerten Klarheit bewiesen, dass für eine Periode politischer Massenstreiks in ganz Deutschland, ja in ganz Westeuropa überhaupt die Bedingungen fehlen. „Wegen des halben Jahrhunderts sozialistischer Bewegung, sozialdemokratischer Organisation und politischer Freiheit“ seien in Westeuropa sogar einfache Demonstrationsmassenstreiks von dem Umfang und der Wucht der russischen fast unmöglich geworden. Ist dem aber so, dann erscheinen die Aussichten auf den Massenstreik nach den Reichstagswahlen ziemlich problematisch. Es ist klar, dass all die Bedingungen, die den Massenstreik in Deutschland überhaupt unmöglich machen: die stärkste Regierung der Gegenwart und ihr glänzendes Prestige, der Kadavergehorsam der Staatsarbeiter, die unerschütterliche trotzige Macht der Unternehmerverbände, die politische Isolierung des Proletariats, dass all das nicht bis zum nächsten Jahre plötzlich verschwinden wird. Liegen die Gründe, die gegen den politischen Massenstreik sprechen, nicht mehr in der momentanen Situation, wie es noch die Ermattungsstrategie wollte, sondern gerade in den Resultaten des „halben Jahrhunderts sozialistischer Aufklärung und politischer Freiheit“, in dem hohen Entwicklungsgrad des ökonomischen und politischen Lebens „Westeuropas“, dann erweist sich die Verschiebung der Erwartungen auf einen Massenstreik von jetzt auf das nächste Jahr nach den Reichstagswahlen bloß als ein bescheidenes Feigenblatt der „Ermattungsstrategie“, deren einziger reeller Inhalt demnach in der Empfehlung der Reichstagswahlen besteht. Ich habe in meiner ersten Antwort darzulegen gesucht, dass die „Ermattungsstrategie“ in Wirklichkeit auf „Nichtsalsparlamentarismus“ hinausläuft. Genosse Kautsky bestätigt dies jetzt selbst durch seine theoretischen Vertiefungen.

Noch mehr. Genosse Kautsky verschob zwar die große Massenaktion auf die Zeit nach den Reichstagswahlen, er musste aber gleichzeitig selbst zugeben, dass der politische Massenstreik bei der jetzigen Situation „jeden Augenblick“ notwendig werden könne, denn „seit dem Bestand des Deutschen Reiches waren die sozialen, politischen, internationalen Gegensätze niemals so gespannt wie jetzt“. Wenn nun aber allgemein die sozialen Bedingungen, der geschichtliche Reife-grad in „Westeuropa“ und namentlich in Deutschland eine Massenstreikaktion unmöglich machen, wie kann dann auf einmal „jeden Augenblick“ eine solche Aktion ins Werk gesetzt werden? Eine brutale Provokation der Polizei, ein Blutvergießen bei einer Demonstration können plötzlich die Erregung der Massen sehr steigern und die Situation verschärfen, sie können aber offenbar nicht jener „stärkste Anlass“ sein, der plötzlich die ganze wirtschaftliche und politische Struktur Deutschlands umstülpt.

Genosse Kautsky hat aber noch weiter etwas Überflüssiges bewiesen. Sind die allgemeinen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in Deutschland derartige, dass sie eine Massenstreikaktion in der Art der russischen Revolution angenommen hatten, das Ergebnis der spezifisch russischen Rückständigkeit, dann ist nicht bloß die Anwendung des Massenstreiks im preußischen Wahlrechtskampf, sondern der Jenaer Beschluss überhaupt in Frage gestellt. Bis jetzt wurde der Beschluss des Jenaer Parteitags als eine so hochbedeutsame Kundgebung im In- und Ausland betrachtet, weil er offiziell den Massenstreik als politisches Kampfmittel dem Arsenal der russischen Revolution entlehnte und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie einverleibte. Freilich wurde dieser Beschluss formell so gefasst und von manchen ausschließlich so ausgelegt, dass die Sozialdemokratie erklärte, nur im Falle der Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes den Massenstreik anwenden zu wollen. Jedenfalls gehörte aber Genosse Kautsky früher nicht zu jenen Formalisten, denn er schrieb ja schon im Jahre 1904 ausdrücklich: „Lernen wir vom belgischen Beispiel, dann werden wir

zur Überzeugung kommen, es wäre für uns in Deutschland ein verhängnisvoller Fehler, wollten wir uns auf die Proklamierung des politischen Streiks für einen bestimmten Termin, etwa für den Fall der Verschlechterung des gegenwärtigen Reichstagswahlrechtes, festlegen.“* Die Hauptbedeutung, der eigentliche Inhalt des Jenaer Beschlusses lag in der Tat nicht in dieser formalistischen „Festlegung“, sondern in der Tatsache, dass die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich die Lehren und das Beispiel der russischen Revolution akzeptierte. Es war der Geist der russischen Revolution, der die Tagung unserer Partei in Jena beherrschte. Wenn nun Genosse Kautsky gerade die Rolle des Massenstreiks in der russischen Revolution aus der Rückständigkeit Russlands ableitet und damit einen Gegensatz zwischen dem revolutionären Russland und dem parlamentarischen „Westeuropa“ konstruiert, wenn er vor Beispielen und Methoden der Revolution nachdrücklich warnt, ja wenn er andeutungsweise sogar die Niederlage des Proletariats in der russischen Revolution der grandiosen Massenstreikaktion, durch die das Proletariat „schließlich erschöpft werden musste“, auf das Schuldkonto schreibt — kurz, wenn Genosse Kautsky jetzt klipp und klar erklärt: „Aber wie dem auch sein möge, für deutsche Verhältnisse passt jedenfalls das Schema des russischen Massenstreiks vor und während der Revolution nicht“, dann erscheint es offenbar von diesem Standpunkt als eine unbegreifliche Verirrung, wenn die deutsche Sozialdemokratie offiziell gerade von der russischen Revolution als neues Kampfmittel den Massenstreik entlehnte. Die jetzige Theorie des Genossen Kautsky ist im Grunde genommen eine grausam-gründliche Revision des Jenaer Beschlusses.

Um seine einzelne schiefe Stellungnahme in der letzten preußischen Wahlrechtskampagne zu rechtfertigen, gibt so Genosse Kautsky Schritt für Schritt die Lehren der russischen Revolution für das deutsche und westeuropäische Proletariat, die bedeutendste Erweiterung und Bereicherung der proletarischen Taktik im letzten Jahrzehnt preis.

IV.

Im Lichte der Konsequenzen, die sich aus der neuesten Theorie des Genossen Kautsky ergeben, kommt erst deutlich zutage, wie sehr diese Theorie von Grund aus verfehlt ist.* Die in der Geschichte der modernen Klassenkämpfe beispiellose Massenstreikaktion des russischen Proletariats aus der sozialen Rückständigkeit Russlands ableiten, heißt mit anderen Worten die hervorragende Bedeutung, die führende Rolle des städtischen großindustriellen Proletariats in der russischen Revolution durch die „Rückständigkeit“ Russlands erklären, heißt also die Dinge direkt auf den Kopf stellen. Es war nicht die ökonomische Zurückgebliebenheit, sondern gerade die hohe Entwicklung des Kapitalismus, der modernen Industrie und des Verkehrs in Russland, was jene grandiose Massenstreikaktion ermöglicht und bedingt hat. Nur weil das städtische Industrieproletariat in Russland bereits so zahlreich, in großen Zentren zusammengefasst, von dem Klassenbewusstsein so stark ergriffen, nur weil der echt moderne kapitalistische Gegensatz so weit gediehen war, konnte der Kampf um die politische Freiheit in entschlossener Weise nur von diesem Proletariat geführt, als solcher aber kein reiner Verfassungskampf nach liberalem Rezept, sondern ein echter moderner Klassenkampf in seiner ganzen Breite und Tiefe werden, in dem sowohl um ökonomische wie um politische Interessen der Arbeiter gestritten wurde, gegen das Kapital wie gegen den Zarismus, um den Achtstundentag wie um die demokratische Verfassung. Und nur weil die kapitalistische Industrie und die mit ihr verbundenen modernen Verkehrsmittel bereits zur Existenzbedingung des wirtschaftlichen Lebens des Staates geworden, konnten die

Massenstreiks des Proletariats in Russland eine so erschütternde, ausschlaggebende Wirkung erzielen, dass die Revolution mit ihnen ihre Siege feierte und mit ihnen unterlag und verstummte.

Ich finde momentan keine genauere Formulierung derjenigen Momente, auf die es hier ankommt, als die ich schon einmal in meiner Schrift über den Massenstreik aus dem Jahre 1906 gegeben:

„Wir haben gesehen“, schrieb ich dort, „dass der Massenstreik in Russland nicht ein künstliches Produkt einer absichtlichen Taktik der Sozialdemokratie, sondern eine natürliche geschichtliche Erscheinung auf dem Boden der jetzigen Revolution darstellt. Welches sind nun die Momente, die in Russland diese neue Erscheinungsform der Revolution hervorgebracht haben?“

Die russische Revolution hat zur nächsten Aufgabe die Beseitigung des Absolutismus und die Herstellung eines modernen, bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaats. Formell ist es genau dieselbe Aufgabe, die in Deutschland der Märzrevolution, in Frankreich der großen Revolution am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bevorstand. Allein die Verhältnisse, das geschichtliche Milieu, in dem diese formell analogen Revolutionen stattfanden, sind grundverschieden von denjenigen des heutigen Russland. Das Entscheidende ist der Umstand, dass zwischen jenen bürgerlichen Revolutionen des Westens und der heutigen bürgerlichen Revolution im Osten der ganze Zyklus der kapitalistischen Entwicklung abgelaufen ist. Und zwar hatte diese Entwicklung nicht bloß die westeuropäischen Länder, sondern auch das absolutistische Russland ergriffen. Die Großindustrie mit allen ihren Konsequenzen, der modernen Klassenscheidung, den schroffen sozialen Kontrasten, dem modernen Großstadtleben und dem modernen Proletariat ist in Russland die herrschende, das heißt in der sozialen Entwicklung ausschlaggebende Produktionsform geworden. Daraus hat sich aber die merkwürdige, widerspruchsvolle geschichtliche Situation ergeben, dass die nach ihren formellen Aufgaben bürgerliche Revolution in erster Reihe von einem modernen klassenbewussten Proletariat ausgeführt wird und in einem internationalen Milieu, das im Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Demokratie steht. Nicht die Bourgeoisie ist jetzt das führende revolutionäre Element, wie in den früheren Revolutionen des Westens, während die proletarische Masse, aufgelöst im Kleinbürgertum, der Bourgeoisie Heerbanddienste leistet, sondern umgekehrt, das klassenbewusste Proletariat ist das führende und treibende Element, während die großbürgerlichen Schichten teils direkt konterrevolutionär teils schwächlich-liberal und nur das ländliche Kleinbürgertum nebst der städtischen kleinbürgerlichen Intelligenz entschieden oppositionell, ja revolutionär gesinnt sind. Das russische Proletariat aber, das dermaßen zur führenden Rolle in der bürgerlichen Revolution bestimmt ist, tritt selbst frei von allen Illusionen der bürgerlichen Demokratie, dafür mit einem stark entwickelten Bewusstsein der eigenen spezifischen Klasseninteressen, bei einem scharf zugespitzten Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, in den Kampf. Dieses widerspruchsvolle Verhältnis findet seinen Ausdruck in der Tatsache, dass in dieser formell bürgerlichen Revolution der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht wird, dass der Kampf des Proletariats sich mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet, dass das Programm der revolutionären Kämpfe mit gleichem Nachdruck auf die politische Freiheit und auf die Eroberung des Achtstundentags sowie einer menschenwürdigen materiellen Existenz für das Proletariat gerichtet ist. Dieser zwiespältige Charakter der russischen Revolution äußert sich in jener innigen Verbindung und Wechselwirkung des ökonomischen mit dem politischen Kampfe,

die wir an der Hand der Vorgänge in Russland kennengelernt haben und die ihren entsprechenden Ausdruck eben im Massenstreik findet...

So erweist sich der Massenstreik also nicht als ein spezifisch russisches, aus dem Absolutismus entsprungenes Produkt, sondern als eine allgemeine Form des proletarischen Klassenkampfes, die sich aus dem gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung und der Klassenverhältnisse ergibt. Die drei bürgerlichen Revolutionen: die große französische, die deutsche Märzrevolution und die jetzige russische, bilden von diesem Standpunkt eine Kette der fortlaufenden Entwicklung, in der sich das Glück und Ende des kapitalistischen Jahrhunderts spiegelt. ... Die heutige Revolution realisiert somit in der besonderen Angelegenheit des absolutistischen Russland zugleich die allgemeinen Resultate der internationalen kapitalistischen Entwicklung und erscheint weniger ein letzter Nachläufer der alten bürgerlichen wie ein Vorläufer der neuen Serie der proletarischen Revolutionen des Westens, Das zurückgebliebenste Land weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weiteren Klassenkampfes dem Proletariat Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder.“[30]

Aus derselben historischen Perspektive betrachtete früher auch Genosse Kautsky die russische Revolution. Im Dezember 1906 schrieb er in vollkommener Übereinstimmung mit meiner Auffassung: „Wir dürfen der russischen Revolution und den Aufgaben, die sie uns stellt, am ehesten dann gerecht werden, wenn wir sie weder als bürgerliche Revolution im herkömmlichen Sinne noch auch als sozialistische betrachten, sondern als einen ganz eigenartigen Prozess, der sich an der Grenzscheide zwischen bürgerlicher und sozialistischer Gesellschaft vollzieht, die Auflösung der einen fördert, die Bildung der anderen vorbereitet und auf jeden Fall die ganze Menschheit der kapitalistischen Zivilisation um ein gewaltiges Stück in ihrem Entwicklungsgang vorwärts bringt.“*

Fasst man aber so die wirklichen sozialen und historischen Bedingungen, die der Massenstreikaktion, der spezifischen neuen Kampfform der russischen Revolution, zugrunde liegen — und eine andere Auffassung ist nicht gut möglich, wenn man sich nicht den tatsächlichen Verlauf dieser Aktion frei aus der Luft zusammenphantasiert, wie Genosse Kautsky dies jetzt mit seinen „amorphen, primitiven Streiks“ tut —, dann wird es klar, dass die Massenstreiks als Form der revolutionären Kämpfe des Proletariats für Westeuropa noch mehr in Betracht kommen als in Russland, in dem Maße, als der Kapitalismus in Deutschland zum Beispiel viel höher entwickelt ist.

Gerade alle die Bedingungen, die Genosse Kautsky gegen den politischen Massenstreik ins Feld führt, sind ebenso viele Momente, die die Massenstreikaktion in Deutschland noch viel unvermeidlicher, umfangreicher und gewaltiger machen müssen.

Die trotzigte Macht der Unternehmerverbände, auf die sich Genosse Kautsky jetzt beruft und die „ihresgleichen sucht“, sowie der Kadavergehorsam, in dem die enorme Kategorie der Staatsarbeiter in Deutschland gehalten wird, sind es ja gerade, die eine ruhige, ersprießliche Gewerkschaftsaktion für das Gros des Proletariats in Deutschland immer schwieriger machen, immer gewaltigere Kraftproben, Explosionen auf wirtschaftlichem Gebiet provozieren, deren elementarer Charakter wie Massenumfang je länger je mehr politische Bedeutung annehmen.

Gerade die politische Isolierung des Proletariats in Deutschland, auf die sich Genosse Kautsky beruft, gerade die Tatsache, dass die gesamte Bourgeoisie bis ins Kleinbürgertum hinein wie eine Mauer hinter der Regierung steht, bringt es mit sich, dass jeder große politische Kampf gegen die Regierung sich zugleich zum Kampfe gegen die Bourgeoisie, gegen die

Ausbeutung gestaltet. Und dieselben Umstände bürgen uns dafür, dass jede energische revolutionäre Massenaktion in Deutschland nicht die parlamentarischen Formen des Liberalismus oder die ehemaligen Kampfformen des revolutionären Kleinbürgertums, die der kurzen Barrikadenschlacht, sondern die klassische proletarische Form, die des Massenstreiks, annehmen wird.

Und endlich gerade weil wir in Deutschland „ein halbes Jahrhundert sozialistischer Aufklärung und politischer Freiheit“ hinter uns haben, muss die Aktion des Proletariats, sobald die Situation so weit reif ist, dass die Massen auf dem Plan erscheinen, aus Anlass jedes politischen Kampfes alle veralteten Rechnungen mit der privaten und staatlichen Ausbeutung aufrollen und dem politischen einen wirtschaftlichen Massenkampf zugesellen. Denn, schrieb Genosse Kautsky im Jahre 1907, „wir haben auch nicht den mindesten Grund, anzunehmen, dass der Grad der Ausbeutung des deutschen Proletariats ein geringerer ist als in Russland. Im Gegenteil, wir haben gesehen, dass mit dem Fortschreiten des Kapitalismus die Ausbeutung des Proletariats steigt. Ist der deutsche Arbeiter vielfach noch besser gestellt als der russische, so ist dafür die Produktivität seiner Arbeit auch eine viel größere und sind seine Bedürfnisse entsprechend der allgemeinen Lebenshaltung der Nation viel höhere, so dass der deutsche Arbeiter das kapitalistische Joch vielleicht noch schmerzlicher empfindet als der russische.“* Genosse Kautsky, der jetzt so farbenprächtig ausmalt, wie der deutsche Arbeiter mit „Vereinen, Versammlungen, Wahlen aller Art vollauf beschäftigt“ ist, hat in diesem Moment die ganzen enormen Sklavenscharen der preußisch-deutschen Staatsarbeiter, der Eisenbahner, der Postangestellten sowie der Landarbeiter vergessen, die leider in sehr geringem Masse das Vergnügen haben, von „Vereinen, Versammlungen und Wahlen aller Art“ beschäftigt zu sein, dieweil ihnen das Koalitionsrecht rechtlich oder faktisch fehlt. Er hat vergessen, dass diese enormen Kategorien politisch wie wirtschaftlich mitten in der königlich preußischen Freiheit in echt „russischen“ Zuständen leben, dass also gerade diese Kategorien — von Bergarbeitern gar nicht zu reden — bei einer politischen Erschütterung unmöglich den Kadavergehorsam bewahren und nicht auch ihre Sonderrechnungen in Form von riesigen Massenstreiks präsentieren.

Doch blicken wir auf „Westeuropa“. Genosse Kautsky, der dies alles bestreitet, müsste sich noch mit einer anderen Opponentin als ich auseinandersetzen, mit der Wirklichkeit. Was sehen wir nämlich hier, wenn wir nur die wichtigsten Massenstreiks der letzten zehn Jahre hervorheben?

Die großen belgischen Massenstreiks, die das allgemeine Wahlrecht errungen hatten, stehen noch isoliert in den neunziger Jahren als kühnes Experiment da. Seitdem aber welche Fülle und Mannigfaltigkeit!

Im Jahre 1900 der Massenstreik der Bergarbeiter in Pennsylvanien, der nach dem Zeugnis der amerikanischen Genossen mehr für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen getan hat als zehn Jahre Agitation, 1900 gleichfalls Massenstreik der Bergarbeiter in Österreich, 1902 Massenstreik der Bergarbeiter in Frankreich, 1902 Generalstreik in der gesamten Produktion in Barcelona zur Unterstützung der kämpfenden Metallarbeiter, 1902 Demonstrationsmassenstreik in Schweden für das allgemeine gleiche Wahlrecht, 1902 Massenstreik in Belgien für das allgemeine gleiche Wahlrecht, 1902 Massenstreik der Landarbeiter in ganz Ostgalizien (über 200.000) zum Schutze des Koalitionsrechtes, 1903 im Januar und April zwei Massenstreiks der Eisenbahner in Holland, 1904 Massenstreik der Eisenbahner in Ungarn, 1904 Demonstrationsmassenstreik in Italien als Protest gegen die Metzeleien in Sardinien, im Januar 1905 Massenstreik der Bergarbeiter im Ruhrrevier, im Oktober 1905 Demonstrationsmassenstreik in Prag und Umgegend (100.000 Arbeiter) für das

gleiche allgemeine Wahlrecht zum böhmischen Landtag, im Oktober 1905 Demonstrationenmassenstreik in Lemberg für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum galizischen Landtag, im November 1905 Demonstrationenmassenstreik in ganz Österreich für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Reichsrat, 1905 Massenstreik der Landarbeiter in Italien, 1906 Massenstreik der Eisenbahner in Italien, 1906 Demonstrationenmassenstreik in Triest für das allgemeine gleiche Wahlrecht zum Landtag, der die, Reform auch siegreich erzwungen hat, 1906 Massenstreik der Hüttenarbeiter in Wittkowitz (Mähren) zur Unterstützung von 400 wegen der Maifeier entlassener Vertrauensmänner, siegreich beendet, 1909 Massenstreik in Schweden zur Verteidigung des Koalitionsrechtes, 1909 Massenstreik der Postangestellten in Frankreich, im Oktober 1909 Demonstrationenmassenstreik sämtlicher Arbeiter in Trient und Rovereto als Protest gegen politische Verfolgungen der Sozialdemokratie. 1910 Massenstreik in Philadelphia zur Unterstützung der Trambahnangestellten im Kampfe um das Koalitionsrecht und in diesem Augenblick Vorbereitungen zum Massenstreik der Eisenbahner in Frankreich.

So sieht die „Unmöglichkeit“ der Massenstreiks, insbesondere der Demonstrationenmassenstreiks in „Westeuropa“ aus, die Genosse Kautsky so schön schwarz auf weiß nachgewiesen hat. Genosse Kautsky hat theoretisch wie auf flacher Hand die Unmöglichkeit der Vermengung politischer und ökonomischer Streiks, die Unmöglichkeit allgemeiner imposanter Demonstrationenmassenstreiks, die Unmöglichkeit der Massenstreiks als einer Periode wiederholter Einzelkämpfe erwiesen, und er hat vergessen, dass wir seit zehn Jahren in einer Periode von ökonomischen, politischen, Kampf- und Demonstrationenmassenstreiks leben, einer Periode, die sich mit auffallender Übereinstimmung fast auf alle „westeuropäischen Länder“ sowie auf die Vereinigten Staaten erstreckt, auf kapitalistisch zurückgebliebenste wie Spanien und auf die fortgeschrittensten wie Nordamerika, auf Länder mit schwächster Gewerkschaftsbewegung wie Frankreich und auf solche mit strammen sozialdemokratischen Gewerkschaften wie Österreich, auf das agrarische Galizien und auf das hochindustrielle Böhmen, auf halbfeudale Staaten wie die habsburgische Monarchie, auf Republiken wie Frankreich und auf absolutistische Staaten wie Russland. Neben den aufgezählten steht nämlich noch die grandiose Massenstreikaktion Russlands 1902 bis 1906, die gezeigt hat, wie die Bedeutung und der Umfang des Massenstreiks erst zusammen mit der revolutionären Situation und der politischen Aktion des Proletariats wachsen.

„Denn während wir über den politischen Streik diskutieren und nach seiner theoretischen Formulierung und Begründung suchen, entbrennt spontan durch Selbstentzündung der Massen ein gewaltiger politischer Massenstreik nach dem anderen, oder wird jeder Massenstreik zu einer politischen Aktion, gipfelt jede große politische Kraftprobe in einem Massenstreik, sei es bei den Bergarbeitern, sei es unter den Proletariern Russlands, den Landarbeitern und Eisenbahnern Italiens usw.“ *

Demnach scheint, es beinahe, als wenn Genosse Kautsky durch seine neueste Theorie von der Unmöglichkeit einer Periode politischer Massenstreiks in Deutschland nicht einen Gegensatz zwischen Russland und Westeuropa, sondern vielmehr einen Gegensatz zwischen Deutschland und der übrigen Welt, eingeschlossen Westeuropa wie Russland, nachgewiesen hätte. Preußen müsste in der Tat eine Ausnahme unter allen kapitalistischen Ländern sein, wenn das wahr wäre, was Genosse Kautsky über die Unmöglichkeit selbst kurzer allgemeiner Demonstrationenmassenstreiks in Preußen ausführt. Es soll „gar nicht daran zu denken“ sein, dass bei uns in einem Demonstrationstreik gegen die Regierung „Stadtbahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen“, dass wir in Deutschland einen Demonstrationstreik erleben, der „das ganze Straßenbild ändert und dadurch auf die gesamte

bürgerliche Welt wie auch auf die indifferentesten Schichten des Proletariats den tiefsten Eindruck macht“. Dann müsste aber in Deutschland undenkbar sein, was in Galizien, in Böhmen, in Italien, in Ungarn, in Triest, Trient, in Spanien, in Schweden sich als möglich erwiesen hat. In allen diesen Ländern und Städten haben glänzende Demonstrationstreiks stattgefunden, die „das Straßenbild“ gänzlich veränderten. In Böhmen herrschte am 20. November 1905 eine absolut allgemeine Arbeitsruhe, die sich selbst auf die Landwirtschaft erstreckte, was man in Russland noch nicht erlebt hat. In Italien haben im September 1904 die Landarbeiter, die Trambahnen, Elektrizitäts- und Gaswerke gefeiert, sogar die gesamte Tagespresse hatte ihr Erscheinen einstellen müssen. „Es ist wohl der vollständigste Generalstreik gewesen“ — schrieb die „Neue Zeit“ —, „den die Geschichte kennt: man hatte drei volle Tage die Stadt Genua ohne Licht und Brot und Fleisch gelassen, man hatte das ganze wirtschaftliche Leben unterbunden“.* In Schweden waren in der Hauptstadt Stockholm sowohl 1902 wie 1909 in der ersten Woche sämtliche Verkehrsmittel — Straßenbahnen, Droschken, Rollfuhren, kommunale Arbeiten — stillgelegt. In Barcelona ruhte 1902 das gesamte wirtschaftliche Leben mehrere Tage.

Wir bekämen so schließlich in dem Preußen-Deutschland mit seiner „stärksten Regierung der Gegenwart. und seinen besonderen „deutschen Verhältnissen“, die allerlei Unmöglichkeiten der proletarischen Kampfweise erklären sollen, die in der ganzen übrigen Welt möglich sind, ein unerwartetes Gegenstück zu jenen besonderen „bayerischen“ und „süddeutschen“ Verhältnissen, die Genosse Kautsky seinerzeit mit uns anderen so weidlich auslachte. Namentlich aber machen sich diese deutschen „Unmöglichkeiten schön angesichts der Tatsache, dass wir ja gerade in Deutschland die stärkste Partei, die stärksten Gewerkschaften, die beste Organisation, die größte Disziplin, das aufgeklärteste Proletariat und den größten Einfluss des Marxismus haben. Wir kämen ja auf diese Weise tatsächlich zu dem eigentümlichen Resultat, dass je stärker die Sozialdemokratie, um so ohnmächtiger die Arbeiterklasse ist. Ich meine aber, sagen, dass in Deutschland heute Massenstreiks und Demonstrationstreiks unmöglich sind, die in verschiedenen anderen Ländern möglich waren, heißt, dem deutschen Proletariat ein Armutszeugnis ausstellen, das es noch durch nichts verdient hat.

V.

Was bleibt eigentlich von der Massenstreiktheorie des Genossen Kautsky übrig, nachdem er alle die „Unmöglichkeiten“ nachgewiesen hat? Der eine, „letzte“ rein politische Massenstreik, der nur ein einziges Mal, losgelöst von ökonomischen Streiks, aber ganz zum Schluss, wie ein Donner aus heiterem Himmel einschlägt. „Hier, in dieser Auffassung“, sagt Genosse Kautsky, „liegt der tiefste Grund der Differenzen über den Massenstreik, die zwischen meinen Freunden und mir bestehen. Sie erwarten eine Periode der Massenstreiks, ich vermag mir unter Verhältnissen, wie sie in Deutschland bestehen, einen politischen Massenstreik nur als ein einmaliges Ereignis vorzustellen, in den das ganze Proletariat des Reichs mit seiner ganzen Macht eintritt, als einen Kampf auf Leben und Tod, als einen Kampf, der unsere Gegner niederringt oder die Gesamtheit unserer Organisationen und unsere ganze Macht für Jahre hinaus zerschmettert oder mindestens lähmt.“

Zu diesem Bilde des „letzten Massenstreiks“, wie es dem Genossen Kautsky vorschwebt, ist nun vor allem zu sagen, dass es jedenfalls eine ganz neue Schöpfung ist, die nicht nach der Wirklichkeit, sondern aus reiner „Vorstellung“ gezeichnet ist. Denn es passt nicht nur zu keinem russischen Vorbild; auch nicht ein Massenstreik unter den vielen, die in „Westeuropa“ oder den Vereinigten Staaten stattgefunden haben, ähnelt annähernd dem vom Genossen Kautsky für Deutschland erfundenen Exemplar. Keiner von den bisher bekannten

Massenstreiks war ein „letzter“ Kampf „auf Leben und Tod“, keiner hat zum völligen Siege der Arbeiter geführt, keiner aber auch „die Gesamtheit der Organisationen“ und „die ganze Macht“ des Proletariats „auf Jahre hinaus zerschmettert“. Der Erfolg war meist nur ein teilweiser und ein mittelbarer. Die Riesenstreiks der Bergarbeiter endeten gewöhnlich unmittelbar mit einer Niederlage, im weiteren Gefolge hatten sie aber wichtige soziale Reformen durch ihren Druck erzielt: in Österreich den Neunstundentag, in Frankreich den Achtstundentag. Der belgische Massenstreik im Jahre 1893 hat als höchwichtiges Ergebnis die Eroberung des allgemeinen ungleichen Wahlrechts gehabt. Der schwedische Massenstreik des vorigen Jahres hat formell mit einem Kompromiss abgeschlossen, im Grunde genommen eine Generalattacke des koalierten Unternehmertums auf die schwedischen Gewerkschaften abgewehrt. Die österreichischen Demonstrationsstreiks haben die Wahlreform mächtig gefördert. Die Massenstreiks der Landarbeiter haben, bei ihrer formellen, teilweisen Ergebnislosigkeit, die Organisation unter den Landarbeitern in Italien und Galizien gestärkt. Alle Massenstreiks, ob ökonomische oder politische, demonstrative oder Kampfstreiks, haben das gehalten, was die Genossin Oda Olberg so treffend in ihrer Bilanz des italienischen Eisenbahnerstreiks seinerzeit in der „Neuen Zeit“ schrieb: „Die Errungenschaften des politischen Streiks sind nicht einzuschätzen: je nach dem Grade des proletarischen Klassenbewusstseins wechselt ihr Wert. Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter politischer Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er bezweckt, eine Machtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr Verantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke der Gegner bewusst werden.“*

Hat aber bis jetzt noch jeder Massenstreik ohne Ausnahme, in „Westeuropa“ wie in Russland, im strikten Gegensatz zum neuesten Schema des Genossen Kautsky, weder völligen Sieg noch die Zerschmetterung des Proletariats gebracht, sondern umgekehrt, fast immer eine Stärkung der Organisationen, des Klassenbewusstseins und des Machtgefühls der Arbeiter, so entsteht auf der anderen Seite die Frage: Wie kann in Deutschland jener große und „letzte“, jener apokalyptische Massenstreik, bei dem die stärksten Eichen krachen, die Erde berstet und die Gräber sich öffnen, überhaupt zustande kommen, wenn die Masse des Proletariats nicht vorher durch eine ganze lange Periode von Massenstreiks, von ökonomischen oder politischen Massenkämpfen dazu vorbereitet, geschult, aufgerüttelt wird? In diesen „letzten“ Massenstreik soll sich ja nach dem Genossen Kautsky „das ganze Proletariat des Reichs“ und noch dazu „mit seiner ganzen Macht“ stürzen. Wie sollen aber plötzlich die preußisch-deutschen Staatsarbeiter, die Eisenbahner, Postbeamten usw., die heute im „Kadavergehorsam“ erstarrt sind, die Landarbeiter, die kein Koalitionsrecht und keine Organisation haben, die breiten Schichten der Arbeiter, die noch in gegnerischen Organisationen, in christlichen, in Hirsch-Dunckerschen, gelben Gewerkschaften stecken, kurz, die ganze große Masse des deutschen Proletariats, die bis jetzt weder unserer gewerkschaftlichen Organisation noch der sozialdemokratischen Agitation zugänglich war, mit einem Sprunge für einen „letzten“ Massenstreik „auf Leben und Tod“ reif sein, wenn sie nicht durch eine vorhergehende Periode stürmischer Massenkämpfe, Demonstrationsstreiks, partieller Massenstreiks, wirtschaftlicher Riesenkämpfe usw. nach und nach aus ihrer Starrheit, ihrem Kadavergehorsam, ihrer Zersplitterung losgelöst und der Gefolgschaft der Sozialdemokratie angegliedert wird?

Das muss wohl auch Genosse Kautsky einsehen. „Natürlich“ — sagt er — „stelle ich mir dies einmalige Ereignis nicht als einen ‘aus der Pistole geschossenen’ isolierten Akt vor. Auch ich erwarte eine Ära erbitterter Massenkämpfe und Massenaktionen, aber den Massenstreik als die letzte Waffe.“ Allein, welche „Massenkämpfe und Massenaktionen“ hat denn Genosse Kautsky im Sinne, die jenem „letzten“ Massenstreik vorausgehen und die selbst nicht aus Massenstreiks bestehen sollen? Sollen es Straßendemonstrationen sein? Aber man kann nicht

jahrzehntelang bloße Straßendemonstrationen machen. Und allgemeine, eindrucksvolle Demonstrationstreiks sollen ja nach dem Genossen Kautsky in Deutschland eben ausgeschlossen sein; es sei ja „gar nicht daran zu denken, dass bei uns in einem Demonstrationstreik gegen die Regierung Stadtbahnen, Straßenbahnen, Gaswerke zum Stillstand kommen“. Wirtschaftliche Massentreiks können gleichfalls jene Vorbereitungsarbeit für den politischen Massentreik nicht verrichten, sie sind ja nach dem Genossen Kautsky vom politischen Massentreik streng fernzuhalten, sie seien ihm gar nicht förderlich, sondern geradezu schädlich. Worin sollen also schließlich jene „erbitterten“ Massenkämpfe und Massenaktionen der Vorbereitungsära bestehen? Etwa in „erbitterten“ Reichstagswahlen oder in Versammlungen mit Protestresolutionen? Aber jene gewaltigen Schichten des nichtorganisierten oder gegnerisch organisierten Proletariats, auf die es beim „letzten“ Massentreik ankommt, bleiben ja leider unseren Versammlungen fern. Und so ist es schlechterdings nicht abzusehen, wie wir eigentlich das „ganze Proletariat des Reiches“ für den letzten Kampf „auf Leben und Tod“ gewinnen, aufrütteln und schulen werden. Ob Genosse Kautsky es will oder nicht, sein letzter Massentreik kommt eben, da er eine Periode von Massentreiks wirtschaftlichen und politischen Charakters ausschließt, einfach aus der Pistole geschossen.

Schließlich muss man sich aber fragen: Was ist das eigentlich für ein „letzter“ Massentreik, der nur einmal kommt und in dem das ganze Proletariat des Reiches mit seiner ganzen Macht auf Leben und Tod ringt? Soll darunter ein periodischer „letzter“ Massentreik verstanden sein, der in jeder großen politischen Kampagne, also etwa um das preußische Wahlrecht, um das Reichstagswahlrecht, zur Verhinderung eines verbrecherischen Krieges usw., zum Schluss die Entscheidung gibt? Aber man kann nicht periodisch und mehrmals „auf Leben und Tod“ kämpfen. Ein so ausgemalter Massentreik, in dem „das ganze Proletariat“ und obendrein „mit ganzer Macht“ „auf Leben und Tod“ ringt, kann nur jener Kampf sein, wo es sich um die ganze politische Macht im Staate handelt, das kann offenbar nur jener „letzte“ Kampf auf „Leben und Tod“ sein, in dem das Proletariat um seine Diktatur ringt, um dem bürgerlichen Klassenstaat den Garaus zu machen. Der politische Massentreik für Deutschland verschiebt sich auf diese Weise immer weiter; erst wurde er durch die Ermattungsstrategie nach den Reichstagswahlen im nächsten Jahr erwartet, jetzt entschwindet er als der „letzte“, der einzige Massentreik unseren Blicken und neckt uns gar aus bläulicher Ferne der — sozialen Revolution.

Erinnern wir uns jetzt noch an die Bedingungen, die Genosse Kautsky in seinem ersten Artikel „Was nun?“ an die Ausführung des politischen Massentreiks knüpfte: die strengste Geheimhaltung der Vorbereitungen vor dem Feinde, Beschlussfassung durch den obersten „Kriegsrat“ der Partei, möglichste Überrumpelung der Gegner, — und wir bekommen unversehens ein Gedankenbild, das eine starke Ähnlichkeit mit dem „letzten, großen Tag“, dem Generalstreik nach anarchistischem Rezept hat. Die Idee des Massentreiks verwandelt sich aus einem geschichtlichen Prozess der modernen proletarischen Klassenkämpfe in ihrer jahrzehntelangen Schlussperiode in einen Kladderadatsch, in dem das „ganze Proletariat des Reichs“ plötzlich mit einem Ruck der bürgerlichen Gesellschaftsordnung den Garaus macht.

Wie schrieb doch Genosse Kautsky 1907 in seiner „Sozialen Revolution“, 2. Auflage, Seite 54:

„Das ist unsinnig. Ein Generalstreik in dem Sinne, dass alle Arbeiter eines Landes auf ein gegebenes Zeichen die Arbeit niederlegen, setzt eine Einmütigkeit und eine Organisation der Arbeiter voraus, die in der heutigen Gesellschaft kaum je erreicht werden kann, und die, wenn einmal erreicht, so unwiderstehlich wäre, dass sie des Generalstreiks nicht erst bedürfte. Ein

solcher Streik würde aber mit einem Ruck nicht bloß die bestehende Gesellschaft, sondern überhaupt jede Existenz unmöglich machen, die der Proletarier noch eher als die der Kapitalisten, er müsste also unfehlbar gerade in dem Moment zusammenbrechen, in dem er seine revolutionäre Wirksamkeit zu entfalten begänne. Der Streik als politisches Kampfmittel wird kaum je, sicher nicht in absehbarer Zeit, die Form eines Streiks aller Arbeiter eines Landes annehmen. — Wir gehen einer Zeit entgegen, wo gegenüber der Übermacht der Unternehmerorganisationen der isolierte, unpolitische Streik ebenso aussichtslos sein wird, wie gegenüber dem Druck der von den Kapitalisten abhängigen Staatsgewalt die isolierte parlamentarische Aktion der Arbeiterparteien. Es wird immer notwendiger werden, dass beide sich ergänzen und aus ihrem Zusammenwirken neue Kräfte saugen.

Wie der Gebrauch jeder neuen Waffe, so muss auch der des politischen Streiks erst gelernt werden.“ [Hervorhebung — R.L.]

So hat Genosse Kautsky, je mehr er zur Rechtfertigung seiner Stellungnahme im preußischen Wahlrechtskampf zu breiten theoretischen Verallgemeinerungen ausholte, um so mehr die allgemeinen Perspektiven der Entwicklung des Klassenkampfes in Westeuropa und in Deutschland aus dem Auge verloren, die zu zeichnen er selbst in den letzten Jahren nicht müde wurde. Er hat wohl auch selbst das unbehagliche Gefühl der Inkongruenz seiner jetzigen mit seinen früheren Gesichtspunkten gehabt und war deshalb so zuvorkommend, im letzten, dritten Teil seiner Replik gegen mich seine Artikelserie aus dem Jahre 1904 „Allerhand Revolutionäres“ ausführlich zu reproduzieren. Der krasse Widerspruch ist freilich dadurch nicht aus der Welt geschafft, er hat nur den chaotischen, schillernden Charakter jenes letzten Artikelteils verursacht, der den Genuss bei dessen Lektüre so ungemein beeinträchtigt.

Doch nicht jene Artikelserie allein bildet eine schrille Dissonanz mit dem, was Genosse Kautsky jetzt ausführt. In seiner „Sozialen Revolution“ lesen wir von einer ganzen langen Periode revolutionärer Kämpfe, in die wir eintreten werden und in denen der politische Massenstreik „sicher eine große Rolle spielen wird“ (S. 54). Die ganze Broschüre „Der Weg zur Macht“ ist der Schilderung derselben Perspektiven gewidmet. Ja, hier sind wir bereits in die revolutionäre Periode eingetreten. Hier revidiert Genosse Kautsky das „Politische Testament“ von Friedrich Engels und erklärt, die Zeit der „Ermattungsstrategie“, die ja in der gesetzlichen Ausnutzung der gegebenen staatlichen Grundlage besteht, sei bereits vorüber:

„Anfang der neunziger Jahre“ — sagte er — „habe ich anerkannt, dass eine ruhige Weiterentwicklung der proletarischen Organisationen und des proletarischen Klassenkampfes auf den gegebenen staatlichen Grundlagen das Proletariat in der Situation jener Zeit am weitesten vorwärts bringe. Man wird mir also nicht vorwerfen können, es sei das Bedürfnis, mich in Revolution und Radikalismus zu berauschen, wenn mich die Beobachtung der heutigen Situation zu der Anschauung führt, dass die Verhältnisse seit dem Anfang der neunziger Jahre gründlich geändert sind, dass wir alle Ursache haben anzunehmen, wir seien jetzt in eine Periode von Kämpfen um die Staatseinrichtungen und die Staatsmacht eingetreten, Kämpfe, die sich unter mannigfachen Wechselfällen durch Jahrzehnte hinziehen können, deren Formen und Dauer vorläufig noch unabsehbar sind, die aber höchst wahrscheinlich bereits in absehbarer Zeit erhebliche Machtverschiebungen zugunsten des Proletariats, wenn nicht schon seine Alleinherrschaft in Westeuropa herbeiführen.“ Und weiter: „In dieser allgemeinen Unsicherheit sind aber die nächsten Aufgaben des Proletariats klar gegeben. Wir haben sie bereits entwickelt. Es kommt nicht mehr vorwärts ohne Änderung der staatlichen Grundlagen, auf denen es seinen Kampf führt. Die Demokratie im Reich, aber auch in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen und Sachsen, aufs energischste anzustreben, das ist seine nächste Aufgabe in Deutschland, seine nächste internationale

Aufgabe der Kampf gegen Weltpolitik und Militarismus. Ebenso klar wie diese Aufgaben liegen auch die Mittel zutage, die uns zu ihrer Lösung zu Gebote stehen. Zu den bisher schon angewandten ist noch der Massenstreik getreten, den wir theoretisch bereits Anfang der neunziger Jahre akzentuierten. dessen Anwendbarkeit unter günstigen Umständen seitdem wiederholt erprobt wurde.“*

In seiner „Sozialen Revolution“, im „Weg zur Macht“, in der „Neuen Zeit“ predigte Genosse Kautsky den deutschen Gewerkschaften den „politischen Streik“ als die „neue Taktik“, die immer mehr geboten sei, angesichts der Tatsache, dass der rein gewerkschaftliche Streik durch die Unternehmerverbände immer mehr zur Erfolglosigkeit verurteilt werde. Diese Auffassung war es ja, die ihm im vergangenen Jahre die erbitterte Fehde mit dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften eingetragen hat.

Jetzt will Genosse Kautsky ökonomische Streiks von politischer Aktion streng scheiden, jetzt erklärt er, dass alle Streiks in Westeuropa unbedingt „bestimmte Erfolge“ erreichen müssen, sonst haben sie „ihren Zweck verfehlt“, und zu Mitteln, welche „das Proletariat organisieren, seine Einsicht und sein Kraftgefühl heben und das Zutrauen der Volksmasse zu seinen Organisationen mehren“, zählt er nur „glücklich ausgefochtene Lohnbewegungen“. Jetzt brauchen wir überhaupt nichts dringender, als „sichtbare Erfolge“, um den Massen zu imponieren. Es gibt aber „wenig Erfolge, die so sinnenfällig der Masse unsere steigende Kraft dokumentieren, wie Wahlsiege, wie Eroberung neuer Mandate“. Also Reichstagswahlen und Mandate — das ist Moses und die Propheten!

Jetzt hören wir, dass der deutsche Arbeiter nur für Kundgebungen „ohne Risiko“ zu haben ist, dass „ein bloßer Demonstrationsstreik nicht einmal die eindrucksvollste“ Form des politischen Protestes ist, „eine siegreiche Reichstagswahl macht weit größeren Eindruck“! Und endlich „eine wirkliche Massendemonstration“, die einer Sache gelten soll, „die nicht sofortige Abwehr erheischt, sondern bloßen Protest gegen ein Unrecht bekunden soll, das schon mehr als ein halbes Jahrhundert besteht“, ein solcher Demonstrationsstreik sei in Deutschland „ohne einen gewaltigen Anlass“ kaum möglich. Genosse Kautsky hat bloß nicht bemerkt, dass er mit dieser Argumentation im Vorbeigehen die schönste theoretische Begründung für — die Abschaffung der Maifeier geliefert hat.

Mit vollem Rechte verweist Genosse Kautsky darauf, dass er „schon vor der russischen Revolution“, in seinem Artikel „Allerhand Revolutionäres“, eine genaue Beschreibung der Wirkungen eines politischen Massenstreiks gegeben hatte. Doch kommt es, wie mir scheint, nicht bloß darauf an, revolutionäre Kämpfe und deren äußeren Verlauf in der theoretischen Abstraktion, sozusagen im Nirgendwo zu schildern, ihr allgemeines Schema zu entwerfen, sondern ebenso sehr darauf, in der Praxis jeweilig diejenigen Losungen zu geben, die das Maximum an revolutionärer Energie des Proletariats auslösen, die Situation am meisten und am raschesten vorwärts treiben können. Freilich hat Genosse Kautsky in seinen zahlreichen Artikeln, in seinen Broschüren das Bild der revolutionären Kämpfe der Zukunft mit zwingender Klarheit gegeben, bei der Beschreibung des Massenstreiks zum Beispiel schon 1904 geschildert, wie „jedes Herrenhaus, jede Scheune, jede Fabrik, jede Telegraphenleitung, jede Eisenbahnstrecke militärisch bewacht werden“, wie die Soldaten überall gegen die Menge hingeschickt werden und wie es doch nirgends zur Schlacht kommt, „denn wo sie hinkommen, zerstiebt die Menge, um sich überall zu sammeln, wo sie noch nicht hinkamen oder eben waren“, wie zuerst „Gas- und Elektrizitätswerke aufhören zu funktionieren, Straßenbahnen zu verkehren, schließlich werden selbst Post und Eisenbahn vom Streikfieber ergriffen; zunächst streiken die Werkstättenarbeiter, dann auch die jüngeren Betriebsbeamten“ — kurz, alles mit einer Plastik, Lebendigkeit und einem Realismus, die um

so bewundernswerter sind, als es sich um Vorgänge in der blauen Luft handelt. Als aber die Frage aus dieser luftigen Höhe, wo die Theorie wie ein Aar ruhig ihre Kreise zog, zum ersten Male auf die platte Erde der preußischen Wahlrechtskampagne herniederstieg, da verwandelte sich plötzlich die kopflose und ratlose preußische Regierung in einen Rocher de bronze, die zur sozialen Revolution („Hurra! Marsch Marsch“) fertigen deutschen Verhältnisse, wie sie der „Weg zur Macht“ schildert, in ein starres Land, wo „gar nicht daran zu denken ist“, dass die staatlichen Werkstättenarbeiter und die Betriebsbeamten, seien es jüngere oder ältere, an einer Demonstration mittun, und die „revolutionäre Ara, die anhebt“, verwandelte sich in eine fleißige Vorbereitung zu den Reichstagswahlen, denn „es gibt wenige Erfolge, die so sinnenfällig der Masse unsere Kraft dokumentieren“ wie — Reichstagsmandate.

Himmelstürmende Theorie und „Ermattung“ in der Praxis, revolutionärste Perspektiven in den Wolken und Reichstagsmandate als einzige Perspektive in der Wirklichkeit. Genosse Kautsky hat seinen Feldzug gegen mich mit der dringenden Notwendigkeit erklärt, die Idee des Massenstreiks vor einer Kompromittierung zu retten. Ich fürchte beinahe, es wäre sowohl für die Idee des Massenstreiks wie für den Genossen Kautsky besser gewesen, wenn diese Rettungsaktion unterblieben wäre.

VI.

Kehren wir nach Preußen zurück.

Ich habe Anfang März angesichts der begonnenen Wahlrechtskampagne und der steigenden Demonstrationsbewegung erklärt, die Partei müsse, wenn sie die Bewegung weiter vorwärts führen wolle, die Losung des Massenstreiks auf die Tagesordnung stellen, wobei ein Demonstrationsmassenstreik „der erste Schritt in der gegenwärtigen Situation“ sei. Ich meinte, die Partei stehe vor einem Dilemma: entweder wird sie die Wahlrechtsbewegung zu schärferen Formen steigern, oder aber die Bewegung wird, wie schon 1908, nach kurzer Zeit wieder einschlafen. Dies war es ja, was den Genossen Kautsky gegen mich auf den Plan gerufen hat.

Und was sehen wir? Genosse Kautsky weist darauf hin, dass wir ja, mir zum Trotz, keine Spur von Massenstreik erlebt hätten, er triumphiert, dass meine Anregung von den Verhältnissen „mausetot“ geschlagen worden sei. Nun, Genosse Kautsky hat scheint's im polemischen Eifer ganz übersehen, dass damit leider noch etwas anderes „mausetot“ geschlagen wurde: nämlich die Demonstrationen und mit diesen die Wahlrechtsbewegung selbst. Genosse Kautsky bewies gegen mich, dass eine Steigerung der Demonstrationen gar nicht nötig sei, dass kein Dilemma für die Partei bestehe, die Hauptsache sei, „vor allem die Straßendemonstration weiter zur Anwendung zu bringen, darin nicht zu erlahmen, sie im Gegenteil immer machtvoller zu gestalten“.* Nun, die Straßendemonstrationen haben seit April gänzlich aufgehört. Und zwar nicht etwa aus Mangel an Stimmung und Kampflust bei den Massen, sie sind nicht etwa an innerer Erschöpfung eingeschlafen. Nein, die Straßendemonstrationen sind einfach von den leitenden Parteiinstanzen abbestellt, entgegen den Anstrengungen und Versuchen der Parteigenossen in der Provinz, wie der 1. Mai gezeigt hat, wie noch im Mai die Demonstrationen in Braunschweig, in Breslau gezeigt haben, mit Vorbedacht abbestellt worden. Genau wie ich bereits in meiner ersten Replik in der „Neuen Zeit“ schrieb, hatte man schon Ende März —

ohne den weiteren Gang der Ereignisse und die Situation abzuwarten — die Demonstration zum 10. April, unter dem Drucke der Stimmung in der Provinz, mit dem Gefühl festgesetzt: Nun aber Schluss! Und Schluss ist gemacht worden. Keine Demonstrationen, nicht einmal Versammlungen befassen sich mehr mit der Wahlrechtsfrage, die sturmatmende Rubrik des Wahlrechtskampfes ist aus der Parteipresse verschwunden. Und als sicherstes Symptom, dass die Sache einstweilen vorbei und nicht mehr aktuell ist, kann der Umstand dienen, dass unser leitendes Zentralorgan sich mit der Taktik im Wahlrechtskampf zu befassen begann. „Die Volksbewegung größten Stils“ ist vorläufig nach Hause geschickt worden.

Was sagt Genosse Kautsky dazu? Wagt er, der gegen mich „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ ins Treffen führte, auch nur ein Wort des leisesten Tadelns gegen die „obersten Behörden“, die entgegen seiner Mahnung, ja „in Straßendemonstrationen nicht zu erlahmen“, der Demonstrationsbewegung einfach den Garaus gemacht haben? Im Gegenteil, hier ist Genosse Kautsky voller Bewunderung, er findet nur Worte der Begeisterung für „die jüngste Demonstrationskampagne“, die „ein Muster erfolgreicher Ermattungsstrategie war“, ganz richtig. So sieht eben in der Praxis die Ermattungsstrategie aus, die nach zwei kühnen Schritten sich „ermattet“ auf den Lorbeeren ausruht und die schmetternde Ouvertüre der „Volksbewegung größten Stils“ im kleinlauten Knurren der Vorbereitungen für die Reichstagswahlen auslaufen lässt.

Die Wahlrechtsbewegung ist also wieder auf ein, vielleicht zwei Jahre zum Stillstand gebracht, und zwar in einem so geschickt ausgewählten Moment, dass damit der Regierung der größte Dienst erwiesen worden ist, den man ihr überhaupt hätte erweisen können.

Die Zurückziehung der Wahlrechtsvorlage durch Bethmann Hollweg war der entscheidende Moment. Die Regierung befand sich gänzlich in der Klemme. Die parlamentarische Flickarbeit an der Wahlreform, der parlamentarische Kuhhandel war bankrott. Die Gegner standen am Ende ihres Lateins. Wollte man wirklich mit dem „Wahlrechtssturm“, mit der Losung: „Keine Ruhe in Preußen“, mit den großen Worten des preußischen Parteitags Ernst machen, dann war der Zusammenbruch der Regierungsvorlage der gegebene Moment, um sofort auf dieses Fiasko der parlamentarischen Aktion unter dem Rufe: Her mit einer neuen Vorlage! mit einem allgemeinen grandiosen Vorstoß, mit Straßendemonstrationen im ganzen Lande einzusetzen, die dann weiter zum Demonstrationsmassenstreik geführt und den Kampf mächtig vorwärts getrieben hätten. Genosse Kautsky, der mir gütigst vorschlägt, solche Einfälle, wie zum Beispiel das „bewaffnete“ Erscheinen im Treptower Park als die Anwendung meiner „Strategie“ anzuerkennen, hat hier ein deutliches Beispiel dessen, was „meine Strategie“ in Wirklichkeit will. Nicht kindische Donquichotterien, wie die vom Genossen Kautsky mir zugemutete, sondern politisches Ausnutzen der Niederlagen des Gegners wie der eigenen Siege, was übrigens nicht sowohl die Erfindung irgendeiner „neuen Strategie“ als vielmehr das A-B-C jeder revolutionären, ja jeder ernsten Kampf-taktik ist, das war die Aufgabe der Partei. Ich will damit nicht etwa die unbedingte Pflicht der Partei aussprechen, alle Montag und Donnerstag mal eine „revolutionäre Periode“ einzuleiten. Aber ich meine: Wenn die Partei eine Aktion beginnt, wenn sie einmal Sturm geläutet und ihre riesigen Völker auf den Plan gerufen hat, wenn sie von einer „Volksbewegung größten Stils“, vom Sturm „mit allen Mitteln“ gesprochen, dann darf sie nicht nach zwei Anläufen sich plötzlich hinter dem Ohr kratzen, gähnen und erklären: Es war nichts, für diesmal war's nicht ernst gemeint, gehen wir nach Hause. ... Eine solche Sturmmacherei auf Probe und Kommando ist meines Erachtens der Größe der Partei und des Ernstes der Situation unwürdig und geeignet, die Partei in den Augen der Massen zu diskreditieren. Die begonnene Wahlrechts- und Demonstrationsbewegung war ferner eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Aufrüttelung, Aufklärung der indifferenten Massen, zur Gewinnung gegnerisch gesinnter

Arbeiterkreise, wie es die regelmäßige Agitation entfernt nicht zu tun imstande ist. Die Partei hat mit dem absichtlichen Abbrechen der Bewegung diese glänzende Gelegenheit nach schönstem Anfang ungenutzt gelassen.

Vor allem kommen aber noch politische Gesichtspunkte in Betracht. Es ist höchst kurzsichtig, die Frage der preußischen Wahlreform von der Frage des Reichstagswahlrechtes mechanisch zu trennen und zu erklären: aus Anlass des preußischen Wahlrechtskampfes sollen unsere großen Kanonen nicht ins Feld rücken, die wollen wir aufsparen für den Fall, dass, nach den Reichstagswahlen das Reichstagswahlrecht kassiert wird. Man muss sich geradezu die Augen vor den wirklichen Zusammenhängen absichtlich verschließen, um nicht einzusehen, dass in der heutigen Situation der Kampf um die preußische Wahlreform im Grunde genommen nichts anderes als Kampf um das Reichstagswahlrecht ist. Es ist klar, dass eine kräftige und siegreiche Kampagne für das preußische Wahlrecht der sicherste Weg ist, einen Schlag wider das Reichstagswahlrecht im voraus zu parieren. Die entschlossene und konsequente Fortsetzung des Wahlrechtskampfes wäre also zugleich eine Abwehraktion gegen Staatsstreichgelüste der Reaktion gewesen, eine Aktion, die alle Vorzüge der Offensive vor einer erzwungenen Defensive gehabt hätte.

Genosse Kautsky wendet nun ein — und das ist sein letzter Trumpf —, dass, da der Massenstreik doch, wie wir sehen, nicht ausgebrochen ist, dies am besten beweise, wie wenig er sich aus der Situation ergab und wie verfehlt mein Standpunkt war. „Schon die Tatsache“ — sagt er —, „dass man darüber diskutiert, zeigte, dass die Situation diese Reife noch nicht erlangt hat. Solange man noch streiten und untersuchen kann, ob der Massenstreik am Platze sei oder nicht, so lange ist das Proletariat als Gesamtmasse noch nicht von jenem Masse Erbitterung und Kraftgefühl erfüllt, die notwendig sind, soll sich der Massenstreik durchsetzen. Wäre die nötige Stimmung dafür im März vorhanden gewesen, dann müsste eine abmahnende Stimme wie die meine von einem Protest tosender Entrüstung erstickt werden.“ Genosse Kautsky zeigt hier ein interessantes Pendeln zwischen Extremen: bald ist der Massenstreik ein sorgsam im geschlossenen Zelte des Kriegsrats ausgeheckter Coup, der flüsternd im geheimen vorbereitet wird, bald ist er „ein Elementarereignis, dessen Eintreten nicht nach Belieben herbeizuführen ist, das man erwarten, nicht aber festsetzen kann“. Ich meine, dass die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Leitung weder im geheimnisvollen Aushecken von „großen Plänen“ noch im „Warten“ auf Elementarereignisse besteht. Massenstreiks können — wie ich deutlich in meinem ersten Artikel in der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ schrieb — nicht auf Kommando der obersten Instanzen „gemacht“ werden, sie müssen aus der Masse und ihrer fortschreitenden Aktion sich ergeben. Aber diese Aktion politisch im Sinne einer energischen Taktik, einer kräftigen Offensive so vorwärts führen, dass die Masse sich ihrer Aufgaben immer mehr bewusst wird, das kann die Partei und das ist auch ihre Pflicht. Die Sozialdemokratie vermag nicht künstlich eine revolutionäre Massenbewegung zu schaffen, sie kann aber wohl unter Umständen durch ihre schwankende, schwächliche Taktik die schönste Massenaktion lähmen. Den Beweis liefert der misslungene oder vielmehr gleich nach Beginn abkommandierte Wahlrechtsmassenstreik in Belgien im Jahre 1902. Wie wirksam die Partei einen Massenstreik, dieses „Elementarereignis“, unter Umständen durch Bremsen verhindern kann, selbst wenn die Massen in hohem Grade kampfbereit sind, das hat Genosse Kautsky selbst über Österreich berichtet. „Trotzdem“, erzählte er uns, „trotzdem die Verhältnisse in Österreich den Massenstreik weit mehr begünstigen als bei uns, und trotzdem die Massen in Österreich zeitweise zu einer Erregung gelangt waren, von der wir in Deutschland weit entfernt blieben, zu einer solchen Erregung, dass sie nur durch das äußerste Aufgebot aller Kräfte von dem Eintritt in den Massenstreik abgehalten werden konnten, trotzdem endlich wiederholt und in der positivsten Weise mit dem Massenstreik gedroht worden war, haben die für die Taktik

verantwortlichen Genossen bisher auf das stärkste gebremst und den Massenstreik verhindert.“* Dass diese hemmende Rolle der Parteileitung am wirksamsten in Deutschland in die Erscheinung treten kann, ist selbstverständlich angesichts des außerordentlich ausgebildeten Organisationszentrismus und der Disziplin in unserer Partei.

„In einer Partei“, schrieb ich schon in meinem Artikel „Was weiter?“, „wo, wie in der deutschen, das Prinzip der Organisation und der Parteidisziplin so beispiellos hochgehalten wird, wo infolgedessen die Initiative unorganisierter Volksmassen, ihre spontane, sozusagen improvisierte Aktionsfähigkeit — ein so bedeutender, oft ausschlaggebender Faktor in allen bisherigen großen politischen Kämpfen — fast ausgeschaltet ist, da liegt der Partei die unabwendbare Pflicht ob, den Wert dieser so hoch entwickelten Organisation und Disziplin auch für große Aktionen, ihre Verwendbarkeit auch für andere Kampfformen als für parlamentarische Wahlen nachzuweisen.“[31]

Das bisherige Schicksal der preußischen Wahlrechtsbewegung scheint beinahe zu beweisen, dass unser Organisationsapparat und unsere Parteidisziplin sich einstweilen noch besser im Bremsen als im Führen großer Massenaktionen bewähren. Wenn man schon im voraus die Straßendemonstrationen nur zaghaf und widerwillig ausführt, wenn man jeder gebotenen Gelegenheit zur Potenzierung der Demonstrationen, wie der 18. März, wie der 1. Mai eine war, peinlich ausweicht, wenn man eigene Siege, wie die Eroberung des Rechtes auf die Straße am 10. April, und ebenso die Niederlagen der Gegner, wie die Zurückziehung der Regierungsvorlage, gänzlich ungenutzt lässt, wenn man schließlich die Demonstrationen überhaupt an den Nagel hängt und die Massen nach Hause schickt, kurz wenn man alles tut, um die Massenaktion zurückzuhalten, zu lähmen, die Kampf Stimmung abzustumpfen, dann kann selbstverständlich auch nicht aus der Masse heraus jene stürmische Bewegung entstehen, die sich in einem Massenstreik Luft machen muss.

Natürlich vermag die hemmende Wirkung einer so gearteten Leitung am ehesten dann den Ausschlag zu geben, wenn die Massenaktion erst in ihren Anfangsstadien ist, wie dies bei uns in Deutschland der Fall, wo sie noch die ersten Schritte tut. Ist die revolutionäre Periode erst in ihrer vollen Entfaltung, gehen die Wogen des Kampfes bereits hoch, dann wird kein Bremsen der Parteiführer viel auszurichten imstande sein, dann schiebt die Masse ihre Führer, die sich dem Sturm der Bewegung widersetzen, einfach auf die Seite. So kann es auch einmal in Deutschland kommen. Aber ich finde es im Interesse der Sozialdemokratie weder notwendig noch wünschenswert, dahin zu steuern. Wenn wir mit dem Massenstreik in Deutschland unbedingt warten wollen, bis die Masse mit „tosender Entrüstung“ über ihre bremsenden Führer hinwegstürmt, so kann dies offenbar nur auf Kosten des Einflusses und des Prestiges der Sozialdemokratie geschehen. Denn dann könnte sich leicht herausstellen, dass der komplizierte Organisationsapparat und die strenge Parteidisziplin, auf die wir mit Recht stolz sind, leider nur für den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Alltag ein ausgezeichneter Notbehelf, dass sie aber bei der gegebenen Beschaffenheit unserer leitenden Kreise ein Hindernis für die Massenaktion großen Stils sind, wie sie die kommende Ara der stürmischen Kämpfe erfordert. Und noch ein besonderer schwacher Punkt unserer Organisationsverhältnisse könnte dabei verhängnisvoll wirken. Wären nämlich die Gewerkschaftsführer allein in der jüngsten Wahlrechtskampagne gegen die Losung des Massenstreiks öffentlich aufgetreten, so hätte dies nur zur Klärung der Situation, zur Schärfung der Kritik bei den Massen geführt. Dass sie dies nicht nötig hatten, dass sie vielmehr durch das Medium der Partei und mit Hilfe des Parteiapparats die ganze Autorität der Sozialdemokratie zum Bremsen der Massenaktion in die Wagschale werfen konnten, das

hat die Wahlrechtsbewegung zum Stillstand gebracht, — Genosse Kautsky hat bloß die theoretische Musik dazu gemacht.

Freilich geht unsere Sache trotz alledem vorwärts. Die Gegner arbeiten für uns so unablässig, dass es kein besonderes Verdienst ist, wenn unser Weizen bei jedem Wetter blüht. Doch ist es ja schließlich nicht die Aufgabe der Klassenpartei des Proletariats, lediglich von den Sünden und Fehlern ihrer Gegner trotz eigener Fehler zu leben, sondern durch eigene Tatkraft den Gang der Dinge zu beschleunigen, nicht das Minimum, sondern das Maximum an Aktion und Klassenkampf in jedem Moment auszulösen.

Und wenn in Zukunft die Massenaktion wieder anheben wird, dann wird die Partei genau vor demselben Problem stehen, wie schon vor zwei Jahren und wie im letzten Frühjahr. Nach diesen zwei Versuchen müssen die breiten Kreise unserer Parteigenossen sich von vornherein darüber klar sein, dass eine wirkliche Massenaktion großen Stils sich nur dann entfalten und auf die Dauer erhalten lässt, wenn man sie nicht als eine trockene Exerzierübung nach dem Taktstock der Parteileitung behandelt, sondern als einen großen Klassenkampf, in dem alle bedeutenden wirtschaftlichen Konflikte ausgenutzt, alle Momente, die die Masse erregen, in den Strudel der Bewegung geleitet werden müssen und in dem man nicht einer steigenden Verschärfung der Situation und entscheidenden Kämpfen ausweicht, sondern ihnen mit einer entschlossenen konsequenten Taktik entgegengeht. Vielleicht wird die jetzige Diskussion dazu ihr Teil beitragen.

Das Offiziösentum der Theorie (1913)

[Die Neue Zeit, 31. Jahrgang 1912/13, Zweiter Band, S. 828-843]

I[32]

Genau wie vor drei Jahren, als die Entfaltung der preußischen Wahlrechtsbewegung[33] die Losung des Massenstreiks in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt hatte, so auch jetzt beeilte sich Kautsky, in die durch den Ausfall der preußischen Landtagswahlen[34] und durch den Verlauf der Kampagne gegen die Militärvorlage[35] angeregte lebhafteste Diskussion über den Massenstreik „dämpfend“ dazwischenzutreten. Kautsky fühlt sich wieder berufen, die Partei vor schweren Gefahren zu retten. Er warnt vor „Abenteuern“, „Handstreich“ und „Quertreibereien“, er wittert Syndikalismus, Putschismus, Blanquismus, „revolutionäre Gymnastik“, Moste und Hasselmänner,[36] er denunziert „unsere Russen“, die jeglicher Organisation feind seien und die eifrig daran arbeiteten, den Massen den Kampf um parlamentarische Rechte zu vereiteln. Schade nur, dass von diesem blühenden Phantasiebild dasselbe gilt, was von der Rolandschen Stute:

Wunderschön war diese Stute,

Leider aber war sie tot.

Sämtliche Gefahren, gegen die Kautsky zu Felde zieht, sind nichts als Windmühlen seiner eigenen Einbildungskraft.

Würde man Kautsky bitten, doch gefälligst Namen und Tatsachen zu nennen, nähere Angaben zu machen, von wem, wo und was für „Abenteuer“ und „Handstreich“ in der Partei geplant werden, dann würde er wohl in nicht geringe Verlegenheit geraten. Wenn es genügt, die Notwendigkeit einer entschlossenen offensiven Politik, einer taktischen Initiative, einer

energischen Wiederaufnahme des preußischen Wahlrechtskampfes zu betonen und im Zusammenhang damit das Problem des Massenstreiks zu erörtern, wenn dies genügt, um als Handstreichler, Abenteurer, Syndikalist und „Russe“ zu gelten, dann ist diese Kategorie von Bösewichtern allerdings erschreckend zahlreich in der Partei vertreten. Dann bestehen die Organisationen in Stuttgart, Essen, Solingen, im ganzen niederrheinischen Bezirk, in Berlin, im Herzogtum Gotha, in Sachsen, die Redaktionen der „Gleichheit“, der Braunschweiger, Elberfelder, Erfurter, Nordhäuser, Bochumer, Dortmunder Parteiblätter und vieler anderer aus lauter Abenteurern und Syndikalisten, dann wimmelt es in der deutschen Sozialdemokratie von „Russen“.

Aber Kautsky führt freilich mit Ingrimms sein Gefecht gegen eine ganz besondere Sorte von „Massenaktionären“. Diese Leute sündigen — nach seiner Darstellung — dadurch, dass sie leibhaftig „die russischen Methoden“ des Massenstreiks nach Deutschland verpflanzen wollen.

Glaubt man Kautsky, dann denken diese Leute Tag und Nacht an nichts anderes als an den Massenstreik, erblicken in ihm ein Allheilmittel und brennen vor Ungeduld, ihn in Deutschland zu entfesseln.

Kautsky berichtet von den „Massenaktionären“ erstens, dass sie „frischweg erklären, wie immer die ökonomischen und politischen Bedingungen sein mögen, die Massen seien stets bereit, auf die Straße zu gehen, stets bereit, zu streiken“, und wo das ausnahmsweise nicht der Fall, „sei die Schuld bei einzelnen Personen“ zu suchen.

Zweitens erzählt uns Kautsky von denselben „Massenaktionären“, dass sie „die spontane Erregung“ der deutschen Massen „möglichst bald verlangen und, da sie nicht kommen will, fordern sie kategorisch von der Partei, sie soll diese Spontaneität durch eine ‚kühne Initiative‘ künstlich schaffen, und zwar sofort“.

Drittens sehen diese Leute „in jeder starken Organisation ein hemmendes Moment der Aktion“, also sei die Konsequenz: „Zum Teufel mit der Organisation, wenn sie uns nur hemmt.“

Da Kautsky die angebliche „Richtung“, die er bekämpft, hauptsächlich mit Äußerungen aus meinen Artikeln zu belegen sucht, so wird es das einfachste sein, die Behauptungen Kautskys mit meinen authentischen Äußerungen zu konfrontieren. In drei Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ über „Das belgische Experiment“^[37] gab ich mir alle Mühe, nachzuweisen, dass sich Massenstreiks nicht künstlich von oben herab auf Kommando machen ließen, dass ein Massenstreik sich nur dann als wirksam erweisen könne, wenn eine entsprechende Situation, das heißt ökonomische und politische Bedingungen gegeben sind, wenn er elementar aus der Steigerung der revolutionären Energie der Massen wie ein Sturm hervorbricht:

„Hier heißt es: entweder — oder. Entweder führt man einen politischen Sturm der Massen herbei, richtiger — da ein solcher sich nicht künstlich herbeiführen lässt — entweder lässt man die erregten Massen im Sturm ausziehen, dann muss alles getan werden, was diesen Sturm unwiderstehlicher, gewaltiger, konzentrierter macht . . . oder man will keinen Massensturm — dann ist ein Massenstreik aber im voraus ein verlorenes Spiel.^[38]

Und weiter ausdrücklich:

„Der politische Massenstreik ist eben nicht an sich, abstrakt genommen, ein wundertätiges Mittel. Er ist wirksam nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation, als Äußerung einer hohen, konzentrierten revolutionären Energie der Massen und einer hohen Zuspitzung der Gegensätze. Losgeschält von dieser Energie, getrennt von dieser Situation, verwandelt in ein von langer Hand beschlossenes, pedantisch nach dem Taktstock ausgeführtes strategisches Manöver, muss der Massenstreik in neun Fällen gegen zehn versagen.“[39] (Leipziger Volkszeitung vom 19. Mai.)

In einem anderen Zusammenhang, bei der Erörterung des Massenstreiks als Kampfmittel um das preußische Wahlrecht, sage ich:

„Der Massenstreik ist an sich genauso wenig ein wundertätiges Mittel, um die Sozialdemokratie aus einer politischen Sackgasse zu retten oder eine haltlose Politik zum Siege zu führen, wie der Wahlkampf und jede andre Kampfform. Er ist eben an sich auch nur eine Kampfform. Es ist aber nicht die technische Form, die den Ausgang des Kampfes, den Sieg oder die Niederlage entscheidet, sondern der politische Inhalt, die angewandte Taktik im ganzen.“[40]

Und weiter:

„Wir leben in einer Phase, wo die wichtigsten politischen Fragen nur noch durch das eigene Eingreifen breiter Massen beeinflusst werden können . . . Aber umgekehrt garantiert die Anwendung des Massenstreiks durchaus noch nicht den Elan und die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Aktion im ganzen . . . Nicht der Massenstreik in irgendeinem bestimmten Fall an sich ist das Entscheidende, sondern die politische Offensive in der Gesamthaltung der Partei.“[41]

Und endlich besonders in bezug auf den preußischen Wahlrechtskampf:

„Jedennoch wäre es ein verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, die preußische Wahlrechtsfrage könnte durch irgendeinen etwa vom Parteitag oder in dessen Auftrag beschlossenen Massenstreik wie der Gordische Knoten durch einen Schwerthieb durchhauen werden . . . , nicht die ‚Vorbereitung‘ zu irgend,einem‘ Massenstreik liegt uns gegenwärtig ob, sondern die Vorbereitung unsrer Organisation zur Tauglichkeit für große politische Kämpfe, nicht die ‚Erziehung der Arbeiterklasse zum Massenstreik‘, sondern die Erziehung der Sozialdemokratie zur politischen Offensive.“[42]

So sieht die fanatische, putschistische, syndikalistische Propaganda des Massenstreiks aus, so die „kategorische Forderung“, die Partei soll einen spontanen Massenstreik „künstlich schaffen, und zwar sofort“.

Ebenso bringt es Kautsky fertig, meine Äußerungen über das Verhältnis von Organisierten und Unorganisierten bei großen Massenaktionen ungeniert auf den Kopf zu stellen. Was ich in der „Leipziger Volkszeitung“ nachzuweisen suchte, war genau derselbe Gedanke, den ich bereits vor sieben Jahren in meiner Broschüre über den Massenstreik[43] — damals unter Kautskys lebhaftem Beifall — ausgeführt hatte: dass die Sozialdemokratie mit großen politischen Massenaktionen weder darauf zu warten brauche noch auch könne, bis die gesamte Arbeiterklasse gewerkschaftlich und politisch organisiert wird, vielmehr dass auch die unorganisierten oder gegnerisch organisierten Massen uns Heerbann leisten werden, wenn die Partei es versteht, sich in entsprechender Situation an die Spitze einer Massenaktion zu stellen.

„Die Sozialdemokratie“, schrieb ich, „hat allerdings dank der theoretischen Einsicht in die sozialen Bedingungen ihres Kampfes in einem nie gekannten Maße Bewusstsein in den proletarischen Klassenkampf hineingetragen, ihm Zielklarheit und Tragkraft verliehen. Sie hat zum erstenmal eine dauernde Massenorganisation der Arbeiter geschaffen und dadurch dem Klassenkampf ein festes Rückgrat gegeben. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, sich nun einzubilden, dass seitdem auch alle geschichtliche Aktionsfähigkeit des Volkes auf die sozialdemokratische Organisation allein übergegangen, dass die unorganisierte Masse des Proletariats zum formlosen Brei, zum toten Ballast der Geschichte geworden ist. Ganz umgekehrt. Der lebendige Stoff der Weltgeschichte bleibt trotz einer Sozialdemokratie immer noch die Volksmasse, und nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“[44] (Leipziger Volkszeitung vom 27. Juni.)

Weil ich also die sozialdemokratische Organisation für das Rückgrat des Klassenkampfes erkläre, für das denkende Hirn der Masse, aus dem Bewusstsein und Zielklarheit der Bewegung ließen, so schließt Kautsky, ich erkläre jegliche Organisation für überflüssig, ja hemmend. Weil ich sage, zu jeder großen Klassenaktion gehören nicht nur Organisierte als Vorhut, sondern auch Unorganisierte als Nachhut, deduziert Kautsky, ich wolle nur mit Unorganisierten Aktionen machen. Weil ich wörtlich sage:

„In Belgien lassen die gewerkschaftlichen wie die politischen Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig, auf jeden Fall können sie sich mit den deutschen nicht entfernt messen. Und doch (also trotzdem!) kommt seit 20 Jahren ein imposanter Wahlrechtsstreik nach dem andern zustande“, [45] bringt Kautsky es fertig, mir wörtlich die umgekehrte Behauptung zuzuschreiben, dass in Belgien „die Massenaktionen gerade dadurch aufs kräftigste gedeihen, weil seine Organisationen so ziemlich alles zu wünschen übrig ließen“.

Man sieht, das Original meiner Auffassung gleicht in allen Stücken dem Kautskyschen Konterfei ungefähr so wie die marxistische Theorie und Taktik den üblichen revisionistischen Darstellungen. Wie sich unsere Revisionisten erst einen Popanz der „Verelendungstheorie“, der „reinen Negation“, der Verachtung der „praktischen Arbeit“ zurechtmachen, und an ihm mit Genuss den scharfen Stahl ihrer Kritik zu erproben, ebenso macht sich Kautsky entgegen den klarsten Worten und der ganzen Tendenz meiner Ausführungen aus freien Stücken ein Zerrbild zurecht, um an ihm seine Dämpfungskunst zu üben und das Vaterland zu retten.

Aber auch in diesem Falle hat der Kampf gegen eingebildete Gefahren die objektive Tendenz, dem aus der Situation geborenen Drang zur wirklichen Fortentwicklung der Parteitaktik in den Weg zu treten. Nichts beweist dies besser als die eigene Theorie Kautskys vom Massenstreik.

II

Kautsky unterscheidet vor allem „verschiedene Typen“ des Massenstreiks, und zwar — nach geographischen Gesichtspunkten. Wie er im Artikel zum dreißigsten Todestag von Marx im „Vorwärts“ die originelle Entdeckung gemacht hat, dass es einen deutschen, österreichischen, holländischen, russischen Marxismus gebe, so arbeitet er jetzt mit einem russischen, österreichischen, belgischen Massenstreik — zu dem Zwecke, allen diesen einen ganz neuen Typus des „deutschen Massenstreiks“ entgegenzustellen. Schade, dass diese professorale Schematisierung, die lebendige Zusammenhänge zerfasert, um sie sauber in Schubfächer

einer ganz abstrakten Klassifikation einzuordnen, die einfachsten allgemein bekannten Tatsachen ignoriert. Was soll man zum Beispiel für einen „belgischen“ Massenstreik halten, da in Belgien von 1891 bis 1893, 1902 und 1913 total verschiedene „Typen“ des Massenstreiks in Anwendung kamen, die zueinander sogar im bewussten Widerspruch stehen? Was soll man für den „italienischen“ Typus halten, da in Italien sowohl politische Demonstrationsstreiks, so gegen den tripolitanischen Krieg,[46] wie gewerkschaftlich-politische Kampfstreiks, so der berühmte Eisenbahnerstreik, wie rein gewerkschaftliche Massenstreiks der Landarbeiter wie endlich Sympathie- und Kampfstreiks in einem, wie der siegreiche Mailänder Generalstreik vom Juni dieses Jahres, ausgeführt worden sind?

Vollends unbegreiflich ist, was man unter der „russischen Methode“ verstehen soll, mit der Kautsky heute mit Vorliebe arbeitet. Wer einigermaßen die russische Arbeiterbewegung seit zehn Jahren verfolgt, weiß, dass es keine Art und keinen Typus des Massenstreiks gibt, der dort nicht mehrfach vorgekommen wäre. Politische und ökonomische Streiks, Massenstreiks und partielle Streiks, Demonstrationsstreiks und Kampfstreiks, Generalstreiks einzelner Branchen und Generalstreiks einzelner Städte, ruhige Lohnkämpfe und Straßenschlachten, planmäßig hervorgerufene und in voller Disziplin abgebrochene Massenstreiks und spontane Ausbrüche — alles das lief in Russland in der Revolutionsperiode durcheinander, nebeneinander, durchkreuzte sich, flutete ineinander über. Von irgendeiner besonderen Art des „russischen Massenstreiks“ kann nur reden, wer die Tatsachen entweder nicht kennt oder — sie ganz vergessen hat.

Vor wenigen Jahren gehörte Kautsky selbst noch zu denjenigen, die man von der rechten Seite als „Revolutionsromantiker“, als „Russenschwärmer“ denunzierte. Heute bekämpft er andere als „Russen“ und gebraucht die Bezeichnung „russische Methode“ als Inbegriff der Unorganisiertheit, der Primitivität, des Chaotischen und Wilden im Vorgehen. In seiner Darstellung erscheint der russische Arbeiter als der tiefststehende, „der bedürfnisloseste der europäischen Arbeiter“, der ohne Erwerb und Unterstützung länger aushalten könne „als irgendeine andere Arbeiterschaft des kapitalistischen Europas“. Ich muss wieder wie in unserer Auseinandersetzung 1910 Kautsky entgegenhalten, dass seine Schilderung der russischen Arbeiterschaft und der russischen Revolution ein Pasquill auf das dortige Proletariat ist. Bis jetzt war es nur den Anarchisten vorbehalten, zu glauben, dass der höchste revolutionäre Idealismus aus der tiefsten materiellen Degradation, aus der Verzweiflung und dem Gefühl, dass „man nichts zu verlieren habe“, emporblüht. Jetzt will Kautsky die ganze revolutionäre Aktion des russischen Proletariats als einen Verzweiflungsakt von Heloten hinstellen, die deshalb kämpften, weil sie „nichts zu verlieren hatten“. Er vergisst, dass man mit Kulis, die keine Bedürfnisse haben, die mit einer Brotrinde und mit dem Sonnenschein zufrieden sind, keine Kampagne für den Achtstundentag durchführen kann, wie wir sie 1905 in Petersburg erlebt haben, keinen Kampf um politische Rechte und um moderne Demokratie, dass man mit einem solchen Proletariat keine regelrechten Gewerkschaftskämpfe auszufechten und moderne Gewerkschaftsorganisationen auszubauen vermag, wie dies 1905 bis 1907 in ganz Russland getan wurde, dass man ein solches Proletariat nicht für die Ziele des internationalen Sozialismus, für Akte der höchsten Klassensolidarität, für Wunderwerke des proletarischen Idealismus begeistern kann, wie sie in Russland bis auf den heutigen Tag an der Tagesordnung sind. Andererseits konnte Kautsky schon aus einfachen Zeitungsmeldungen entnehmen, wie falsch seine Behauptung ist, in Russland sei es „seitdem bis heute mit den chronischen Massenstreiks still geworden“. Gerade die vorjährige Maifeier, die zum ersten Male in Russland, und zwar von einer halben Million, durch Arbeitsruhe gefeiert worden ist, die „chronischen“ Protestmassenstreiks von Hunderttausenden aus Anlass der Lena-Metzelei, aus Anlass der Verurteilung der Matrosen in Kronstadt, aus Anlass der Verfolgung der legalen sozialdemokratischen Blätter in Petersburg,[47] die unzähligen

wahrhaft „chronisch“ gewordenen ökonomischen Streiks in den letzten zwei Jahren beweisen, dass die proletarische Masse in Russland, die während der Schrecken der Konterrevolution 1908 bis 1911 an der Oberfläche gänzlich erstarrt erschien, in Wirklichkeit in ihrem Kampfmuth und ihrem Idealismus nicht gebrochen worden ist, dass ihre revolutionäre Aktion eben nicht ein Verzweiflungsausbruch tiefstehender Heloten, sondern eine Äußerung revolutionären Klassenbewusstseins und zäher Kampfenergie gewesen ist.

Gegenüber jener Auffassung, die das russische Proletariat als das tiefststehende und seine Kampfmethoden als Produkt der Rückständigkeit über die Achsel betrachtet, halte ich es also immer noch mit dem früheren Kautsky, der in seiner „Sozialen Revolution“, 2. Auflage, 1907, schrieb:

„Gegen diese ‚Revolutionsromantik‘ gibt es nur noch einen Einwand, der freilich um so häufiger vorgebracht wird, nämlich den, dass die Verhältnisse in Russland nichts für uns in Westeuropa bewiesen, da sie von diesen grundverschieden seien.

Die Verschiedenheit der Verhältnisse ist mir natürlich nicht unbekannt, wenn man sie auch nicht übertreiben darf. Die jüngste Broschüre unserer Genossin Luxemburg[48] beweist klar, dass die russische Arbeiterklasse nicht so tief steht und so wenig erreicht hat, als man gewöhnlich annimmt. Wie die englischen Arbeiter es sich abgewöhnen müssen, auf das deutsche Proletariat als ein rückständiges Geschlecht herabzusehen, so müssen wir in Deutschland uns das gleiche gegenüber dem russischen abgewöhnen.“ (S. 59.) Und noch weiter (S. 63): „Die englischen Arbeiter stehen als politischer Faktor heute noch tiefer als die Arbeiter des ökonomisch rückständigsten, politisch unfreiesten europäischen Staates: Russland. Es ist ihr lebendiges revolutionäres Bewusstsein, was diesen ihre große praktische Kraft gibt; es war der Verzicht auf die Revolution, die Beschränkung auf die Interessen des Augenblicks, die sogenannte Realpolitik, was jene zu einer Null in der wirklichen Politik machte.“

Doch dies nebenbei. Was weiß uns Kautsky im Gegensatz zur „russischen Methode“ über die „deutsche Methode“ des Massenstreiks zu sagen? Hier lehnt er vor allem mit Entrüstung jeden Hinweis auf die ausschlaggebende Mitwirkung der Nichtorganisierten ab. Wer bildet denn diese unorganisierte Masse? ruft er. Sie setzt sich zusammen aus kraftlosen, gedrückten, isolierten, verkommenen Elementen, aus unwissenden, gedankenlosen, in Vorurteilen befangenen oder gesinnungslosen Subjekten. Und solche Elemente sollen die energischste Streitmacht für unsere Kämpfe abgeben? Auf diese Frage der Theorie, die mit der Stange im Nebel herumfährt, antwortet die Praxis des politischen wie des gewerkschaftlichen Kampfes mit einfachen Tatsachen. Jeder größere gewerkschaftliche Kampf ist seit jeher auf die Unterstützung der Unorganisierten angewiesen, und nur aus großen Kämpfen, an denen Unorganisierte mitwirkten, ist seit jeher der Hauptzuwachs der Organisation hervorgegangen. Ohne die Mitwirkung unorganisierter Massen wären die wichtigsten Kämpfe der Gewerkschaften und ohne diese Kämpfe ihr Wachstum als Organisation einfach undenkbar. Dafür nur ein Beispiel. Im Frühjahr 1910 ist in Hagen in Westfalen jene erste Kraftprobe des Metallarbeiterverbandes mit den Metallindustriellen ausgefochten worden, deren ausgezeichnete Verlauf von großer Bedeutung war, da er dem Industriellenverband als Vorpostengefecht die Lust zu der geplanten Generalaussperrung in hohem Maße benommen hatte. An der Aussperrung waren zirka 20000 Arbeiter beteiligt, darunter 2790 Organisierte und 17000 Unorganisierte. Und diese Masse hielt unter der Leitung der Organisation während 17 Wochen tadellos im Kampfe aus. Als Schlussresultat ergab sich nach der Aussperrung eine Verdoppelung der Mitgliederzahl des Metallarbeiterverbandes in Hagen.

Ein anderes Beispiel politischer Natur. Am letzten Massenstreik in Belgien waren nach den Angaben des „Vorwärts“ 400.000 bis 450.000 Arbeiter beteiligt. Die Zahl der Parteimitglieder in Belgien beträgt nach dem offiziellen Bericht an den letzten Internationalen Kongress in Kopenhagen[49] 184 000; die Zahl der an die Gewerkschaftskommission der Partei angeschlossenen sowie der unabhängigen Gewerkschaften — nach demselben Bericht — 72.000, die Zahl aller auf dem Boden des Klassenkampfes gewerkschaftlich Organisierten 126.000, endlich die Zahl der Genossenschaftsmitglieder 141.000. Wohlgemerkt handelt es sich in den drei Kategorien in den allermeisten Fällen um dieselben Personen. Daraus ergibt sich schwarz auf weiß, dass zirka drei Fünftel der Masse im letzten Wahlrechtskampf in Belgien von Unorganisierten gestellt worden sind.

Die Kraftlosen, Gedankenlosen und Verkommenen scheinen entgegen der Kautskyschen Theorie eine ganz tüchtige und unentbehrliche Hilfe bei ökonomischen wie bei politischen Entscheidungsschlachten zu sein. Ja, wo wären wir mit unserer parlamentarischen Aktion, wenn wir bloß auf die Organisierten angewiesen wären Bei einer Million politisch, bei zweieinhalb Millionen gewerkschaftlich Organisierten, wovon noch ein gut Teil Frauen und junge Leute unter 25 Jahren, haben wir viereinviertel Millionen Wähler. Sind das auch alles „die Schwachen, die Feigen, die Unentschlossenen“, die über die Hälfte unserer Wählermasse bilden? Die Kautskysche Theorie des starren Gegensatzes zwischen der organisierten Vorhut und der übrigen Masse des Proletariats ist ebenso undialektisch, ebenso falsch und unzureichend für die gewöhnliche gewerkschaftliche und parlamentarische Klassenaktion wie für besondere Momente großer Massenschlachten. Mit der Behandlung der Unorganisierten als des feigen Janhagels verschüttet man sich das Verständnis sowohl für die lebendigen historischen Bedingungen der proletarischen Aktion wie für die der Organisation und ihres Wachstums.

Kautsky beruft sich freilich auf den Bergarbeiterstreik.[50] Dieser habe deutlich gezeigt, dass wir uns auf keine andere Macht verlassen dürfen als auf unsere eigenen Organisationen. Nun, es wäre noch zu untersuchen, Inwiefern zu dem Misslingen des Bergarbeiterstreiks nicht gerade die zaghafte, bremsende Leitung beigetragen hat, die seit Jahren jede große Auseinandersetzung zu lokalisieren und hinauszuschieben, ihr jeden politischen Charakter zu nehmen sucht, auf diese Weise aber den Massen nur den Elan und die Sicherheit nimmt. Ich halte es auch da mit dem früheren Kautsky, der 1905 über „Die Lehren des Bergarbeiterstreiks“ im Ruhrrevier schrieb:

„Nur auf diesem Wege lassen sich erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiterschaft erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muss von vornherein als politischer auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen ... Diese neue gewerkschaftliche Taktik — die des politischen Streiks —, der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der anderen erhöhte Aggressivkraft zu geben.“

Schließlich muss Kautsky selbst, wenn er die Bedingungen des Massenstreiks auch in Deutschland näher angeben soll, zum folgenden Resultat kommen:

Im allgemeinen kann man von ihm sagen, die Vorbedingung seines Gelingens ist eine Situation, die die Arbeiterklasse so sehr erregt, dass alle ihre Schichten einmütig nach den schärfsten Mitteln der Aktion verlangen: die Parteigenossen nicht nur, sondern auch die freien

Gewerkschaften, ja die Masse in den gegnerischen Organisationen und die unorganisierten Massen selbst.

Hört! Hört! Also die Vorbedingung eines siegreichen Massenstreiks stellt sich auch in Deutschland letzten Endes als ein einmütiges Zusammenwirken sowohl der Organisierten wie der „Schwachen, Feigen, Unentschlossenen, also der Nichtorganisierten“ heraus, als das Resultat einer Erregung, die beide Schichten gleichmäßig ergreift. Oder, wie ich in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb: „Nur wenn ein lebhafter Blutkreislauf zwischen dem Organisationskern und der Volksmasse besteht, wenn derselbe Pulsschlag beide belebt, dann kann auch die Sozialdemokratie zu großen historischen Aktionen sich tauglich erweisen.“[51]

Wenn dem aber so ist, ergibt sich dann nicht für den organisierten, klassenbewussten Teil des Proletariats die klare Pflicht, nicht bloß auf jene „Erregung“ passiv zu warten, sondern sich auch die leitende Rolle der Vorhut zu sichern? Ergibt sich da nicht für die Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe, sich durch ihre ganze Haltung jetzt schon den größten Einfluss auf die unorganisierte Masse zu verschaffen, durch die Kühnheit ihres Vorgehens, durch entschlossene Offensive das Vertrauen der weitesten Volkskreise zu gewinnen, den eigenen Organisationsapparat für die Anforderungen großer Massenaktionen anzupassen.

Ja, Kautsky, der den Massenstreik in Deutschland nur als einen einmaligen „äußersten Kampf“, als eine Art Jüngstes Gericht schildert, versichert uns gleichwohl wiederholt, dass bei den jetzigen gespannten Verhältnissen über Nacht eine Situation eintreten kann, die uns zwingt, zu unseren schärfsten Waffen zu greifen. Man bedenke: Wir können von heute auf morgen, „über Nacht“ zum Massenstreik, das heißt nach Kautskys Schema zur Generalschlacht auf Tod und Leben mit dem herrschenden System, gelangen. Und angesichts solcher Möglichkeiten soll die Partei nicht durch offensive Taktik jetzt schon ihre Waffen schärfen, durch die Vorbereitung der Massen auf ihre großen Aufgaben den kommenden Ereignissen zielbewusst begegnen? Die Verhältnisse seien derart, dass „über Nacht“ eine Katastrophe eintreten kann. Wir leben nach Kautsky gewissermaßen auf dem Vulkan. Und in einer solchen Situation sieht Kautsky für sich nur die eine Aufgabe: diejenigen als „Putschisten“ zu denunzieren, die der Kampftaktik der Sozialdemokratie mehr Wucht und Schärfe verleihen, die sie aus dem Schlendrian herausreißen wollen! Kautsky gebraucht bei seinen taktischen Plänen gern kriegerische Worte. Man hört bei ihm viel von Schlachten, Feldzügen und Feldherren. Nun, ein Feldherr, der „über Nacht“ eine Generalschlacht erwartete und, statt für die äußerste Ausrüstung seines Lagers zu sorgen, etwa die Order ausgeben würde, ruhig weiter die Knöpfe blank zu putzen, verdiente eine Verewigung freilich nicht in der Kriegsgeschichte, sondern im „Wahren Jacob“.[52]

III

Nicht durch bewusste Anpassung der Organisation und der Taktik an die Massenkämpfe, die eine kommende Situation erfordern wird, gelangen wir zu dem „deutschen Massenstreik“. Dazu führt nach Kautsky der folgende verschlungene Weg. Ein Massenstreik um das preußische Wahlrecht ist erst dann möglich, wenn die Massen in Preußen den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts richtig begriffen haben und das Wahlrecht als Lebensfrage für sich betrachten. Dies werden sie erst lernen, wenn sie einen Anschauungsunterricht haben, der ihnen den Nutzen des allgemeinen Wahlrechts vordemonstriert. „Dieser Anschauungsunterricht fehlt, solange das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Reichstag nicht eine Volksvertretung liefert, die für das Proletariat an ‚positiver Arbeit‘ weitaus mehr leistet als das Dreiklassenhaus.“ Das war bisher noch nicht der Fall. Der Reichstag hat beinahe so wenig Positives geleistet wie der preußische Landtag. „Aber das kann sich ändern.“ Wenn wir

noch mehr Sozialdemokraten hineinkriegen, können wir vielleicht im Reichstag dahin gelangen, „dass wir ihn zu Sozialreformen drängen. Gelänge es, die Praxis im Reichstag so zu gestalten, dass sie den Massen zeigte, das Reichstagswahlrecht besitze für sie großen praktischen Wert [Hervorhebung — R. L.], dann würden sie auch die Wichtigkeit seiner Erringung für den preußischen Landtag begreifen.“

Mit dieser Klappe hätten wir aber sogar zwei Fliegen erschlagen: Die „positiven Errungenschaften“ im Reichstag würden nicht bloß den Massen die nötige Begeisterung zum Kampfe um das preußische Wahlrecht einflößen. Sie würden zugleich die Reaktion zu einem Staatsstreich, zur Kassierung des Reichstagswahlrechts treiben. Und da hätten wir auf einmal Gelegenheit zu zwei „deutschen“ Massenstreiks: einem zur Verteidigung des Reichstagswahlrechtes und einem zur Erringung des preußischen Wahlrechtes.

„Das“, sagt Kautsky, „erscheint mir zur Zeit als der aussichtsreichste Weg, den Massenstreik für den preußischen Wahlrechtskampf vorzubereiten: Nur durch das Wachstum der Bedeutung des Reichstags im Bewusstsein der Volksmassen [Hervorhebung — R. L.] gewinnen sie die Erkenntnis von der Bedeutung des Reichstagswahlrechtes. Der entgegengesetzte Weg der Massenaktionsschwärmer, die Leistungsfähigkeit des Reichstags und damit des Reichstagswahlrechtes als recht gering hinzustellen, ist der verkehrteste Weg dazu.“

Man weiß nicht, was man zuerst bewundern soll an diesem verwünscht gescheiterten taktischen Feldzugsplan, dem an der Stirn geschrieben steht, dass er in der stillen Denkerstube am Schreibtisch ausgeklügelt worden ist. Wir sollen „dazu gelangen“, den Reichstag zu Sozialreformen, zu großartigen Leistungen, zu „positiver Arbeit“ zu bringen! Es ist jetzt nachgerade Gemeingut auch des bescheidensten Agitators der Sozialdemokratie geworden, dass der Reichstag je weiter, je mehr mit Unfruchtbarkeit geschlagen ist, dass er für die Arbeiterklasse immer mehr nur noch Steine statt Brot übrig hat, dass unsere Sozialreform sich je länger, je mehr aus einem Arbeiterschutz in Arbeitertrutz verwandelt — und da sollen wir erst in Zukunft dazu gelangen, von diesem Distelstrauch der bürgerlichen Reaktion die schönsten sozialreformerischen Feigen zu pflücken! Und zwar wodurch? Lediglich dadurch, dass wir noch mehr Abgeordnete in den Reichstag hineinwählen! Noch zehn, noch zwanzig Sozialdemokraten im Reichstag, und auf dem steinigen Boden der Reaktion beginnt allmählich das goldene Kornfeld „positiver Arbeit“ zu wogen! Dass die sozialreformerische Unfruchtbarkeit des deutschen Reichstags, wie übrigens der meisten kapitalistischen Parlamente heute, kein Zufall ist dass sie nur ein natürliches Produkt der zunehmenden Verschärfung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, dass im Zeitalter zunehmender Kartellierung der Industrie, der scharfmacherischen Arbeitgeberverbände, der Massenaussperrungen und des Zuchthauskurses unmöglich im Parlament ein neuer sozialreformerischer Frühling erblühen kann, dass jegliche „positive Arbeit“ im Parlament mit jedem Jahre aussichtsloser wird in dem Maße, wie der eherne Tritt des Imperialismus alle bürgerliche Opposition niederstampft, dem Parlament jede Selbsttätigkeit, Initiative und Unabhängigkeit nimmt, es zur verächtlichen Jasagemaschine für Militärbewilligungen degradiert — all das verschwindet plötzlich vor dem verklärten Blick Kautskys. Die geschichtliche Erfahrung von fünfzig Jahren parlamentarischer Arbeit, die ganze Summe komplizierter ökonomischer und politischer Faktoren der jüngsten internationalen Entwicklungsphase des Kapitalismus, die zunehmende Verschärfung der Gegensätze auf allen Gebieten — alles das wird offenbar bloß zur boshaften Erfindung von „Massenaktionsschwärmern“ die die Verkehrtheit begehen, vom Niedergang des Parlamentarismus zu reden und den Reichstag despektierlich zu behandeln. Nun, dieser

„Verkehrtheit“ haben sich schon andere Leute schuldig gemacht. Bebel sagte in Dresden 1903:

„Ich kann Ihnen nur sagen, wir können nicht mehr Initiativanträge bringen; und wenn wir nach dem Vorschlag... eine soziale Kommission einsetzen, die sich mit den Arbeiterschutzgesetzen zu beschäftigen und alle Anträge zu berücksichtigen hätte, bilden Sie sich wirklich ein, es sei dann etwas zu machen? ... Es ist nicht allein die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit, alle diese Dinge endgültig zu erledigen neben dem anderen Beratungsstoff ... — nein, das Entscheidende ist, dass die ganze Gesetzgebungsmacherei im Deutschen Reich und auch in den anderen Parlamenten der Welt eine so erbärmliche, so ungenügende und mangelhafte ist, dass, wenn heute ein Gesetz fertig ist, morgen bereits alle Welt sieht, dass es abermals wieder geändert werden muss ... Woher kommt das? Weil die Klassengegensätze immer schärfer geworden sind, so dass man schließlich nur halbe Gesetze macht, weil man keine ganzen mehr machen kann ... Ich habe mich oft gefragt: Ist denn bei diesem Zustand der Dinge die parlamentarische Tätigkeit die Mühe an Arbeit, Zeit, Geld wert? Wir leisten vielfach Treitmühlenarbeit im Reichstag. Ich habe mich das manchmal gefragt, aber selbstverständlich, ich bin viel zu kampflustig, als dass ich dem lange nachgegangen hätte. Ich sagte mir: Das hilft nun alles nichts, das muss durchgefressen und durchgehauen werden! Man tut, was man kann, aber man täusche sich nicht über die Situation! Das will ich Ihnen nur ausführen, damit Sie nicht glauben, weil wir jetzt 81 Mann, müssten wir parlamentarische Bäume ausreißen.“ (Protokoll des Dresdener Parteitags, S. 307.) [Hervorhebungen — R. L.]

So sprach von der parlamentarischen Tätigkeit ein Mann, der auf ihrem Gebiet ein Menschenalter gearbeitet, der die sozialdemokratische Parlamentstaktik geschaffen hat. Und jetzt verspricht uns Kautsky, dass, wenn wir nur noch mehr Abgeordnete hineinwählen, sie parlamentarische Bäume ausreißen werden! Bebel rief in Dresden über die Aussichten des Parlamentarismus: „Also keine Illusionen, auf keinem Gebiete! Das schadet Ihnen nicht an Leib und Seele; im Gegenteil, das kann Ihnen nur nützen.“ [Hervorhebungen — R. L.] Heute sucht Kautsky die gefährlichsten Illusionen in bezug auf den Parlamentarismus zu wecken.

Sein schlauer taktischer Plan hat aber noch eine interessante Seite. Wir sollen erst durch „positive Errungenschaften“ im Reichstag das Interesse der Massen für das preußische Wahlrecht wecken. Nur dieser „Anschauungsunterricht“ vermag entschlossene Kämpfer für das preußische Wahlrecht zu schaffen. Also ohne „positive Errungenschaften“ versteht die Masse den Wert der parlamentarischen Tätigkeit nicht? Nun, wie sind wir denn zu unseren 4½ Millionen Stimmen zum Reichstag gekommen? Wie sind wir seit 40 Jahren von Wahlsieg zu Wahlsieg vorgeschritten, ohne dass wir bis jetzt, wie Kautsky selbst zugibt, im Reichstag irgendwelche namhafte „positive Arbeit“ haben verrichten können? Haben wir vielleicht nach dem Kautskyschen Rezept die Massen durch den Köder „positiver Errungenschaften“ für den Gebrauch ihres Wahlrechtes zu gewinnen gesucht? Hören wir wieder, was Bebel darüber schon in Erfurt 1891 gegen Vollmar ausführte:

„Für uns aber handelt es sich darum, dass wir den Massen zeigen, wie ihnen die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtfertigtesten Forderungen verweigern. Diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Tätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Anträge stets gestellt ... Und unsere Tätigkeit in diesen Dingen hat in den weitesten Kreisen der Arbeiter, wie zahlreiche Zuschriften beweisen, die allergünstigste Beurteilung gefunden. Wir haben also stets den Standpunkt vertreten, es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies oder jenes erreichen; für uns ist die Hauptsache,

dass wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann.“ (Protokoll des Erfurter Parteitags, 5. 174.) [Hervorhebungen — R. L.]

Es war also nicht die „positive Arbeit“, sondern die aufklärende Agitation im Reichstag, was uns die wachsenden Scharen der Anhänger bei den Wahlen gewonnen hat. Die Opportunisten in der Partei waren es bis jetzt, die behaupteten, den Massen müsse man unbedingt mit „positiven Errungenschaften“ in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk „nicht verstehen“. Die Partei in ihrer Mehrheit hat es stets verschmäht, die Massen durch Verheißungen „positiver Errungenschaften“ zu ködern. Und doch haben wir Millionen Wähler gewonnen, und doch haben wir unter stürmischer Zustimmung der Massen schon 1905 erklärt, zur Verteidigung dieses Reichstagswahlrechtes, das fast noch keinen Deut an „positiven Errungenschaften“ eingebracht hat, müsse das Äußerste getan werden.[53]

Der ganze taktische Plan Kautskys bewegt sich also im falschen Geleise, er ist opportunistische Spekulation auf einen sozialreformerischen Altweibersommer des Reichstags und auf opportunistische Köderung der Massen durch „positive“ parlamentarische Arbeit.

Doch abgesehen davon, was bleibt denn Greifbares an taktischer Weisung für die Partei übrig, wenn man in diesem Plan das Wenn und Aber der Zukunftsmusik ausscheidet? Was sollen wir schließlich tun, um vorwärtszukommen? Reichstagswahlen, Mandatgewinn — das ist das Allheilmittel, das ist das A und O. Nichtsalsparlamentarismus — das ist alles, was Kautsky der Partei heute zu empfehlen weiß.

IV

Seit Jahren haben wir in unseren Reihen kein so allgemeines lebhaftes Bedürfnis verspürt, vorwärtszukommen, unserer Taktik eine größere Wucht und Schlagfertigkeit, unserem Organisationsapparat eine größere Beweglichkeit zu verleihen, wie jetzt. Die Kritik an den eigenen Mängeln im Parteileben und in den Kampfmethoden, wie stets die erste Vorbedingung jedes inneren Fortschritts in den Reihen der Sozialdemokratie, ist diesmal aus dem Schoße der Organisationen selbst herausgekommen, sie hat in den weitesten Kreisen der Partei ein kräftiges Echo gefunden. Und es sollte scheinen, dass zu einer solchen Selbstkritik Anlass genug vorhanden ist. Der preußische Wahlrechtskampf ist nach dem glänzenden Anlauf im Jahre 1910 in völlige Stagnation geraten. Die Aktion der Partei wie der Fraktion im Kampfe gegen die Militärvorlage war nach allgemeinem Empfinden nicht auf der Höhe; speziell die Taktik der Fraktion gegenüber der Deckungsvorlage[54] hat eine tiefe Beunruhigung in den Parteikreisen hervorgerufen. Der Stand der Organisation und der Abonnenten unserer Presse weist den minimalsten Fortschritt, den wir seit dem Bestehen der Partei zu verzeichnen haben, stellenweise sogar einen Rückgang auf. Geben alle diese Erscheinungen auch gar keinen Grund zu Bußtagspredigten über unsere hoffnungslose „Verbürgerlichung“, so sind sie für eine Kampfpartei, namentlich für eine Partei der Selbstkritik wie die unsere, Grund zur ernsten Prüfung der eigenen Kräfte und Kampfmethoden. Wie die Parteipresse und der Verlauf der Parteiversammlungen von allen Seiten dartun, empfinden die weitesten Kreise der Genossen das ernste Bedürfnis, sich mit all den auftauchenden Fragen, Zweifeln und Problemen auseinanderzusetzen.

Nur Kautsky, derselbe Kautsky, der bei mir „mangelnde Vertrautheit mit dem Fühlen und den Lebensbedingungen des Proletariats“ bemängelt, hat von diesem Drängen und von dieser Unruhe unserer Massen nicht das geringste verspürt. Er seinerseits findet an unserem Parteileben gar nichts auszusetzen. Ist auch die Fortsetzung der Wahlrechtsdemonstrationen,

die Kautsky selbst im Mai 1910 für notwendig erklärte, ausgeblieben und ist der Wahlrechtskampf seit drei Jahren eingeschlafen, Kautsky findet alles in Ordnung und erklärt, dass nur Most und Hasselmann sich nach etwas anderem sehnen könnten. Kritisiert man unser Verhalten bei der Militärvorlage als mangelhaft, dann fordert Kautsky, man solle ihm doch zeigen die Massenaktionen gegen solche Vorlagen in Frankreich, Italien, Österreich, ja er hat sogar den grimmigen Humor, vom heutigen Russland das Vorbild der Aktion gegen den Militarismus für die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Million Organisierter zu fordern.

Wenn die Parteigenossen draußen im Lande die flauere Stimmung der Massen im Kampfe gegen die Militärvorlage als eine bittere und, beschämende Enttäuschung empfinden, findet Kautsky diese Flauheit ganz begreiflich und ruft kühl bis ans Herz hinan: Weshalb sollten sich denn die Massen erregen? Handelte es sich doch nach ihm um nichts als um die Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf alle wehrhaften Männer, wonach die ungeheuerlichste aller Militärvorlagen beinahe so harmlos aussieht wie die Verleihung eines Ordens vierter Güte an einen fortschrittlichen Führer.

Während Kautsky noch im Jahre 1909 das Verhalten der Fraktion bei der Finanzvorlage^[55] scharf kritisierte, durchaus eine Obstruktion forderte, auf dem Leipziger Parteitag entschieden gegen die Abstimmung für direkte Steuern auftrat, weil sie mit indirekten verkoppelt waren, und erklärte: „Niemals dürfen wir dem heutigen System eine Steuer bewilligen zu Zwecken, die wir verwerfen“ (Leipziger Parteitagsprotokoll S. 349) [Hervorhebung — R. L.], findet er heute kein Wort gegen das Verhalten der Fraktionsmehrheit. Ja, er feiert es als einen herrlichen Sieg und den Beginn eines ganzen Frühlings „positiver Arbeit“ im Reichstag. Und selbst der Rückgang der Organisation und der Abonnenten vermag Kautsky nicht aus der beschaulichen Ruhe eines Philosophen herauszubringen:

„Kein Zweifel“, sagt er, „es ist im Parteileben augenblicklich ein gewisser Stillstand zu verzeichnen, der an manchem Orte sogar zu einem Rückgang der Abonnentenzahlen der Parteipresse und der Mitgliederzahlen der Parteiorganisationen geführt hat. Das ist sicher nicht erfreulich, aber noch lange keine bedenkliche Erscheinung.“ [Hervorhebung — R. L.]

Man denke: Derselbe Kautsky, der sich überhaupt nur auf Organisierte verlassen, nur mit ihnen alle Schlachten des Klassenkampfes schlagen will, der in der Organisation nicht bloß den bewussten Kern und die leitende Vorhut des Proletariats, sondern überhaupt das all und einzige des Klassenkampfes und der Geschichte sieht, derselbe Kautsky entwickelt plötzlich eine merkwürdige Gelassenheit, wenn man selbst einen Rückgang unserer Organisationen feststellt! Ja, er versteigt sich, um diesen Rückgang „unbedenklich“ erscheinen zu lassen, zu der höchst bedenklichen Theorie, dass man ja „an den Zielen unserer Bewegung dasselbe Interesse nehmen könne, ob man in der Organisation steht oder nicht“. Ein Glück, dass die „Neue Zeit“ keine allzu große Verbreitung in den Massen findet, sonst würden ja die Organisationsfaulen bei unserem Obertheoretiker die schönste Rechtfertigung ihres sträflichen Verhaltens finden. Wenn unsereiner zu behaupten wagt, dass die Unorganisierten in einzelnen stürmischen Momenten, in bestimmten historischen Situationen, beim Kampfe um große volkstümliche Ziele neben den Organisierten und unter ihrer Anführung mitmachen müssen, dann gerät Kautsky in die edelste Entrüstung ob solchem Blanquismus, Putschismus, Syndikalismus. Wenn es aber gilt, das Bestehende mit seinen Mängeln zu beschönigen und die Selbstkritik der Partei einzulullen, dann entdeckt Kautsky plötzlich, was keiner vor ihm wusste: dass man sogar an den Zielen unserer Bewegung „dasselbe Interesse“ nehmen könne, ob man organisiert sei oder nicht!

Das ist ein Offiziösentum, wie es reiner in unserer Partei und jedenfalls im Organ des geistigen und theoretischen Lebens der Sozialdemokratie nie vertreten worden ist. Und jedenfalls ist das ein Gebrauch der Theorie, der mit dem Geiste des Marxismus nichts gemein hat. In Marxens Geist ist die theoretische Erkenntnis nicht dazu da, um hinter der Aktion einherzugehen und für alles, was von den „obersten Behörden“ der Sozialdemokratie jeweilig getan oder gelassen wird, einen rechtfertigenden Beruhigungsschleim zu kochen, sondern umgekehrt, um der Aktion der Partei führend voranzugehen, um die Partei zur ständigen Selbstkritik anzustacheln, um Mängel und Schwächen der Bewegung aufzudecken, um neue Bahnen und weitere Horizonte zu zeigen, die in den Niederungen der Kleinarbeit unsichtbar sind.

Kautsky hingegen bekämpft den Gedanken an eine Offensive in unserer Taktik, er bekämpft die Forderung der Initiative, er bekämpft die Losung des Massenstreiks. Was er aber zu bieten weiß, sind nur die gefährlichsten Illusionen in bezug auf den Parlamentarismus. Im Frühjahr 1910, als die Partei mitten in den preußischen Wahlrechtsdemonstrationen die Frage der weiteren Kampfmittel erörterte, trat Kautsky dazwischen, um zu der Abrüstung im Wahlrechtskampf die Theorie zu liefern und im Sinne der leitenden Parteikreise die ganze Aufmerksamkeit und Energie auf die bevorstehenden Reichstagswahlen zu lenken. Reichstagswahlen! Das war Kautskys einzige taktische Losung. Auf die Reichstagswahlen sollten alle Hoffnungen konzentriert werden. Nach den Reichstagswahlen versprach Kautsky „eine ganz neue Situation“ und stellte einen „neuen Liberalismus“ in Aussicht. Freilich, auch dieser „neue Liberalismus“ war, wie alle politischen Horoskope Kautskys, in lauter Wenn und Abers gewickelt, und jede positive Behauptung wurde nachträglich durch einschränkende Bedingungen wieder aufgehoben. Doch der einzige begreifliche Zweck und der Kern seiner Ausführungen sowie des Schlagwortes vom neuen Liberalismus war doch nur der, Hoffnungen auf den „neuen Mittelstand“ zu wecken und den Schwerpunkt des politischen Kampfes ins Parlament zu verlegen.

„Die Gunst der heutigen Situation“, schrieb Kautsky am 25. Februar 1912 im „Vorwärts“, „liegt nicht darin, dass in den Liberalen plötzlich entschlossene Kämpfer für eine demokratische Revolution auf den Plan getreten sind, sondern darin, dass die Haltung der Liberalen uns gegenüber alle Pläne der Reaktionäre zuschanden macht. Unser Wahlsieg hat diese nicht überrascht, mit dem rechnete alle Welt. Aber sie erwarteten, dass unter dem Eindruck des proletarischen Wahlsiegs die Liberalen, von panischem Schrecken ergriffen, in hellen Haufen ins reaktionäre Lager abschwanken, das Wort von der reaktionären Masse zur Wahrheit machen würden.

Und das wäre sicher auch geschehen ohne den neuen Mittelstand. So ist aber nicht bloß die starke Sozialdemokratie gekommen, sondern neben ihr auch ein Liberalismus, der zum Kampfe gegen die Rechte bereit ist — ihnen gegenüber diese in der Minderheit.““ [Hervorhebungen — R. L.]

Und gegen Schluss:

„Die Machtverhältnisse der verschiedenen Parteien und Klassen, wie sie der jüngste Wahlkampf nicht geschaffen, wohl aber enthüllt hat, sie haben eine politische Situation hervorgerufen, die ihres gleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht findet. Man braucht nicht parlamentarischen Kretinismus verfallen zu sein, noch die Macht des Reichstages und die Kraft des Liberalismus zu überschätzen, um zu der Anschauung zu kommen, dass der Schwerpunkt unserer politischen Entwicklung wieder einmal im Reichstag ruht und die parlamentarischen Kämpfe uns in der gegebenen Situation ein erhebliches Stück

vorwärts bringen können — natürlich nicht durch sich selbst allein, sondern durch ihre Rückwirkung auf die Massen, die die feste Grundlage unserer Kraft bleiben, wie immer sich die parlamentarischen Konstellationen gestalten mögen.“ [Hervorhebungen — R. L.]

Die Reichstagswahlen sind längst vorüber, die „ganz neue Situation“ ist nicht eingetreten, vielmehr wird der alte reaktionäre Kurs ruhig fortgesetzt. Unsere Fraktion von 110 hat sich gegen diese Reaktion, wie nicht anders zu erwarten war, im großen und ganzen ebenso machtlos erwiesen wie die frühere von 53. Der „neue Liberalismus“ hat sich trotz „neuen Mittelstandes“ als der älteste, greisenhafteste herausgestellt. Der preußische Wahlrechtskampf hat sich von der Erstarrung seit dem Frühjahr 1910 immer noch nicht erholt. Und die neue politische Situation, „die ihresgleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht findet“, kulminierte in einem Stillstand der Sozialreform und in der glatten Annahme einer Militärvorlage, die „ihresgleichen in der bisherigen Geschichte Deutschlands nicht finden“.

Was ist nun heute die Losung Kautskys? Wieder Reichstagswahlen und nichts als Reichstagswahlen! „Das Wachstum der Bedeutung des Reichstags im Bewusstsein der Volksmassen“ — das ist nach Kautsky auch heute noch der einzige Weg, wie wir vorwärtskommen! Wie seine Theorie auf eine offiziöse Beruhigung aller Skrupel und Rechtfertigung alles Bestehenden in der Partei hinausläuft, so seine Taktik auf das Bremsen der Bewegung auf dem alten ausgefahrenen Geleise des reinen Parlamentarismus, im übrigen auf die Hoffnung, dass die Geschichte schon die revolutionäre Entwicklung besorgen wird und dass, wenn die Zeit reif ist, die Massen über die bremsenden Führer hinwegstürmen werden. Oder, wie Kautskys Gesinnungsgenosse, der „Vorwärts“, so schön formuliert hat:

„Wenn die Massen in stürmischer Erregung sind, wenn sie vorwärtsdrängen, wenn sie um bremsende Führer sich nicht mehr kümmern, dann ist der Augenblick, nicht wo der Massenstreik diskutiert und dann proklamiert ist, sondern wo er da ist, geboren aus der zwingenden unwiderstehlichen Gewalt der Massenbewegung.“

Das ist eine Anweisung für unsere Führer, die an die Regierungsmaximen des seligen Kaisers Ferdinand vor der Märzrevolution erinnert:

„Mich und den Metternich hält's noch aus.“ Solange es „aushält“, sollen sich die Führer der Sozialdemokratie an die heilige Routine, an den Nurparlamentarismus halten und den neuen Aufgaben der Zeit mit Gewalt entgegenstemmen. Erst wenn alles Bremsen nichts hilft, soll der Beweis erbracht sein, dass „die Zeit erfüllet sei“.

Sicher werden bremsende Führer schließlich von den stürmenden Massen auf die Seite geschoben werden. Allein, dieses erfreuliche Ergebnis als ein sicheres Symptom der „reifen Zeit“ ruhig erst abzuwarten mag für einen einsamen Philosophen angemessen sein. Für die politische Leitung einer revolutionären Partei wäre es Armutszeugnis, moralischer Bankrott. Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewusst vorauszugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewusste Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.

Nichts ist auch rascher und gründlicher von der wirklichen Entwicklung begraben worden als die taktischen Weisungen Kautskys in den letzten drei Jahren: wie seine „Ermattungsstrategie“, die auf den Nurparlamentarismus hinausläuft und von der jetzt die Mehrheit der Partei nichts wissen will, wie seine „Abrüstung“, die im Orkus verschwunden ist, wie sein „neuer Liberalismus“, wie seine „ganz neue Situation“ nach den Reichstagswahlen,

wie die unter seinem theoretischen Segen ausgeführte Dämpfungstaktik bei den Wahlen. So wird es auch in Zukunft gehen. Eine Theorie, die nicht dem Vorwärtstreben der Massen, sondern dem Bremsen dient, kann selbst nur erleben, dass sie von der Praxis überrannt, achtlos auf die Seite geschoben wird.

Nach dem Jenaer Parteitag

[geschrieben für die ‚Leipziger Volkszeitung‘, die Anfang Oktober 1913 den Abdruck verweigerte, erstmals veröffentlicht 1927 in der Zeitschrift ‚Die Internationale, 10. Jahrgang, Heft 5, S. 148-153]

Was die letzte Jenaer Tagung unserer Partei[56] von den früheren Parteitag kennzeichnet, ist, dass im Mittelpunkt ihrer Meinungskämpfe nicht mehr theoretischer oder praktischer Revisionismus standen, sondern zwei neue Probleme, aus neuen Situationen geboren. Solange wir die meiste Zeit und Kraft eines Parteitages auf Auseinandersetzungen mit Bernsteinschen „Missverständnissen“ über Verelendungstheorie Katastrophentheorie und Fresslegende oder mit süddeutschen Budgetbewilligern und Teilnehmern an monarchistischen Kundgebungen vergeuden mussten — und dies war das Kennzeichen so ziemlich aller Parteitage seit 1898 bis 1910 —, da lief das Resultat schließlich nur auf die Verteidigung des alten Besitzstandes der Partei. Gewiss waren auch jene Auseinandersetzungen kein Zufall, vielmehr ein Symptom des mächtigen Wachstums der Bewegung in die Breite, wodurch ein Teil der Parteigenossen zu Zweifeln an den alten revolutionären Grundsätzen verleitet wurde. Gewiss waren auch jene Debatten von hohem Nutzen und noch mehr von unbedingter Notwendigkeit gewesen, wollte die Partei ihren proletarischen Klassenkampfcharakter nicht preisgeben.

Allein gerade die periodische Notwendigkeit, den alten Besitzstand an theoretischer Klarheit und prinzipieller Festigkeit immer wieder verteidigen zu müssen und so scheinbar auf demselben Fleck zu bleiben, wirkte schließlich niederdrückend und ermüdend auf weite Kreise der Partei. Zumal musste der theoretische Streit häufig der Masse unserer Genossen lediglich als leerer „Akademikerstreit“ als Haarspalterei erscheinen.

Anders auf dem diesjährigen Parteitag. Was an Streitfragen zur Debatte stand, waren zwei rein praktische Probleme, die jeden aufgeklärten Arbeiter, ob gewerkschaftlich oder politisch tätig, unmittelbar angehen und packen müssen, Probleme, die nicht in der Studierstube von einem irre gewordenen Theoretiker ausgeheckt oder durch irgendeinen Seitensprung unserer süddeutschen Parlamentarier zur Überraschung der Gesamtpartei plötzlich aufs Tapet gebracht worden waren. Es waren veränderte allgemeine Bedingungen unseres Kampfes, die uns in Jena die Debatte über den Massenstreik wie diejenige über die Steuerfrage aufgenötigt haben.

In der Frage des Massenstreiks nahm der diesjährige Parteitag freilich nur einen Gegenstand auf, der bereits 1905 und 1906 zur Debatte und zur Entscheidung gestanden hatte. Scheinbar war das Problem durch die prinzipielle Anerkennung des Massenstreiks bereits gelöst, und da praktisch niemand eine sofortige Proklamierung des Massenstreiks in Deutschland ins Auge fasste, so mochte die Erörterung zwecklos erscheinen. So ist die Sache auch von den Vertretern des Parteivorstandes und seinen Theoretikern hingestellt worden. Ein zweckloser Streit um Worte, und sogar ein schädlicher Streit, der unsere gegenwärtige Ohnmacht dem Feinde verrät — so wurde die Debatte über den Massenstreik von den Wortführern der Mehrheit auf dem Parteitag gekennzeichnet. Und doch beweist nichts besser als diese Auffassung selbst, wie sehr der Jenaer Beschluss in Sachen des Massenstreiks 1905[57] für

unsere praktischen wie theoretischen „Instanzen“ ein toter Buchstabe geblieben ist, wie sehr eine neue Debatte notwendig war und notwendig bleibt, um diesen Buchstaben des Gesetzes allmählich in den lebendigen Blutkreislauf der Partei zu überführen.

Der Jenaer Beschluss vom Jahre 1905 war unter dem unmittelbaren Einfluss der russischen Revolution und ihres siegreichen Vordringens gefasst worden. Er fiel in eine Periode großer Kämpfe, revolutionärer Stimmungen und eines allgemeinen Vorrückens der proletarischen Armee in Europa. Im Januar desselben Jahres wurde die deutsche Öffentlichkeit schon durch den Riesenkampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier aufs tiefste aufgewühlt. In Österreich schlug der Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht, gleichfalls unter dem Einfluss der russischen Revolution, die höchsten Wellen. Revolutionäre Entschlossenheit und Glaube an die eigene Macht der Arbeiterklasse, die als lebendige Stimmung damals die Arbeiterbewegung durchdrangen, standen Pate bei dem Jenaer Massenstreikbeschluss. Man braucht nur die große Rede Bebels auf dem Parteitag nachzulesen, um jetzt noch die stark vibrierende Note der revolutionären Entschlossenheit, der größten revolutionären Tradition zu spüren, die die Erörterungen und die Resolution durchdrangen. „Da ist Russland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen?“ Dies war der Feuerschein höchsten Idealismus, in dem die erste Resolution über den Massenstreik gefasst wurde.

Doch wäre es verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, jene Stimmung wäre auch später und auch nur damals schon von allen Kreisen der Arbeiterbewegung geteilt worden. Vergessen wir nicht, dass wenige Monate vor dem Jenaer Parteitag, im Mai desselben Jahres 1905, der Gewerkschaftskongress zu Köln einen direkt entgegengesetzten Beschluss in Sachen des Massenstreiks gefasst hatte; dort wurde er als unbrauchbare, ja schädliche Waffe verworfen und nicht bloß seine Propagierung, sondern schon seine Erörterung als gefährliches Spielen mit dem Feuer verboten! Sicher war dies Verbot nicht der breiten Masse der Gewerkschaftsgenossen aus dem Herzen gesprochen — sind sie doch mit der Masse der Parteigenossen identisch, die bald darauf dem Jenaer Beschluss und den Worten Bebels im ganzen Lande zujubelte. Aber der Kölner Gewerkschaftskongress hatte deutlich gezeigt, wo die schweren Gegensätze für die Idee des Massenstreiks zu suchen sind: in dem bürokratischen Konservatismus der führenden Gewerkschaftskreise. Der Jenaer Parteibeschluss ist damals ausdrücklich gegen die Gewerkschaftsführer angenommen worden, die Rede Bebels war zum größten Teil eine ausgesprochene Polemik gegen die Argumentation des Kölner Gewerkschaftskongresses. Aber die dem Massenstreik feindliche Stellung der Gewerkschaftsführer war damit nicht verschwunden. Sie wagte sich angesichts der entschlossenen Stellung der Partei und der revolutionären Stimmung im Lande nicht an die Oberfläche. Dass sie aber als stille passive Resistenz nach wie vor geblieben ist, das hat mit aller wünschenswerten Klarheit das Korreferat des offiziellen Vertreters der Generalkommission, des Genossen Bauer, auf dem diesjährigen Parteitag gezeigt, das hat auch die Andeutung des Genossen Scheidemann gezeigt, aus der Vorstandsresolution über den Massenstreik sei der „Wille zur Tat“ ausgemerzt worden — offenbar durch die andere mitwirkende Instanz, dieselbe Generalkommission der Gewerkschaften. Dasselbe beweisen fortlaufend Äußerungen von Gewerkschaftsführern in den Parteiversammlungen, die sich mit der Berichterstattung vom Jenaer Parteitag befassen. Das typische Beispiel lieferte wohl die Mitgliederversammlung in Bochum, in der Leimpeters und andere Glückliche ihre Weisheit auf die alte Formel: Generalstreik gleich Generalunsinn reduziert und damit alles Nötige zum Problem geliefert zu haben glaubten.

Mit der prinzipiellen Anerkennung des Massenstreiks im Jahre 1905 war also so wenig die Frage aus der Welt geschafft worden, dass wir vielmehr heute vor demselben prinzipiellen Widerstand stehen wie vor acht Jahren. Und niemand hätte dies mehr empfinden sollen als unser Parteivorstand, der sich ja bei der gemeinsamen Herstellung der missglückten Resolution mit den Gewerkschaftsführern aus nächster Nähe überzeugen musste, wie sehr der Jenaer Beschluss für sie ein toter Buchstabe geblieben ist.

Doch auch in Parteikreisen war der Elan des Jahres 1905 in den nachfolgenden Jahren merklich verfliegen. Die Niederlage der russischen Revolution hatte allenthalben für den oberflächlich Blickenden, der nur die sichtbaren Erfolge schätzt, eine tiefe Depression zur Folge. Die Niederlage der großen Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier wirkte gleichfalls entmutigend nach. Und dazu kam 1907 die erste Wahlniederlage seit Jahrzehnten, die unsere Partei erlitt. Alle diese Zustände zusammen brachten eine Ebbe in der allgemeinen Zuversicht und Kampf Stimmung, wie sie in dem lebendigen historischen Pulsschlag der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit unvermeidlich ist.

Erst seit 1910, unter dem Drängen des imperialistischen Kurses, erwacht wieder allmählich die Kampf lust und macht sich das Zurückgreifen auf schärfere Mittel bemerkbar. Die Auseinandersetzungen über das Ungenügende unserer Parteiaktion gegen die Vorstöße des Imperialismus gaben dem Parteitag 1911 sein besonderes Gepräge.

Und es war im Grunde genommen nicht bloß und nicht in erster Linie der Ausfall der preußischen Landtagswahlen,[58] sondern der Eindruck der ungeheuren Militärvorlage und das Gefühl der allgemeinen Verschärfung der Situation, was in den letzten Monaten die Frage des Massenstreiks mit elementarer Kraft auf die 'Tagesordnung des Parteilebens setzte.

Jetzt wirkten objektive Momente dahin, um dem vor acht Jahren prinzipiell angenommenen Beschluss wieder lebendige Kraft und zunehmende Bedeutung zu verleihen. Jetzt waren Bedingungen gegeben, um das, was vor acht Jahren von 400 Vertrauensmännern der Partei beschlossen war, zum Gedanken und Beschluss der Millionenmasse allmählich zu machen.

Der diesjährige Parteitag war berufen, diese Verschiebung der Situation, diese Verschärfung der Gegensätze im Zeichen des Imperialismus zu signalisieren und den Massen zuzurufen: Befasst euch mit den schärfsten Waffen, denn nur aus eurer inneren geistigen und politischen Reife können — wenn nötig — der Entschluss zur Tat und die Gewähr des Sieges geboren werden.

Aber hier zeigte sich eben der Wandel in unsern eigenen „Instanzen“. Statt wie Bebel und der Jenaer Parteitag 1905 ganz zielbewusst und unbekümmert um den Widerstand der Gewerkschaftsführer den Willen der Partei in wuchtiger Weise wieder zum Ausdruck zu bringen, erblickte der jetzige Parteivorstand seine Mission darin, sich dem Drucke der Gewerkschaftsinstanzen zu fügen, eine gemeinsame Resolution zustande zu bringen, der jeder Stachel der praktischen Entschlossenheit genommen war, und in der Debatte die ganze Front — nicht gegen die renitenten Gewerkschaftsführer, sondern gegen vorwärtsdrängende Parteigenossen zu richten. Genosse Scheidemann nahm in seinem Referat wie in seinem Schlusswort eine gerade entgegengesetzte Position ein als Bebel 1905. Während dieser gegen die Furcht vor der öffentlichen Erörterung des Massenstreiks und gegen die blutigen Schreckgespenster, die uns als Konsequenz des Massenstreiks vorgemalt wurden, mit schneidender Schärfe und mit bitterem Hohn vorging, bot Scheidemann seine ganze Beredsamkeit auf, um gegen die Erörterung des Massenstreiks zu politisieren und blutige Gespenster an die Wand zu malen!

Mit einem Wort: War das Vorgehen Bebels im Jahre 1905 ein Vorstoß der Partei, um die Gewerkschaften nach links zu drängen, so bestand die Strategie des Parteivorstandes in Jena 1913 darin, sich von den Gewerkschaftsinstanzen nach rechts drängen zu lassen und ihnen als Sturmbock gegen den linken Flügel der Partei zu dienen.

Wenn nun die Debatten des Parteitags erst dem Vertreter der Generalkommission die klipp und klare Absage an den Massenstreik entlockten, wenn sie infolgedessen den Parteivorstand zwangen, in der Schlussrede Scheidemanns endlich von diesem Standpunkt abzurücken und den Willen zur Tat wieder stärker zu betonen, so liegt in dieser Entschleierung der ganzen Situation vor den Blicken der Partei ein unschätzbarer Gewinn. Dass die Debatte über den Massenstreik trotz allem Widerstand auf dem Parteitag stattgefunden hat, dass sie dadurch wieder in alle Parteiversammlungen hineingetragen wird, dass die Massen sich mit der Frage beschäftigen, dass sie erfahren, was sie von ihren Führern hüben wie drüben zu erwarten haben, dass sie klar einzusehen Gelegenheit hatten, wie sehr es nötig ist, durch eigenen Druck Feuer dahinter zu machen wenn die Kampfweise der Partei vorwärtskommen soll — das sind alles unbestrittene Errungenschaften der Minderheit, die hier gerade von ihrem Standpunkt gesiegt hat, obwohl ihre Resolution‘ von der Mehrheit abgelehnt worden ist.

II

Ebenso wie die Massenstreikfrage ist die Steuerfrage durch die jüngste imperialistische Entwicklung für die Partei aktuell geworden. Denn was ist in der „neuen Ära“ der Besitzsteuer in Deutschland zum Ausdruck gekommen? Doch nichts anderes als die Tatsache, dass der deutsche Militarismus in seinem Vorwärtstürmen auch die krampfhaftesten Windungen der indirekten Steuerschraube überholt und die teilweise Heranziehung der Bourgeoisie zur Bestreitung seiner Kosten notwendig macht. Dadurch ist die in England längst verwirklichte Besteuerung des Besitzes als eine ganz neue Tatsache vor unsere Parlamentarier getreten und hat unter ihnen im ersten Moment eine ziemliche Verwirrung angerichtet. Dass der Parteitag diese Verwirrung seinerseits nicht beseitigt, vielmehr durch die Art der Behandlung der Frage wie durch die angenommene Resolution zum Gemeingut der Partei gemacht hatte, dürfte jetzt so ziemlich die Empfindung der meisten Genossen sein.

In der Tat ist kaum eine ernste theoretische und praktische Frage auf einem deutschen Parteitag in so überaus mangelhafter Weise behandelt worden wie die Steuerfrage. Seit vier Jahren steht die Frage auf der Tagesordnung. Es scheint, dass inzwischen Zeit genug vorhanden war, eine gründliche Behandlung der Materie vorzubereiten. Doch gerade hier versagte vor allem die dazu berufene wissenschaftliche Revue der Partei, die „Neue Zeit“, völlig. Statt einzuleiten, hat die „Neue Zeit“ nicht einmal Abhandlungen darüber aus der Feder der Redakteure selbst gebracht, die doch schon auf dem Leipziger Parteitag durch eine sehr prononcierte Stellungnahme — allerdings im entgegengesetzten Sinne als jetzt — in die Steuerdebatten eingegriffen hatten. Von dieser Seite im Stich gelassen, war die Partei zu ihrer Orientierung lediglich auf die Tagespresse angewiesen, mit all ihren Unzulänglichkeiten bei großen, komplizierten Problemen. In den Parteiversammlungen war die Steuerfrage so gut wie gar nicht diskutiert. Dazu kam, dass der eine der Referenten seine Leitsätze und seine Resolutionen knapp einen Monat vor dem Parteitag, der andere aber die seinigen gar nicht veröffentlicht hatte. So kam der Parteitag in die Lage, über eine neue, höchst wichtige, komplizierte Frage zu entscheiden und die Taktik der Partei für die nächste Zukunft festzulegen, ohne auch nur entfernt auf diese verantwortungsvolle Rolle sachlich vorbereitet zu sein. Und um das Verfahren der Situation zu vollenden, war alles auf dem Parteitag

danach angetan, um in diesem Meinungsstreit nur die eine Seite in ausgiebigstem Maße, die andere fast so gut wie gar nicht zu Worte kommen zu lassen.

Dass eine unter solchen beispiellosen Umständen getroffene Entscheidung alle Merkmale der „Vorläufigkeit“, der „Ramscharbeit“ an sich trägt, ergibt sich von selbst. Durch die Resolution Wurm ist die Steuerfrage für die Partei nicht entschieden, sondern erst angeschnitten. Und es gehört nunmehr eine ausgiebige und systematische Arbeit in der Presse dazu, um all das Schiefe und Krause im einzelnen zu beleuchten und zu entwirren, was von den Vertretern der Mehrheit, namentlich vom Genossen Wurm, auf dem Gebiete unserer Steuertaktik improvisiert worden ist, ohne dass auf dem Parteitag die Antwort gegeben werden konnte. Es gehört ferner jetzt eine systematische Behandlung der Steuerfrage in den Parteiversammlungen dazu, um die Masse der Genossen mit all den komplizierten ökonomischen und politischen Zusammenhängen des Problems vertraut zu machen, um ihnen all die fatalen und unabsehbaren Konsequenzen für unsere Taktik zum Bewusstsein zu bringen, zu denen die im „Ramsch“ angenommene Resolution Wurm führen muss.

Ist in der Massenstreikfrage durch die Annahme der Vorstandsresolution eine Konzession an den konservativen Widerstand der Gewerkschaftsführer gemacht worden, so durch die Annahme der Wurmschen Resolution und die Gutheißung der Taktik der Fraktionsmehrheit eine noch viel bedeutsamere Konzession an den parlamentarischen Opportunismus, an die Südekum, David und Noske. Die zum Prinzip erhobene Losung vom „geringeren Übel“ — in dem Sinne, dass die Preisgabe der grundsätzlichen Ablehnung des Militarismus das „geringere Übel“ sei —, die grundsätzliche Zulassung von Bewilligungen für Militärzwecke, „wenn die Militärvorlage bereits beschlossene Sache ist“, all das öffnet Tür und Tor derselben revisionistischen Taktik, der die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit bisher Jahr für Jahr eine schroffe Niederlage bereitete. Die pfiffig ausgeklügelte Wurmsche Formel aber, dass die Bewilligung der Mittel für den Militarismus erlaubt sei, sobald sich die „Verhütung“ einer Volksbelastung durch ungünstigere Steuern „nur noch als ihr Verwendungszweck“ darstellen lasse, bildet eine Generalvollmacht für alle Budgetbewilligungen, da sich selbstverständlich kein Budget denken lässt, das nicht als die „Verhütung“ eines noch ungünstigeren hingestellt werden könnte.

Es genügt, sich diese Konsequenzen vor Augen zu halten, um einzusehen, dass die baldmögliche Revision der Jenaer Gelegenheitsarbeit in Steuersachen von einem der nächsten Parteitage eine dringende Aufgabe ist, der nunmehr eine systematische Vorbereitung in der Presse wie in Versammlungen gewidmet werden muss.

Und doch wäre es unseres Erachtens ein Irrtum, aus den Entscheidungen über den Massenstreik und die Steuerfrage etwa den Schluss zu ziehen, der Jenaer Parteitag habe plötzlich einen heftigen Ruck der Partei nach rechts und eine Zweidrittelmehrheit des revisionistischen Flügels aufgezeigt. Ein so rapides Anwachsen des rechten Flügels, der bis zum letzten Parteitag eine schwache Drittelmehrheit darstellte, wäre ein unbegreifliches Phänomen und ist auch gar nicht eingetreten. Bewusster Revisionismus ist in der Steuerfrage mindestens von der Hälfte der siegreichen Mehrheit ganz gewiss nicht betrieben worden; es war die mangelhafte Orientierung über die wahren Konsequenzen und den wahren Charakter der getroffenen Entscheidung, was für eine große Anzahl der Delegierten mitbestimmend war. In der Massenstreikfrage aber musste der Parteivorstand sichtbar durch die kräftigere Betonung des Willens zur Tat im letzten Augenblick eine Mehrheit für seine Resolution zusammenwerben.

Demnach haben wir gar keinen Grund anzunehmen, dass das übliche revisionistische Drittel der Parteitage, wie es durch die bewussten und konsequenten Wortführer des Opportunismus vertreten wird, auf diesem Parteitag irgendwie angewachsen wäre. Wer diesmal zusammen mit diesem revisionistischen Drittel die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die Bebel in Dresden, nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der Großen Französischen Revolution, den Sumpf genannt hat:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder, besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die ‚Schlaumeier‘, die immer erst horchen: Wie steht’s da, wie steht’s hier? die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unsrer Partei. Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muss diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: ‚Denunzieren!?’), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: Wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten.“

Die Rolle dieses „Sumpfes“ ist — trotz der Unentschiedenheit der Ansichten seiner einzelnen Mitglieder — in jeder politischen Körperschaft und auch in unserer Partei eine ganz bestimmte. Während der ganzen letzten Periode der Kämpfe mit dem Revisionismus unterstützte der Sumpf den linken Flügel der Partei und bildete mit ihm die kompakte Mehrheit gegen den Revisionismus, brachte ihm gemeinsam mit der Linken eine eklatante Niederlage nach der anderen bei. Was ihn dazu bewog, war das scheinbar konservative Element, das es zu verteidigen galt. Es musste doch „die alte bewährte Taktik“ gegen revisionistische Neuerungen geschützt werden. Und was diesem Abwehrkampf die Weihe in den Augen aller mittleren Elemente verleihen musste: An der Spitze des Kampfes standen oberste Instanzen, anerkannte Autoritäten. Der Parteivorstand, das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, altbewährte Namen, wie Singer, Liebknecht, Bebel, Kautsky, fochten in den ersten Reihen. So war alle beruhigende Gewähr für die Elemente des Sumpfes gegeben, dass sich das Traditionelle und Hergebrachte auf dieser Seite befand.

Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil die Fraktionsmehrheit ihre Siege in den entscheidenden Fragen auf dem zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfhaftes Festhalten an den äußeren Formen der „alten bewährten Taktik“. Nämlich es erfordert die Einsicht darein, dass eben diese alte bewährte revolutionäre Taktik nunmehr neue Formen der Massenaktionen erforderlich macht und dass sie auch in neuen Situationen, wie z. B. der Einführung der Besitzsteuer für den Militarismus in Deutschland, aufrechterhalten werden muss.

Hier versagt zunächst der „Sumpf“. Als konservatives Element wendet er sich jetzt genauso gegen die vorwärtstrebende Linke, wie er sich bis jetzt gegen die rückwärtstrebende Rechte wendete. Dadurch aber wird er aus einem Schutzwall der Partei gegen den Opportunismus zu einem gefährlichen Element der Stagnation, in deren lauen Gewässern gerade der bis jetzt niedergehaltene Opportunismus wieder üppig ins Kraut wachsen kann. Nicht bloß zeigt die Entscheidung in Steuersachen bei näherem Besehen, wie der siegreiche Sumpf hier unbewusst

für sich demselben parlamentarischen Opportunismus einen Triumph‘ bereitet hat, den er auf einem Dutzend Parteitag zu Paaren getrieben hatte. Die ganze Kampfweise gegen die Linke, die ganze Argumentation mitsamt der systematischen Verzerrung der Ansichten der Gegenseite und den hartnäckigen „Missverständnissen“ über angebliche Verachtung der Kleinarbeit, Unterschätzung des Parlamentarismus und der Genossenschaften, putschistische Neigungen und was der schönen Phantasien mehr sind — dieser ganze Apparat ist leibhaftig dem Waffenarsenal des revisionistischen Flügels entnommen. Im Kampfe gegen die Linke bedient sich jetzt der Sumpf wortwörtlich derselben Argumente, die ihm von der Rechten jahrelang entgegengeschleudert wurden.

Und was die Haltung des Sumpfes endgültig bestimmt: Die „Instanzen“ wenden sich gegen die Linke. Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechte focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservatismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit“, hat seit 1910 zusammen mit dem Parteivorstand diese Frontänderung gemacht. In den Kreisen ihrer Freunde ist in der letzten Zeit der beliebte Ausdruck vom ‚marxistischen Zentrum‘ gebraucht worden. Genauer gesprochen besteht dieses angebliche „marxistische Zentrum“ in dem theoretischen Ausdruck für die gegenwärtige politische Funktion des Sumpfes. Auf den Sumpf gestützt und im Bündnis mit der Rechten, haben der Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit ihre Siege in den entscheidenden Fragen auf dem Jenaer Parteitag erfochten. Und Kautsky, der über den Sieg der „alten bewährten Taktik“ in Jena triumphiert, hat vergessen, sich über den merkwürdigen Umstand zu besinnen, dass diesmal die Kämpfer — die Südekum, David, Noske, Richard Fischer — auftraten, gegen die er, Kautsky, über ein Jahrzehnt jene Taktik verteidigen musste.

Diese neue Konstellation ist kein Zufall, sie ergibt sich logisch aus den Verschiebungen in den äußeren und inneren Bedingungen unseres Parteilebens, und wir tun gut, das Andauern dieser Konstellation vielleicht für eine Reihe von Jahren in Aussicht zu nehmen, wenn nicht äußere Ereignisse den Gang der Entwicklung plötzlich beschleunigen. So unangenehm die Situation manchem Genossen vorkommen mag, zum Pessimismus und zur Verzagttheit liegt nicht der geringste Grund vor. Auch diese Periode muss, wie jede geschichtlich bedingte Situation, „durchgefressen“ werden. Im Gegenteil, je klarer wir in den Dingen sehen, um so energischer, zielbewusster und fröhlicher kann weitergekämpft werden. Die nächste Aufgabe, die sich aus dem Jenaer Parteitag ergibt, ist das systematische Vorgehen gegen den „Sumpf“, d. h. gegen den geistigen Konservatismus in der Partei. Auch hier ist das einzige wirksame Mittel: die Mobilmachung der breiten Masse der Genossen, die Aufrüttelung der Geister durch die Hineintragung der Diskussion über den Massenstreik wie über die Steuerfragen (über alle taktischen Differenzen) in die Parteiversammlungen, in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Presse. Der Gang der Dinge selbst führt mit historischer Notwendigkeit dahin, den taktischen Bestrebungen der Linken mit jedem Tage mehr Recht zu geben, und wenn die Entwicklung selbst zum Niederkämpfen der Elemente der Stagnation in der Partei führt, dann kann die Minderheit des Jenaer Parteitages guten Mutes in die Zukunft blicken. Dass der Jenaer Parteitag die Klarheit über das gegenseitige Kräfteverhältnis in der Partei gebracht und die Linke zum erstenmal in geschlossener Reihe gegen den Block des Sumpfes mit der Rechten geführt hat, ist als ein erfreulicher Beginn der weiteren Entwicklung nur zu begrüßen.

[1] Kautsky hatte in seinem Artikel „Was nun?“ in der „Neuen Zeit“ Rosa Luxemburgs Forderungen nach dem politischen Massenstreik und der demokratischen Republik zurückgewiesen

[2] „Was weiter“ in der Dortmunder Arbeiterzeitung, 14.+15. März 1910, nachgedruckt in Schriften, Band 2, S. 289-299

[3] zwischen dem 3. und 18. April 1910 hielt Rosa Luxemburg in Oberschlesien, Bremen, Kiel, Dortmund, Essen, Düsseldorf, Solingen, Barmen, Frankfurt (Main) und Hanau Vorträge über den politischen Massenstreik

[4] Am 23. Februar gab es in Frankfurt einen halbtägigen politischen Streik für ein demokratisches Wahlrecht in Preußen, an dem etwa 25.000 ArbeiterInnen teilnahmen, in Kiel streikten am 15. März 10.000 WerftarbeiterInnen für das gleiche Ziel

[5] „dass die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss“ stammt tatsächlich aus den von Marx verfassten Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation (Marx Engels Werke, Band 16, S. 14)

[6] aus: Heinrich Heine, Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

[7] Friedrich Engels, Einleitung zu Marx, „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ (1895), Marx Engels Werke, Band 22, S. 509-527, hier S. 513

[8] a.a.O., S. 515

[9] a.a.O., S. 523

[10] a.a.O., S. 519

[11] a.a.O., S. 524

[12] Der im Dezember 1894 eingebrachte Gesetzentwurf sollte einen Ersatz für das 1890 ausgelaufene „Sozialistengesetz“ bei der Unterdrückung der Sozialdemokratie darstellen. Angesichts von Massenprotesten wurde er im Reichstag im Mai 1895 abgelehnt.

[13] Am 20. Juni 1899 hatte die deutsche Regierung einen Gesetzentwurf „zum Schutz der gewerblichen Arbeitsverhältnisse“ eingebracht der wirksames Streikpostenstehen zu einem Verbrechen gemacht hätte. Angesichts der massiven Proteste stimmten nur die Konservativen dafür. Da Engels' Artikel vier Jahre vorher erschien, als gerade die Umsturzvorlage im Reichstag behandelt wurde, hat Rosa Luxemburg offenbar die beiden gescheiterten reaktionären Vorstöße verwechselt.

* Es ist übrigens interessant, die Stellung der heutigen Anarchisten zum Massenstreik in Deutschland kennen zu lernen. Auf ihrer jüngsten Tagung in Halle während des Pfingstfestes — es scheint, dass noch einige Dutzend von dieser Sorte in Deutschland existieren — haben sie nach dem Bericht des „Berliner Tageblatt“, folgende Weisheit verzapft: „Nach der im Anarchismus vorherrschenden Meinung ist ein bloßer Demonstrationsstreik absolut verwerflich. Ein ernsthaft unternommener politischer Massenstreik, bei dem die

Arbeit nicht eher wieder aufgenommen werden dürfe, als bis das gesteckte Ziel erreicht sei, bedeute aber den Anfang zur großen Revolution. Diese wurde aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Unglück für das gesamte Proletariat bedeuten; denn die herrschenden Klassen schlafen nicht ... Soweit würde es aber kaum kommen, denn zum ernsthaften Massenstreik fehle es der Sozialdemokratie eben an Menschenmaterial, da die Generalkommission für den ernsthaften Massenstreik nicht zu haben sei, und was diese nicht wolle, könne die Partei nicht durchführen...

Sämtliche Delegierten waren sich darüber klar, dass ein ernsthafter Massenstreik zur Zeit nur eine Verschlechterung der sozialen Lage des Proletariats bringen könne, während ein Demonstrationsstreik den Grundsätzen des Anarchismus widerspreche.“

Man sieht, es ist das Typische das Raisonement der Anarchisten: der Massenstreik als ein einmaliger großer Streik, die „große Revolution“, seine Ausführung abhängig davon, ob „die Generalkommission“ für ihn „zu haben ist“ oder nicht. Und von einer solchen Auffassung kommt man eben heute dazu, zu erklären, der Massenstreik wäre „ein Unglück“ für das Proletariat.

[14] Karl Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, Marx Engels Werke Band 8, S. 11-207, hier S. 145

[15] Die fünfte Kurie wurde 1896 unter dem Druck der Wahlrechtsbewegung eingeführt. „In der ersten Kurie wählen 5431 Großgrundbesitzer 85 Parlamentarische Abgeordnete, in der zweiten Kurie wählen 591 Kaufleute und Industrielle 21 Abgeordnete, in der dritten Kurie wählen 493.804 Wähler aus der Stadtbevölkerung 118 Abgeordnete, in der vierten Kurie wählen 1.595.406 Wähler der Landbevölkerung 129 Abgeordnete, doch in der fünften Kurie der allgemeinen Stimmabgabe wählen 5.004.222 Wähler 72 Abgeordnete.“ (Rosa Luxemburg, Was wollen wir? Kommentar zum Programm der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, in dies.: Gesammelte Werke, Band 2, S. 37-89, hier S. 59 Fußnote)

[16] vgl. W. Klein, Die Russische Revolution 1917, Köln 2000, S. 23, 30

[17] Die Arbeiterbewegung hatte durch die vorigen nichtgenehmigten Massendemonstrationen die Regierung gezwungen, die Demonstrationen vom 10. April zu genehmigen

[18] a.a.O., S. 144

[19] Römische Geschichte von Theodor Mommsen, 1. Band, 3. Aufl., 1856, S. 551-577

* Das unerwartete Pronunziamento in Baden macht in einer Reihe Parteigenossen und uns selbst den Wunsch rege, in der ‘Neuen Zeit’ alles zurückzustellen, was als Streit im eigenen Lager des Marxismus erscheint. Wir haben ferner die Empfindung, dass unter dem Eindruck der badischen Vorkommnisse das Interesse unserer Leser für eine Diskussion wie die vorliegende nur ein geringes sein kann. Aus diesen Gründen hielten wir es für rätlich, den Abdruck des Artikels der Genossin Luxemburg zu verschieben, und schlugen ihr vor, dies mit folgender Erklärung der Redaktion zu motivieren, der sich die nachfolgende Ehrenerklärung Kautskys anschließen sollte:

„An unsere Leser! Es ist uns eine ausführliche Erwiderung der Genossin Luxemburg in der Frage des Massenstreiks zugegangen, deren erster Teil in der vorliegenden Nummer

erscheinen sollte und schon abgesetzt war. Im Einvernehmen mit der Genossin Luxemburg stellen wir diese Erwiderung zurück, da es in dem gegenwärtigen Moment, angesichts der unerhörten Provokation eines Teiles der sozialistischen Landtagsfraktion Badens, ihres frivolen Bruches der Parteidisziplin und ihres Byzantismus Aufgabe aller revolutionären und wirklich republikanisch gesinnten Elemente in unserer Partei ist, einheitlich zusammenzustehen und alle Differenzen gegenüber einem Opportunismus beiseite zu schieben, dem die gute Meinung der Nationalliberalen höher steht als die Willensmeinung und die Achtung des sozialdemokratischen Proletariats Deutschlands.
Die Redaktion.

Anschließend daran fühle ich mich veranlasst, heute schon einen Irrtum zu berichtigen, der in dem zurückgestellten Artikel der Genossin Luxemburg klargestellt wird. Der Passus über die republikanische Agitation, der meine Bedenken erregte, ist nicht, wie ich annahm, unveröffentlicht geblieben, sondern mit einer neuen Einleitung und neuem Schlusse versehen als besonderer Artikel in der Breslauer 'Volkswacht' erschienen. Meine Schlussfolgerungen, die ich an die vermeintliche Nichtveröffentlichung knüpfte, werden damit hinfällig.

An unseren sachlichen Differenzen ändert sich nichts. Aber diese auszutragen, muss aus den oben angeführten Gründen auf einen günstigeren Zeitpunkt verschoben werden.

K. Kautsky“

Die Genossin Luxemburg weigert sich, einer Verschiebung ihres Artikels zuzustimmen. Ihre Angelegenheit erscheint ihr so ungeheuer wichtig, dass sie nicht den mindesten Aufschub duldet. Wäre ihr Widerpart nicht Redakteur der „Neues, Zeit“ selbst, so würden wir uns durch den Widerspruch der Genossin Luxemburg nicht abhalten lassen, einen Artikel zurückzustellen, der im gegenwärtigen Moment der Sache des Proletariats nur schaden kann. Denn er vermöchte, wenn er jetzt überhaupt beachtet würde, nur zu bewirken, dass die Aufmerksamkeit der Genossen zersplittert wird, die sich im Moment einmütig auf die badischen „Insurgenten“ konzentrieren muss. Und er stellt sich die Aufgabe, den Parteivorstand, den „Vorwärts“, überhaupt jene Elemente zu diskreditieren, hinter denen wie jetzt den Disziplinbrechern gegenüber geschlossen stehen müssen.

In eigener Sache wollen wir jedoch auch nicht einmal eine bloß aufschiebende Entscheidung treffen. Die Genossen werden aber begreifen, dass Kautsky es für einen Fehler hielte, der Genossin Luxemburg jetzt zu antworten, jetzt gilt es, andere Fragen zu entscheiden. Eine gründliche Abrechnung mit ihr, Zurückweisung falscher Behauptungen und Beleuchtung ihrer Zitiermethoden soll der Genossin Luxemburg nicht erspart bleiben. Dafür wird aber der geeignete Moment erst gekommen sein, nachdem der badische Vorstoß zurückgewiesen ist. Im Augenblick gibt es Wichtigeres zu tun.
Die Redaktion.

[20] Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, Marx Engels Werke, Band 19, S. 11-32, hier S. 29

[21] Friedrich Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, Marx, Engels Werke, Band 22, S. 225-240, hier S. 235f.

[22] a.a.O., S. 233

[23] a.a.O., S. 234

[24] a.a.O., S. 235f.

* „Neue Zeit“, XX, 1, S. 11-12 [a.a.O., S. 237]

[25] Herman Tessendorf war 1873-79 Erster Staatsanwalt am Berliner Stadtgericht und als Organisator von Sozialistenverfolgungen berüchtigt

* „Neue Zeit“, IX, 1, S. 573 [a.a.O., S. 29]

[26] Am 9. Juni beschloss das preußische Abgeordnetenhaus gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Erhöhung der staatlichen Gelder für den Kaiserhof um 3,5 Millionen auf 19,2 Millionen Mark jährlich

[27] 1900 führte Graf Waldersee eine Koalition von acht imperialistischen Mächten zur Niederwerfung des Aufstands der Ihotuan („Boxer“) in Nordchina

[28] 1907 schlug General von Trotha den Aufstand der Nama („Hottentotten“) im heutigen Namibia gegen die deutsche Kolonialherrschaft nieder, wobei er große Teile der Bevölkerung in der Steppe verdursten ließ.

* „Neue Zeit“, XXV, 1, S. 427

* Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, 1909, Nr. 7, Statistische Beilage

[29] Im August 1903 traten 8.000 TextilarbeiterInnen in Crimmitschau für Zehnstundentag und Lohnerhöhungen in den Streik. Die Regierung konnte den Streik auch durch die Verhängung des Belagerungszustands nicht besiegen, der aber im Januar 1904 von reformistischen Gewerkschaftsfunktionären abgewürgt wurde.

* Karl Kautsky, Allerhand Revolutionäres, „Neue Zeit“, XXII, 1, S. 736. Von mir unterstrichen

* Der ebenso unmotiviert wie scharfe Angriff der Redaktion der „Neuen Zeit“ in der letzten Nummer und ihre Behauptung, dass mein Artikel „im gegenwärtigen Moment der Sache des Proletariats nur schaden könne“, zwingen mich zur folgenden Erwiderung:

1. Ich weise mit aller Entschiedenheit die Behauptung der Redaktion zurück, als handle es sich in der vorliegenden Diskussion um „meine Angelegenheit“, die mir „so ungeheuer wichtig“ erscheine. Die Frage des preußischen Wahlrechtskampfes und der in ihm anzuwendenden Taktik ist nicht „meine“ Angelegenheit, sondern die der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands.

2. Die Wahlrechtsfrage steht auf der Tagesordnung des Parteitags in Magdeburg, ist auch nach dem Vorfall in Baden von der Tagesordnung nicht abgesetzt worden. Es besteht deshalb für die Parteipresse, in erster Linie für das theoretische Diskussionsorgan der Partei, die einfache Pflicht, die Debatten des Parteitags durch allseitige Klärung der Frage vorzubereiten.

3. Die Anklage, ich entfachte „Streit im eigenen Lager des Marxismus“, ist unbegründet. Der Marxismus ist nicht eine Clique, die es nötig hätte, ernste sachliche Meinungsdivergenzen vor

der Welt zu vertuschen. Er ist eine große geistige Bewegung, die wir nicht mit uns paar Leuten identifizieren dürfen, eine Weltanschauung, die im offenen, freien Ideenkampf groß geworden ist und nur in ihm sich vor Verknöcherung zu bewahren vermag.

4. Die Erklärung der Redaktion, mein Artikel „stelle sich die Aufgabe, den Parteivorstand, den ‘Vorwärts’, überhaupt jene Elemente usw. zu diskreditieren., läuft auf die Behauptung hinaus, dass wer die leitenden Parteiorgane und die von ihnen befolgte Politik kritisiert, dabei nur die Absicht haben könne, sie zu „diskreditieren“. Das ist wörtlich dasselbe Argument, womit bis jetzt die Gewerkschaftsführer jede Kritik an der Politik der Gewerkschaften, insbesondere auch die Kritik des Redakteurs der „Neuen Zeit“, abzuwehren suchten. Die Redaktion eines theoretischen Diskussionsorgans der Partei sollte die allerletzte sein, die zu kleinlichen Verdächtigungen der Kritiker innerhalb der Partei greift, auch wenn sie sich zufällig selbst unter den Kritisierten befindet.

5. Die mir von der Redaktion aus Rücksicht auf die badische Budgetabstimmung zugemutete Abbrechung der Diskussion über den preußischen Wahlrechtskampf bedeutete, dass wir die Fragen des Kampfes gegen die bürgerlichen Gegner auf unbestimmte Zeit zurückstellen, um uns ausschließlich für den Kampf in den eigenen Reihen zu sammeln. Da die Vorstöße von opportunistischer Seite seit einem Dutzend von Jahren gar nicht aufhören, so hieße es die Partei einfach unter Belagerungszustand durch den Opportunismus erklären, wollte man alle ernstesten Debatten über die Taktik, alle Probleme der Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Kampfweise jedes Mal an den Nagel hängen, wenn es unseren Revisionisten beliebt, einen neuen Streich zu spielen. Ein so aufgeregtes Getue widerspricht auch den eigenen Worten der Redaktion an einer anderen Stelle. Die badische Angelegenheit muss mit Energie und Konsequenz erledigt werden. „Allein“ — lesen wir im Leitartikel des Genossen Mehring in derselben Nummer der „Neuen Zeit“ — „die Partei wird sich ihre frohe Kampf Stimmung nicht durch, diese Episode trüben lassen. Soweit sich bisher die Parteipresse darüber geäußert hat, ist es mit derselben überlegenen Ruhe geschehen, womit Engels die Krähwinkeleien des ‘Kanton Badisch’ zu betrachten pflegte“. Ich wünsche der Redaktion der „Neuen Zeit“ etwas von dieser „frohen Kampf Stimmung“ und dieser „überlegenen Ruhe“.

Rosa Luxemburg

Mit jener „überlegenen Ruhe“, die Genossin Luxemburg von uns fordert, drucken wir neben den dreißig Seiten ihres Artikels auch noch diese Erklärung ab und überlassen ruhig unseren Lesern das Urteil darüber, ob eine Polemik von der Art der vorliegenden im jetzigen Moment am Platze ist und ob das heftige Sträuben der Genossin Luxemburg gegen jede Zurückschiebung ihrer Antwort um einige wenige Wochen nicht eine Überschätzung der Wichtigkeit ihrer eigenen Ausführungen bedeutet.

Die Redaktion

[30] Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: dies., Gesammelte Werke, Band 2, S. 91-170, hier S. 146-149

* Karl Kautsky, Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution, „Neue Zeit“, XXV, 1, S. 333

* Karl Kautsky, Die soziale Revolution, I. 2. Auflage, S. 60

* K. Kautsky, Die Lehren des Bergarbeiterstreik,, „Neue Zeit“, XXIII, S. 187

- * Oda Olberg: Der italienische Generalstreik, „Neue Zeit“, XXIII, 1, S. 19
- * Oda Olberg, Nachträgliches zum Eisenbahnerstreik, „Neue Zeit“, XXIII, 2, S. 385
- * Der Weg zur Macht, Berlin 1909, S. 52f., 101f., unterstrichen von mir.
- * Karl Kautsky, Was nun?, „Neue Zeit“ vom 15. April 1910, S. 71
- * Karl Kautsky, Mein Verrat an der russischen Revolution, „Neue Zeit“, XXIV, 2, S. 856

[31] Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, S. 289-299, hier S. 295

[32] Rosa Luxemburg hatte bereits im „Vorwärts“ Nr. 192 vom 29. Juli 1913 diese Auseinandersetzung mit Karl Kautsky angekündigt: „Der neue Liberalismus. Die ‚Feststellung‘ des Genossen Kautsky über seinen ‚neuen Liberalismus‘ werde ich, zusammen mit seinem Angriff gegen mich in der Frage des Massenstreiks, in der ‚Neuen Zeit‘ beantworten — vorausgesetzt natürlich, dass man mich dort zu Wort kommen lässt. R. Luxemburg.“

[33] Siehe die beiden vorangegangenen Texte

[34] Die SPD bekam wegen dem reaktionären Dreiklassenwahlrecht bei den Landtagswahlen vom 3. Juni 1913 mit 28% nur 10 Sitze, die Deutschkonservative Partei z.B. mit 15% 147 Sitze

[35] Die Militärvorlage vom März 1913 brachte die größten Rüstungssteigerungen der Geschichte. Da ein Teil der Kosten durch Vermögenssteuern aufgebracht werden sollte, wollten Teile der SPD diesen Steuererhöhungen trotz ihres Zwecks zustimmen.

[36] Die sozialdemokratischen Politiker Johann Most und Wilhelm Hasselmann waren Jahrzehnte vorher zum Anarchismus abgeglitten

[37] Leipziger Volkszeitung vom 15., 16. und 19. Mai 1913, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 3, Seite 195-207

[38] a.a.O., S. 204

[39] a.a.O., S. 206

[40] Taktische Fragen, Leipziger Volkszeitung vom 26-28. Juni 1913, nachgedruckt a.a.O., S. 246-258, hier S. 248

[41] a.a.O., S. 248f.

[42] a.a.O., S. 254, 256

[43] Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906), in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, S. 91-170

[44] Taktische Fragen, a.a.O., S. 252

[45] a.a.O., S. 254

[46] Im September 1911 begann Italien gegen die Türkei einen Krieg um die Herrschaft über Tripolis (Libyen), die Sozialistische Partei organisierte dagegen einen 24stündigen Generalstreik

[47] Nach einem Massaker des Militärs am streikenden ArbeiterInnen der Lena-Goldbergwerke im April 1912 gab es im ganzen Land Proteststreiks. Im Juni 1913 gab es in Petersburg und anderen Städten Proteststreiks gegen den Verurteilung von Matrosen wegen angeblicher Vorbereitung eines Aufstands. Anfang Juli gab es in Petersburg und anderen Städten Streiks gegen die Verfolgung der Arbeiterpresse

[48] Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, a.a.O.

[49] Internationaler Sozialistenkongress 1910

[50] Im Frühjahr 1912 gab es in mehreren europäischen Ländern umfangreiche Bergarbeiterstreiks. Im Ruhrgebiet wurde der Streik von den reformistischen Gewerkschaftsführern abgebrochen

[51] Taktische Fragen, a.a.O., S. 252

[52] satirische Zeitschrift

[53] Der Jenaer Parteitag von 1905 beschloss, das allgemeine Reichstagswahlrecht und Koalitionsrecht notfalls mit Massenstreiks zu verteidigen.

[54] Vgl. Fußnote 35

[55] Die Reichstagsfraktion hatte der Einführung einer Erbschaftssteuer zugestimmt, obwohl sie nicht mit Steuersenkungen für die Massen verbunden war, sondern weitere Aufrüstung finanzieren sollte.

[56] Jenaer Parteitag vom 14.-20. September 1913

[57] vgl. Fußnote 53

[58] vgl. Fußnote 34